FACT

Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

Von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus

Philosophie und Wissenschaft. Zur Frage der wissenschaftlichen Weltanschauung

Für eine fortschrittliche Anfängerausbildung der Sozialwissenschaft

Die Arbeiterklasse im revolutionären Weltprozeß

Dokumentation zur Bildungspolitik

Numerus clausus – Instrument reaktionärer Bildungsplaner

6 Punkte des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz

Bildungspolitische Vorstellungen des DGB

Zum Schul- und Hochschul-„Reform"-Programm der CDU

28

Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS

facit 28 2,50 DM November 1972

		Seite
András Gedö	Von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus	1
Jürgen Blasius	Philosophie und Wissenschaft. Zur Frage der wissenschaftlichen Weltanschauung	13
Werner van Treeck	Für eine fortschrittliche Anfängerausbildung der Sozialwissenschaft	19
Bericht Timur Timofejew:	Die Arbeiterklasse im revolutionären Weltprozeß	29
Dokumentation zur Bildungspolitik	a) Numerus clausus — Instrument reaktionärer Bildungsplaner	34
	b) 6 Punkte des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz	70
	c) Bildungspolitische Vorstellungen des DGB	80
	d) Zum Schul- und Hochschul-„Reform"-Programm der CDU	90
	Rezensionen	97

Impressum

Erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32

Redaktion: Jürgen Büscher (verantwortlich), Klaus Görke, Christof K. Kievenheim, Roland Lang, Steffen Lehndorff, Werner Loch, Gunnar Matthiessen

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,— DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,— DM, bzw. 4,— DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,— DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis. Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus

András Gedö

Die derzeitigen Tendenzen der Abkehr von der bürgerlichen Philosophie, der Annäherung an den Marxismus und des Übergangs zu diesem sind nicht leicht zu erkennen. Gegenwärtig haben alle Richtungen dieser Philosophie ihre Kritik und ihre Interpretation des Marxismus ausgearbeitet; in fast allen Strömungen gibt es neben dem offenen Antimarxismus Versuche, einzelne Gedanken von Marx den eigenen Ideensystemen anzupassen. Gleichzeitig geht neben dem Prozeß der Zersetzung der Grundrichtungen der bürgerlichen Philosophie das mehr oder minder bewußte Bestreben einher, über deren Grenzen hinweg in Richtung auf Materialismus und Dialektik auszubrechen. Vom Standpunkt des historischen und theoretischen Ergebnisses aus trennen sich diese zwei Tendenzen — die Umdeutung des Marxismus durch die bürgerliche Philosophie und die tatsächliche Annäherung an diesen — deutlich und stehen einander entgegen. Auf subjektiver Ebene jedoch äußert sich ihr grundlegender Unterschied nicht sofort und nicht in allen Fällen. Manche Vorstellungen, die im Zuge der Bewegung zum Marxismus entstehen, ähneln zuweilen einzelnen Thesen, die eine Abweichung vom Marxismus und die Rückkehr zur bürgerlichen Philosophie ausdrücken. Doch die Ähnlichkeit einzelner Thesen hebt die *Gegensätzlichkeit* der Prozesse und Tendenzen insgesamt nicht auf. In den „Neomarxismus" einbezogen werden bestimmte Leitsätze und Begriffe, die dem Marxismus entlehnt sind; deren Annahme durch die Marxianer ist zuweilen subjektiv und persönlich-biographisch mit der Absicht verbunden, sich den Ideen von Marx anzunähern. Aber wenn diese Leitsätze und Begriffe Konzeptionen des „pluralisierten" oder „authentischen Marxismus", die dem Marxismus-Leninismus entgegengestellt werden, untergeordnet sind, dann handelt es sich objektiv, in theoretischem und sozialem Sinne nicht um eine Annäherung an den Marxismus, sondern um einen Kampf gegen diesen. Auf der Suche nach der revolutionären Theorie geraten viele unter den Einfluß der Marxisierung und des Revisionismus, man kann aber zum Marxismus-Leninismus nur *entgegen* diesem Einfluß, nur durch dessen *Überwindung* gelangen.

Die Formen und Schattierungen der theoretischen Annäherung an den Marxismus sind sehr vielfältig. Manchmal scheinen sie isolierte Versuche von Einzelgängern zu sein; nicht selten werden ihre philosophische Ausrichtung und ihr gesellschaftlicher Inhalt, die in ihnen verborgenen Tendenzen nicht einmal den Teilnehmern dieses Prozesses bewußt und können nur vom Standpunkt des Kampfes zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Ideologie aus begriffen werden. Diese Bestrebungen reagieren gewöhnlich scharf auf Veränderungen der politischen Stärke und des ideologischen Einflusses der revolutionären Arbeiterbewegung, auf den ungleichmäßigen Verlauf des Klassenkampfes, auf sein Auf und Ab, auf die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, auf deren Erfolge und Schwierigkeiten. Die Tendenzen, welche die Annäherung und den Übergang von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus ausdrücken, treten vor allem in den Perioden des Aufschwungs der revolutionären Arbeiterbewegung *deutlich* zutage, wenn die Abhängigkeit des individuellen Suchens und der Wandlungen im Denken einzelner

Persönlichkeiten vom Kampf der Massen, von der objektiven Praxis besonders spürbar wird. Und hinter der Publizität des *Ergebnisses* der intellektuellen Umwandlung – der Annahme des Marxismus – versinkt notwendigerweise in der überwundenen Vergangenheit der Prozeß der Anstrengungen, des inneren und äußeren Kampfes, *der Weg des Übergangs zum Marxismus.*

Die Versuche und Richtungen der Abkehr von der bürgerlichen Philosophie und der Bewegung zum Marxismus sind ein Bestandteil des *theoretischen Klassenkampfes;* gleichzeitig sind sie mit der *politischen und ideologischen Differenzierung* der Intelligenz, mit den Wandlungen in ihrer Einstellung zu der revolutionären Arbeiterbewegung verbunden. Karl Marx und Friedrich Engels gelangten bereits in der Periode der Entstehung des wissenschaftlichen Kommunismus zu dem Schluß: „In Zeiten . . ., wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, . . . geht ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben."[1] Die Existenz und die Entwicklung der marxistischen Theorie, die Anziehungskraft der revolutionären Arbeiterbewegung, die Realität der sozialistischen Revolution und der sozialistischen Gesellschaft haben eine neue Situation geschaffen, in der sich auch für die Intelligenz der Weg zum Marxismus vor allem unter der Einwirkung des real existierenden Sozialismus, der Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes mit dem Proletariat erschließt. In der gegenwärtigen objektiven Lage eines bedeutenden Teils der Intelligenz in den kapitalistischen Ländern, in ihren eigenen Interessen und ihrer Einstellung, in ihren Kenntnissen und Problemen sind Faktoren enthalten, die sie zum Marxismus drängen. Aber die Trennung von der bürgerlichen Philosophie und die Orientierung auf die wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse bedeuten einen Konflikt nicht nur mit dem äußeren politischen und geistigen Druck des Imperialismus, sondern auch mit dem Joch der eigenen Irrungen, die bereits zu Vorurteilen geworden sind. Auf diesem Wege sind nicht nur die bestimmten Kreisen der Intelligenz eigenen Illusionen, individualistischen und idealistischen Neigungen zu überwinden, sondern auch die bürgerliche Klassenbeschränktheit, die mit der Abhängigkeit vom Kapital (und vom bürgerlichen Staat)[2] verbunden ist, d. h. solche Umstände, die die wissenschaftliche Wahrheit *an sich* nicht voll überwinden kann und die nur von der realen Kraft des Klassenkampfes besiegt werden können.

Daher ein spezifischer Widerspruch: Die theoretische Erkenntnis der sozialhistorischen Wirklichkeit verspürt *das dringendste Bedürfnis nach Marxismus,* aber gerade hier fällt es dem nichtmarxistischen Denken *am schwersten,* mit der bürgerlichen Philosophie *zu brechen.* Aus dem *ideologischen* Charakter der *theoretischen* Erkenntnis der Gesellschaft geht hervor, daß die philosophische Wendung hier besonders scharfe Umrisse annimmt und sich die gegenseitige Verbindung

[1] Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 471, 472.

[2] In den Vereinigten Staaten, so schrieb der amerikanische Philosoph H. Parsons, „waren die meisten Philosophen an Universitäten beschäftigt, die von bürgerlichen Interessen und Ideen abhängig und für diese empfänglich waren. Alle Arbeiten Lenins sind von seiner sozialistisch-revolutionären Leidenschaft und kommunistischen Philosophie durchdrungen. Das Studium und die Verbreitung einer derartigen Philosophie in der kapitalistischen Gesellschaft war gewöhnlich eine gefährliche und ungesetzliche Sache. Erstaunlich ist also, daß die Ideen Lenins einen so starken Einfluß ausüben konnten . . . Nach 1917 konnten die Philosophen der Vereinigten Staaten die Ideen Lenins mißachten, aber sie konnten sich nicht dem Einfluß entziehen, der von der kommunistischen Bewegung auf die Menschen und die Gesellschaft in aller Welt ausgeübt wird." (H. Parsons: The Influence of Lenin's Thought on U. S. Philosophers. In: New World Review, Winter 1970, p. 182.)

zwischen den Veränderungen der philosophischen Konzeption und der gesellschaftlichen und politischen Haltung unmittelbar äußert. Aber dieser Übergang vollzieht sich nicht unbedingt als ein gleichzeitiger und einmaliger Akt. Friedrich Engels schrieb über Morgan, den Erforscher der Urgesellschaft: „Morgan hat die Marxsche materialistische Geschichtsanschauung in den durch seinen Gegenstand gebotenen Grenzen selbständig neu entdeckt und schließt für die heutige Gesellschaft mit direkt kommunistischen Postulaten ab."[3] Wenn das damals eine Einzelerscheinung war, so besteht jetzt eine der Tendenzen im intellektuellen Leben der kapitalistischen Länder darin, daß ein Teil der nichtmarxistischen Wissenschaftler im Zuge der gesellschaftlichen Erkenntnis für sich Marx und den Marxismus entdeckt. Sie stoßen auf solche Probleme – grundlegende Probleme des von ihnen studierten Gegenstands –, deren wissenschaftlich-philosophische Lösung ohne die materialistische Geschichtsauffassung unmöglich ist. Die sich dem Marxismus annähernden Ideen werden zu einem wesentlichen Faktor in den wissenschaftlichen Forschungen und geraten in einen Widerspruch zu den Konzeptionen der bürgerlichen Philosophie, die von den gleichen Wissenschaftlern anerkannt werden. Gerade marxistische Ideen veranlaßten V.G. Childe zu solchen Schlußfolgerungen über die Archäologie und die antike Geschichte[4], die in beträchtlichem Maße zur Klärung einer Reihe wichtiger philosophischer Probleme der Genesis der Gesellschaft und der Erkenntnis beitrugen, aber mit der von Childe in vieler Hinsicht geteilten Erkenntnistheorie des soziologischen Relativismus auseinandergingen.[5] Auf die philosophischen Anschauungen des englischen Naturforschers und Wissenschaftshistorikers J. Needham übten verschiedene bürgerliche philosophische Schulen einen Einfluß aus. Und dennoch gelangte er im Zuge der Forschungen zu dem Schluß: „Die gewaltigen historischen Unterschiede zwischen den Kulturen können nur im Rahmen soziologischer Forschungen eine Erklärung finden, und irgendwann wird das Problem gerade auf diesem Weg gelöst werden. Je mehr ich mich in die Details der historischen Errungenschaften der chinesischen Wissenschaft und Technik vor jener Zeit vertiefe, da die Wissenschaft und Technik Chinas wie auch andere ethnische Ströme der Kultur in das Meer der modernen Wissenschaft einzumünden begannen, desto mehr überzeuge ich mich davon, daß man die Ursachen gerade für den europäischen Ursprung der Wissenschaft in den Besonderheiten der sozialen und ökonomischen Bedingungen suchen kann, die in Europa in der Epoche der Renaissance vorherrschten . . . Ein solcher Standpunkt kann als marxistisch oder als sonst etwas gelten, aber er ist für mich eine Überzeugung, die auf der Lebenserfahrung und auf der Forschung beruht."[6]

Beim Übergang von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus dient die Erkenntnis der Gegenwart als jener Punkt, an dem sich der „Druck" des erforschten Gegenstandes mit der sozialpolitischen Erfahrung verbindet, an dem das Denken mit dem Handeln und die Philosophie mit der Praxis verglichen werden. Hier tritt der Konflikt zwischen der bürgerlichen Philosophie und der gesellschaftlichen Realität plastisch zutage, vor allem in den Perioden der Revolution, der Belebung der demokratischen und Arbeiterbewegung, der politischen und

[3] Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 36, S. 110.

[4] Vgl. V. G. Childe. The Story of Tools. London. 1944. – V. G. Childe. What Happened In History. London, 1954. – V. G. Childe. The Prehistory of European Society. London, 1958. – V. G. Childe. Man makes Himself. London. 1965.

[5] Vgl. V. G. Childe. Society and Knowledge. London, 1956.

[6] J. Needham. Science and Society in East and West. In: The Science of Science. Society in the Technological Age. Ed. by M. Goldsmith and A. Mackay. London, 1901. P. 128.

Wirtschaftskrisen des Kapitalismus.[7] Aber dabei zeigt sich besonders auch der Ballast der bürgerlichen Ideologie – sowohl in Form der Theorie und Methode der idealistischen Philosophie als auch in Form des Zweifels und Mißtrauens gegenüber dem realen Sozialismus, der Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung. Doch je deutlicher die *Totalität* der gesellschaftlich-historischen Prozesse durch den Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System bestimmt wird, je deutlicher sich die *Überlegenheit des realen Sozialismus* äußert, je aktiver die *revolutionäre Tätigkeit der Massen* ist, desto stärker sind die gesellschaftlichen und politischen Motive für die Annäherung und den Übergang zur marxistischen Philosophie, desto breiter ist der Kreis der gesellschaftlichen Schichten und Bewegungen, die vom Streben nach diesem Übergang erfaßt sind, desto größer wird die Gesamtheit der Probleme, die potentielle Impulse für einen solchen Übergang darstellen.

„Was der Marxismus auch sein mag", schrieb C. W. Mills, der Theoretiker der amerikanischen kleinbürgerlich-intelligenzlerischen Opposition zur „herrschenden Elite" in seinem letzten Buch, „in ihm ist das wichtigste intellektuelle Drama unserer Epoche eingeschlossen, ein intellektuelles Drama, weil die Doktrin des Marxismus in den politischen Gebrauch eingegangen ist. Aus dem gleichen Grunde stellt er auch das wichtigste politische Drama dar. Im Marxismus werden die Ideen mit der Politik konfrontiert, in ihm finden sich Intellektuelle, Politiker, Leidenschaften, Konzeptionen, kühlste Analyse und heißeste moralische Verurteilung zusammen. Sie finden sich zusammen – unmittelbar, auf dramatische Weise und schaffen die Geschichte."[8] C. W. Mills erlebte dieses Drama leidenschaftlich und gespannt, aber ohne die Katharsis, ohne eine Lösung. Marxistische Ideen übten einen bedeutenden Einfluß auf sein Schaffen aus, aber er nahm den Marxismus nicht an, von dem nach seiner Meinung nur die vom theoretischen Inhalt getrennte Methode, genauer das „Modell", annehmbar sei. Aus dem „Drama des Marxismus" entfallen bei Mills die Arbeiterklasse und die revolutionäre Arbeiterbewegung; seine Ansichten über die Gesellschaftsordnung der Sowjetunion und der sozialistischen Welt gehen über den Rahmen der Konzeption von der „Industriegesellschaft" nicht hinaus, verbunden mit einer Utopie, die den Sozialismus dem Liberalismus gleichsetzt, welcher als moralisches Prinzip aufgefaßt wird. Mills kritisiert die „große Theorie" der heutigen amerikanischen bürgerlichen Soziologie, behält aber deren Grundlage, die Lehre von Max Weber, im wesentlichen bei; der dialektische Materialismus hingegen wird von ihm mit Argumenten der idealistischen Philosophie abgelehnt. In letzter Instanz verliert der Marxismus, so wie er von Mills aufgefaßt wird, den wahren Inhalt. (In all dem fanden natürlich sowohl die Isolierung der linken Intellektuellen als auch die Schwäche der Arbeiterbewegung der USA jener Jahre ihren Ausdruck.)

[7] Anfang der 30er Jahre, so stellt der amerikanische Philosoph B. Dunham fest, „fragte ich unaufhörlich die Ökonomen, woraus sich die Existenz einer so absurden Erscheinung wie Armut Seite an Seite mit Überfluß oder – was noch absurder ist – die Armut erklärt, die durch den Überfluß verursacht wird ... Und da ich bei den führenden (und in hohen Auflagen erschienenen) bürgerlichen Ökonomen keine Antwort fand, wandte ich mich Marx zu und fand bei ihm die Erklärung, nach der ich so gesucht hatte. Ich fand bei ihm auch etwas ganz Überraschendes: Achtung vor der Philosophie und Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit. Die Kluft zwischen der alltäglichen Praxis und der reinen Theorie, die in unserer Kultur so spürbar ist, war auf diese Weise beseitigt." (B. Dunham. Man against Myth. Vorwort zur russischen Ausgabe. Moskau 1961, S. 11–12, russ.)

[8] C. W. Mills. The Marxists. New York, 1962, p. 30.

Die demokratische Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus schöpft einzelne Ideen aus dem Marxismus; sie enthält *Möglichkeiten* einer Annäherung an den Marxismus. Die Dialektik der demokratischen Kritik und des demokratischen Kampfes besteht darin, daß sie nur dann *konsequent* sein können, wenn ihre Vertreter mit den theoretischen Postulaten und politischen Illusionen des kleinbürgerlich-intelligenzlerischen Radikalismus *brechen,* wenn über das unzureichende Verstehen des Marxismus das Bewußtwerden seiner geschichtsformenden Rolle die Oberhand gewinnt, das Bewußtwerden der Tatsache, daß es nur *einen Marxismus,* im Leninschen Sinne aufgefaßt und entwickelt, gibt, einen Marxismus, der mittels des *sozialistischen Systems und der revolutionären Arbeiterbewegung* „die Geschichte schafft".

Der Weg zu diesem geschichtsformenden Marxismus führt unweigerlich über das Begreifen der unter dem Einfluß des Marxismus geformten Geschichte, doch die Möglichkeiten und Motive der Annäherung an den dialektischen Materialismus reduzieren sich nicht allein auf die Erkenntnis sozialer Konflikte und beschränken sich nicht auf die Gesellschaftswissenschaften. W. I. Lenin bemerkte bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, daß die Physik in schweren Wehen den dialektischen Materialismus gebiert, aber sie steuert auf die „einzig richtige Philosophie der Naturwissenschaft nicht direkt hin, sondern im Zickzack, nicht bewußt, sondern spontan, wobei sie ihr ‚Endziel' nicht klar sieht, sondern sich ihm tastend, schwankend nähert, manchmal sogar mit dem Rücken voran."[9] Einzelne Momente dieses Prozesses der naturwissenschaftlichen Erkenntnis, aus dessen Ganzheit und Geschichte herausgerissen und zum Absolut erhoben, geben Anlaß zu idealistischen Auslegungen und zu Modifikationen der Formen des Idealismus, doch der philosophische Hauptinhalt des Prozesses besteht darin, daß er sich, auf verschiedenen Wegen, zum dialektischen Materialismus bewegt und dessen Fortschritt fördert.

Der Übergang auf die Positionen des dialektischen Materialismus bedeutet die Aneignung *neuen* philosophisch-theoretischen Wissens, das gleichzeitig das *innere* Bedürfnis der wissenschaftlichen Erkenntnis darstellt, was deren Dialektik zu einer bewußten Dialektik macht. W. I. Lenin bemerkte dialektische Gedanken in einer frühen Arbeit P. Langevins, die ohne Kenntnis der Dialektik geschrieben worden war. Später, zum bewußten Anhänger des dialektischen Materialismus geworden, erklärte P. Langevin, er habe im Marxismus-Leninismus „eine Erklärung für solche Dinge gefunden, die er in seiner Wissenschaft niemals hätte begreifen können"[10]. Die Bewegung der Naturwissenschaften (sowie der Mathematik, Kybernetik usw.) zum dialektischen Materialismus eilt gewöhnlich der Annäherung der Naturwissenschaftler an die marxistische Philosophie voraus. Die Dialektik der naturwissenschaftlichen Erkenntnis legt einen komplizierten Weg zurück, bevor sie sich im philosophischen Bewußtsein äußert. Als Äußerungen der Dialektik treten Prinzipien und Kategorien in Erscheinung, die sich auf Grenzgebiete zwischen Philosophie und Naturwissenschaft beziehen. Von Wissenschaftlern entdeckt, die vom Marxismus häufig weit entfernt sind, liegen sie außerhalb der Grenzen der positivistischen „Wissenschaftsphilosophie" wie auch der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie überhaupt und stehen im Gleichklang mit der Theorie des dialektischen Materialismus; gerade in ihrem Kontext ist die entsprechende philosophi-

[9] W. I. Lenin, Werke, Bd. 14, S. 316.

[10] P. Langevin, La pensée et l'action. Paris, 1950, p. 301.

sche Deutung möglich, und in ihnen sind Elemente und Möglichkeiten neuer philosophischer Verallgemeinerungen enthalten.

Die Aufbewahrung, Umgestaltung und wachsende Einwirkung des naturwissenschaftlichen Materialismus widerspiegeln die objektive Logik der Entwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnis und bedeuten eine bestimmte Abkehr von der bürgerlichen Philosophie. „Der Glaube an eine vom wahrnehmenden Subjekt unabhängige Außenwelt liegt aller Naturwissenschaft zugrunde. Da die Sinneswahrnehmungen jedoch nur indirekt Kunde von dieser Außenwelt bzw. vom ‚Physikalisch-Realen' geben, so kann dieses nur auf spekulativem Wege von uns erfaßt werden", schrieb A. Einstein[11] Anfang der 30er Jahre, wobei er sich bewußt gegen den Positivismus wandte und auf die erkenntnistheoretischen Probleme des naturwissenschaftlichen Materialismus seiner Zeit Bezug nahm. In den letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnten hat dieser Materialismus neue Kräfte erlangt. Dabei spielten sowohl die Krise des Neopositivismus als auch der Verlauf der wissenschaftlichen Erkenntnis selbst ihre Rolle, in erster Linie die Entwicklung der Physik, besonders der Physik der Elementarteilchen, die das Problem der fundamentalen und universalen Naturgesetze stellte. Die Anerkennung des Primats der objektiven Realität — dieser Stein des Anstoßes für den Positivismus — festigte sich in den philosophischen Anschauungen einiger Physiker, die den starken Einfluß dieser Strömung verspürten. „Der Naturwissenschaftler muß Realist sein. Er muß in seinen Sinneseindrücken ... Botschaften von einer realen Außenwelt" sehen[12], so formuliert Max Born seine Überzeugung als Physiker, ungeachtet seiner philosophischen Schwankungen. Der gegenwärtige naturwissenschaftliche Materialismus ist seinen grundlegenden erkenntnistheoretischen Thesen nach (Primat der vom Bewußtsein unabhängigen Realität, Objektivität der wissenschaftlichen Erkenntnis) der Fortsetzer des früheren naturwüchsigen Realismus. Aber er wiederholt nicht einfach den letzteren, stellt ihn nicht nur wieder her, sondern formuliert ihn um und verändert ihn. Der alte naturwüchsige Materialismus, der sich auf dem Niveau des metaphysisch-mechanischen Materialismus befand und mit der klassischen Physik verbunden war, hat Erschütterungen durchgemacht, die seine Wiederherstellung in ursprünglicher Form unmöglich machen. Dem neu formulierten naturwissenschaftlichen Materialismus gelingt es nicht immer, die Anziehung durch die Metaphysik zu vermeiden — nicht so sehr in seinen offen verkündeten allgemeinen Prinzipien als vielmehr in der philosophischen Interpretation der Theorien und Methoden der Naturwissenschaft. In ihm leben jedoch Probleme, die sowohl im traditionellen metaphysischen Materialismus als auch in der nicht minder metaphysischen bürgerlichen „Wissenschaftsphilosophie" unserer Tage ungelöst waren und ungelöst bleiben. Die erkenntnistheoretische Position des naturwissenschaftlichen Materialismus ist heute bewußter als früher. In ihm werden deutlicher die *philosophischen Probleme* bewußt, auf die er stoßen muß; die materialistische Orientierung ist nicht so sehr natürlicher philosophischer Hintergrund als vielmehr *bewußte* Position im Gegensatz zum positivistischen Subjektivismus, der die zum erkenntnistheoretischen Realismus neigenden Naturforscher mit dem Popanz der „Metaphysik" schreckt.[13] Gleichzeitig ist der naturwissenschaftliche Materialismus auch in unserer Zeit keine philosophische Theorie

[11] Albert Einstein, Mein Weltbild. Amsterdam, 1934, S. 208.
[12] Max Born, Physik im Wandel meiner Zeit. Braunschweig/Berlin, 1958, S. 111.
[13] Siehe Albert Einstein, Bemerkungen zu Bertrand Russells Erkenntnistheorie. In: The Philosophy of Bertrand Russell. Ed. by P. A. Schilpp. Vol. 1. New York, Evanston, and London, 1963, p. 286 f.

oder ausgesprochene Richtung: seine Leitsätze verflechten sich oft mit idealistischen Ideen.

„Die idealistische Philosophie bedeutet im Grunde, daß alle Arten der menschlichen Erkenntnis als Selbsterkenntnis aufgefaßt werden, die nach Meinung von Idealisten die einzige authentische Art der Erkenntnis ist", schrieb zu philosophischen Problemen der Mathematik und der formalen Logik E. W. Beth (selbst ein Logiker und Mathematiker). „Solange wir innerhalb des Kreises unserer persönlichen Erfahrung verbleiben, können wir die Sphären der physischen und der subjektiven Realität nicht auseinanderhalten. Wir müssen diese Sphären sofort auseinanderhalten, sobald wir den Erfahrungen anderer Menschen Augenmerk schenken; aber das zieht gleichzeitig die Notwendigkeit nach sich, in den gesellschaftlichen Bereich der Realität einzudringen."[14] Eine solche Fragestellung geht bereits über die Grenze des naturwissenschaftlichen Materialismus hinaus; in ihr liegen die Voraussetzungen für den Schluß, daß eine konsequente Durchsetzung des Prinzips des Realismus eine in sich geschlossene *materialistische Philosophie* braucht, die auch die gesellschaftliche Wirklichkeit theoretisch zu erfassen vermag.

Das bewußte Eintreten für den Materialismus als philosophische Konzeption bedeutet ein Abgeben vom Grundinhalt der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie auch dann, wenn das ohne direkten Einfluß des Marxismus geschieht. Aber die Träger derartiger Ansichten können ebensowenig darauf verzichten, ihre Einstellung zum dialektischen Materialismus zu bestimmen, sie suchen in ihm in bestimmtem Maße eine Stütze, wie beträchtlich ihre Divergenzen mit der Philosophie des Marxismus auch sein mögen. An eine materialistische Philosophie diesen Typs hält nun schon seit mehr als einem halben Jahrhundert der amerikanische Denker R. W. Sellars, der entschieden gegen den Idealismus polemisiert, sowohl gegen den subjektiven — von Berkeley bis zum Neopositivismus — als auch gegen den objektiven — vom Thomismus bis Whitehead. Ihm ist der historische Materialismus fremd; im Geiste des bürgerlichen Liberalismus aus den Zeiten vor dem ersten Weltkrieg erzogen, sympathisiert er gegenwärtig mit den Ideen von Lippmann und Galbraith. Er erfaßt nicht die Klassennatur der idealistischen philosophischen Ansichten, gegen die er streitet. Aber er selbst ist der Ansicht, daß seine Anschauungen „den Grundkurs des dialektischen Materialismus zweifellos bestätigen". R. W. Sellars, der bestimmten Leitsätzen des dialektischen Materialismus zustimmt, behauptet: „Wenn wir Dinge bemerken und beschreiben, *werden sie zu Objekten für uns*. Wir entschlüsseln ihre Grundstruktur, ihr Verhalten und ihre Beziehungen. Auf diese Weise widerspiegelt sie unser Gedanke annähernd und deckt sie auf."[15] „Das Bedürfnis nach realistischer Begründung" und die Kritik am Positivismus verbinden, seiner Ansicht nach, diese philosophische Position mit dem dialektischen Materialismus.[16] Bei der Verteidigung der Grundthesen des Materialismus und in der Polemik gegen die idealistische Erkenntnistheorie beruft er sich auf den „Materialismus und Empiriokritizismus" von W. I. Lenin.[17] Solche Gedanken R. W. Sellars' wie die Vereinigung des Prinzips

[14] E. W. Beth. The Foundations of Mathematics. A Study in the Philosophy of Science. Amsterdam, 1959, pp. 643, 645.
[15] R. W. Sellars. Reflections on Dialectical Materialism. In: Philosophy and Phenomenological Research. Vol. V, No. 2, 1944, pp. 161, 176.
[16] R. W. Sellars. Existentialism, Realistic Empiricism, and Materialism. In: Philosophy and Phenomenological Research, Vol. XXV, No. 3, 1965, p. 315.
[17] Siehe R. W. Sellars. Reflections on American Philosophy from Within. Notre Dame, 1969, p. 102 f.

der Entwicklung und des Materialismus, die Konzeption von den Niveaus der Kausalität, das Studium des Verhältnisses zwischen Aktivität der Wahrnehmung und ihrem die Wirklichkeit widerspiegelnden Inhalt berühren sich mit einzelnen Leitsätzen des *dialektischen* Materialismus. Aber er bestreitet die materialistische Dialektik; die spontanen Elemente der Dialektik sind nicht imstande, seine bewußte Opposition dagegen zu besiegen. Ohne die materialistische Dialektik und den historischen Materialismus vermag er auch sein Programm nicht konsequent zu verwirklichen, sein materialistisches Prinzip nicht konsequent durchzusetzen; er muß daher dem Idealismus auch in der Erkenntnistheorie gewisse Zugeständnisse machen. Und dennoch ist der Materialismus ein grundlegender Zug der philosophischen Tätigkeit R. W. Sellars'. Es ist an der Zeit, so schrieb er, daß der Materialismus aufhört, eine „unterdrückte Alternative" zu sein, „es ist an der Zeit, ihn in den Vordergrund zu rücken, die versäumten Möglichkeiten zu prüfen, ihn für etwas zu halten, das man im Lichte aller bestehenden Einwände studieren muß".[18] Deshalb spricht er mit Respekt vom „beharrlichen Kurs" des dialektischen Materialismus, von seiner Kompromißlosigkeit gegenüber dem Idealismus.

R. W. Sellars ist kein Vertreter einer geformten Richtung, aber in seiner Philosophie äußert sich plastisch ein bestimmtes, nicht nur ihm eigenes Streben, im Materialismus den Ausweg aus der Krise der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie zu suchen. Wie unterschiedlich auch die Richtungen der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie sein mögen, sie finden sich im theoretischen und sozialen Wesen zusammen und sind Komponenten *ein und derselben* Krisensituation. Deshalb läuft auch die Suche nach einem Ausweg auf eine *gemeinsame Tendenz* hinaus. Der „Naturalismus" des amerikanischen Philosophen M. Farber, der die Husserlsche Phänomenologie und den Existentialismus kritisiert[19], ist in seiner materialistischen Ausrichtung dem „wissenschaftlichen Realismus" verwandt, der gegen die Dogmen sowohl der logischen als auch der linguistischen Variante des Neopositivismus ins Feld zieht[20] und mit der Zersetzung der letzteren erstarkt.

[18] R. W. Sellars. Materialism and Human Knowing. In: Philosophy for the Future. The Quest of Modern Materialism. Ed. by R. W. Sellars, V. J. McGill and M. Farber. New York, 1949, page 78.

[19] Siehe M. Farber. Naturalism and Subjectivism. Springfield, 1959. — M. Farber. Phenomenology and Existence. Toward a Philosophy within Nature. New York, Evanston, and London, 1967.

[20] Vgl. z. B.: J. K. Feibleman. Inside the Great Mirror. A Critical Examination of the Philosophy of Russell, Wittgenstein, and their Followers. The Hague, 1958. — J. J. Smart, Philosophie and Scientific Realism. London, 1963.
Im „wissenschaftlichen Realismus" sind bedeutende Möglichkeiten verborgen; darauf weist u. a. auch das Buch von M. W. Wartofsky „Conceptual Foundations of Scientific Thought. New York/London, 1968, hin, in dem er an die philosophische Problematik der wissenschaftlichen Erkenntnis von Positionen aus herangeht, die dem Materialismus nahe sind. Die Annahme des bürgerlichen Antimarxismus engt die Möglichkeiten des „wissenschaftlichen Realismus" ein und wirkt seiner progressiven Tendenz entgegen. In den Arbeiten von Mario Bunge läßt die Behandlung einzelner Kategorien, die vor allem mit der philosophischen Interpretation der Theorien und Methoden der Naturwissenschaften verbunden sind, eine bestimmte Ähnlichkeit mit einigen Ideen des dialektischen Materialismus erkennen. Aber Bunge übernimmt stereotype antimarxistische Gedankengänge (siehe: The Journal of Philosophy, Vol. LIX, No. 25, 1962, p. 805 f.). Daher findet er zur Verwirklichung der von ihm verkündeten „neuen Revolution" in der Philosophie, für die Ausarbeitung „metaphysischer Theorien und Systeme" — obwohl er kritisch dem Positivismus gegenübersteht — keinen anderen Stützpunkt als die Traditionen des Wiener Kreises, d. h. des logischen Positivismus. (Siehe M. Bunge. Problems and Games in the Current Philosophy of Natural Science. In: Akten des XIV. Internationalen Kongresses für Philosophie. Bd. 1, Wien, 1968, S. 573 f.)

Die derartigen Bestrebungen stoßen auf das allgemeine Problem: Von der materialistischen erkenntnistheoretischen Grundeinstellung gilt es zu einer *in sich geschlossenen* materialistischen Philosophie, zur philosophischen Erkenntnis der *Dialektik* der objektiven Realität, zur *Dialektik* der die Wirklichkeit widerspiegelnden Erkenntnis, der Materialität der *Gesellschaft* und des gesellschaftlichen Charakters der *Erkenntnis* zu schreiten. Andernfalls kann man nicht wirksam und konsequent dem Positivismus und der „Lebensphilosophie" entgegentreten, kann man nicht zu einer modernen wissenschaftlichen Philosophie gelangen.

Der bewußte Versuch, den gnoseologischen Realismus mit Elementen der Dialektik zu *verbinden,* wird in der „offenen Philosophie" von Gonseth und Bernays unternommen. Zum Unterschied von einigen anderen philosophischen Anschauungen, die — auf die Dialektik der wissenschaftlichen Erkenntnis konzentriert — nur die „immanente oder methodologische Dialektik" anerkennen und von der „philosophischen Dialektik" abgehen[21] (und deshalb mit philosophischen Vorurteilen, die der Dialektik und dem Materialismus fremd sind, verbunden werden), orientieren sich Gonseth und Bernays, von den philosophischen Problemen der Mathematik ausgehend, auf die Ausarbeitung einer dialektischen Philosophie. Die Dialektik ist, nach Meinung von Gonseth, „ein System von Begriffen, ein adäquates, kohärentes und effektives Wirken der Ideen"; der Aufbau eines solchen Systems dient dem Ziel „einer besseren Aneignung der Realität"[22]. Die „offene Philosophie" ist allerdings auch für einige Abarten des Idealismus offen, sie ist auch nicht frei von der Illusion, daß sich der Gegensatz zwischen Materialismus und Idealismus überwinden lasse. Doch der Hauptakzent in der Konzeption von Gonseth und Bernays wird auf die Dialektik der Theorie und Erfahrung, auf die Idee des historischen Charakters und der Objektivität der wissenschaftlichen Erkenntnis gelegt. So gesehen, wird ihre Konzeption bewußt dem Neopositivismus entgegengestellt, der die Theorie von der Erfahrung trennt, doch die Dialektik ist nach Gonseth nur der Erkenntnis eigen; die Idee und das Problem der objektiven Dialektik befinden sich außerhalb des Blickfelds der „offenen Philosophie". Nach dieser Konzeption besitzt die Erkenntnis objektiven Charakter, folglich muß die Dialektik der wissenschaftlichen Erkenntnis in letzter Instanz die Dialektik der objektiven Wirklichkeit widerspiegeln. Aber die „offene" Philosophie *macht Halt* bei dem Gedanken, daß die Meinungen, die sich in der Dialektik zu einem System organisieren, „zum (im Prinzip zeitweiligen) Horizont der Wirklichkeit oder der Wahrheit gehören".[23] Die Subjektivität läßt sich unmöglich allein aus der Subjektivität selbst erkennen, behauptet Gonseth; er erkennt auch an, daß „die Struktur der Subjektivität ... nicht nur (oder nicht in erster Linie) von der Einführung des Subjekts in das natürliche Milieu abhängt, sondern auch von seiner Integration in das gesellschaftliche Milieu".[24] Aber das Problem wird

[21] Siehe J. Piaget. La situation des sciences de l'homme dans le système des sciences. In: Tendances principales de la recherche dans les sciences sociales et humaines. Première partie: Sciences sociales. Paris/La Haye, 1970, pp. 40—41. Das Verhältnis zwischen dieser philosophischen Konzeption von Piaget und dem Marxismus ist ein besonderes Problem, dessen Analyse über den Rahmen des vorliegenden Artikels hinausgehen würde.

[22] F. Gonseth. La géométrie et le problème de l'espace. Neuchâtel/Paris, 1945/1949, p. 51.

[23] F. Gonseth. De l'unité du savoir. In: Dialectica, No. 14, 1950, p. 163.

[24] F. Gonseth. La philosophie ouverte. In: Akten des XIV. Internationalen Kongresses für Philosophie, Bd. 1, Wien, 1968, S. 556.

hier eher gestellt als gelöst[25]; die Philosophie von Gonseth und Bernays trifft in einigen Punkten mit der materialistischen Dialektik zusammen, erreicht sie aber insgesamt nicht.

Die theoretischen Ergebnisse der materialistischen und dialektischen Bestrebungen in der nichtmarxistischen Philosophie sind wertvoll und fruchtbar, tragen jedoch unbedingt *fragmentarischen* Charakter. Die Träger dieser Bestrebungen können keine philosophische Synthese vollziehen, keine allumfassende und konsequente philosophische Theorie schaffen, die sie selbst für wünschenswert und notwendig halten. Die *Tendenz der Annäherung* an den Marxismus ist noch nicht der *Übergang* zu ihm. Es ist sehr schwer, die bürgerliche Philosophie *vollständig und endgültig* zu überwinden, einen Ausweg aus ihrer Krise zu finden, denn die Kraft der geistigen Dekadenz ist abgeleitet von der Kraft des Druckes der gesellschaftlichen Dekadenz, die dem gegenwärtigen Zustand der bürgerlichen Philosophie den Schein der Natürlichkeit, der Unveränderlichkeit verleiht. Der Übergang zum Marxismus bedeutet den *bewußten* Umbau der *gesamten Weltanschauung*, die Annahme der *Klassenpositionen des Proletariats*.

Der Ideenstreit, besonders der Kampf für den Marxismus und dagegen, widerspiegelt nicht nur und nicht zunächst die Situation der Intelligenz, sondern – durch diese vermittelt – die Bewegung der ganzen Gesellschaft. Beim Übergang von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus zeigt sich das Wirken von zwei Faktoren: *Erfahrung und Einwirkung des Klassenkampfes*, Enttäuschung über den Kapitalismus, gesellschaftlich-politischer Drang zum Sozialismus und *Notwendigkeit der Erkenntnis der Wirklichkeit*. Das Streben zum Marxismus ist subjektiv nicht immer unmittelbar mit der Erfahrung der sozialistischen Gesellschaft, des Klassenkampfes des Proletariats, der demokratischen Bewegung verbunden. Es kann zuweilen scheinen, als fehlten hier soziale Motive (besonders dort, wo die Kraft der revolutionären Arbeiterbewegung die polizeilichen, politischen, ideologischen und moralischen Schranken, von der Bourgeoisie um den Marxismus-Leninismus errichtet, noch nicht durchbrechen konnte.) Philosophische Fragen und Ideen, die objektiv im Einklang mit dem Inhalt des dialektischen Materialismus stehen, können auch ohne dessen unmittelbaren Einfluß entstehen, aber ihre Perspektiven sind deswegen dem Marxismus verbunden, sie können deswegen gesellschaftliche Wirksamkeit und Bedeutung erlangen, dem Druck oder der Anziehungskraft des Idealismus widerstehen, weil hinter den theoretischen Prozessen die Realität des Weltsozialismus, des globalen Klassenkampfes steht. Im Zuge der Annäherung an den Marxismus ist die Praxis des Klassenkampfes primär, indem der Ausgangspunkt und das Hauptmotiv für diesen Übergang liegen. Die Denker, die von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus schreiten und unter Verzicht auf die Illusionen einer intellektuellen Absonderung den Weg des ihre ganze Persönlichkeit erneuernden demokratischen und sozialistischen Kampfes beschreiten, müssen zwangsläufig den *Konflikt* zwischen der bürgerlichen Philosophie und den fortschrittlichen Bewegungen durchmachen, müssen spüren, daß diese Philosophie und das kapitalistische System *miteinander verbunden* sind. Dabei kommt es zwangsläufig zu einer theoretischen und moralischen Krise, aber das ist keine *innere Krise* der bürgerlichen Philosophie, sondern eine Krise, die aus dem Erlebnis des Zusammenstoßes der ersteren mit der gesellschaftlichen Realität und den persönlichen Schicksalen resultiert und auf das bürgerliche Denken *von außen* einwirkt. Erinnerungen zeigen den qualvollen Prozeß derartiger Krisen und Zweifel, die komplizierte Verflechtung der historischen Wendungen, der gesellschaftlichen Bewegungen, der Herausbildung menschlicher Schicksale und philosophischer Metamorphosen[26], die Freuden der Entdeckung des Marxismus und die gewaltigen Schwierigkeiten seiner Aneignung. Aber dieser Weg führt in letzter Instanz von Schwankungen zur Gewißheit, die wissenschaftlich begründet und in der Praxis der revolutionären Arbeiterbewegung erprobt ist.

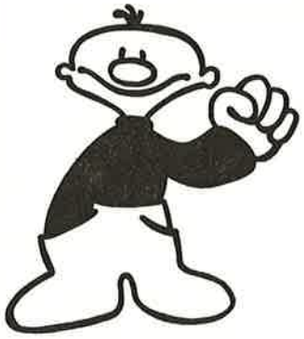
Die Tendenzen der Annäherung und des Übergangs von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus wachsen an *weit* voneinander entfernten, häufig voneinander *unabhängigen* Ästen des gesellschaftlichen Wirkens und der gesellschaftlichen Erkenntnis. Sie werden reproduziert in der Erkenntnis der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wirklichkeit, in den historischen Forschungen, im Zuge der philosophischen Deutung der Wissenschaften, in der Suche nach einem Ausweg aus der Krise des modernen bürgerlichen Denkens. Die Schlußfolgerung W. I. Lenins: „Der Kommunismus ‚wächst' buchstäblich aus allen Zweigen des öffentlichen Lebens empor, seine Triebe sind entschieden überall zu finden"[27], trifft auch auf das intellektuelle Leben zu. Die Prozesse des Bruchs mit der bürgerlichen Philosophie, der Annäherung und des Übergangs zum Marxismus sind bei ihrer relativen Selbständigkeit der Praxis der Revolution, der theoretischen Kraft des Marxismus und seiner Einwirkung auf die Massen untergeordnet und in bezug auf diese sekundär. Dieser abgeleitete Charakter mag vom Standpunkt der idealistischen Kategorie des „reinen Geistes" aus als eine Schwäche erscheinen. In der Tat sind die philosophischen Tendenzen, die zum Marxismus führen, insgesamt gerade deswegen unüberwindlich, weil sie durch die objektive soziale Notwendigkeit bedingt sind und in letzter Instanz durch die revolutionäre Tätigkeit der Massen hervorgerufen, unterstützt und vorangestoßen werden. Einzelne Persönlichkeiten und Gruppen können zur bürgerlichen Philosophie zurückkehren, aber im historischen Maßstab ist der Übergang von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus nicht umkehrbar. Unter dem politischen und ideologischen Druck der Bourgeoisie können diese Tendenzen eine gewisse Zeit lang verborgen bleiben, aber ähnlich wie unterirdische Ströme treten sie gleichsam überraschend an die Oberfläche und münden in letzter Instanz in das gemeinsame Flußbett, in dem sich das revolutionäre Denken und das revolutionäre Handeln zu einem einheitlichen Strom vereinigen.

Nachdruck aus: Probleme des Friedens und des Sozialismus Nr. 8, Prag 1972

[25] Auf der Suche nach der Lösung dieses Problems, nach der Deutung des Verhältnisses zwischen den mathematischen, logischen und sprachlichen Strukturen sowie der Wirklichkeit geht der französische Philosoph N. Mouloud über den Rahmen der „offenen Philosophie" hinaus, nähert sich der Idee der objektiven Dialektik und ihrer Verbindung mit der subjektiven. Seiner Meinung ist die „Wissenschaft deswegen dialektisch, weil sie mit Hilfe von Begriffen, die in dem Maße, wie die einen Begriffe andere ergänzen, definiert werden, zu Systematisierungen emporsteigt ... Aber sie ist auch deswegen dialektisch, weil die von ihr untersuchten Aspekte der Realität zu einer realen Totalität vereinigt sind, der man sich nur über eine Synthese der Aspekte, durch eine fortschreitende Systematisierung annähern kann." (N. Mouloud. Langage et structures. Essais de logique et de séméiologie. Paris, 1969, p. 74.)

[26] Siehe z. B.: Ide Takasi. Vor meinem Übergang auf materialistische Positionen. In: „Progressive Denker des heutigen Japans", Moskau, 1964, russ.

[27] W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 88.



...hören Sie mal rot! „pläne“

Rot sehen kann jeder . . .
Hören Sie mal rot!
Der erste Sampler des pläne-Verlags bietet Lieder aus allen Bereichen der Produktion
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. 0300, DM 10,–

Dieter Süverkrüp
Zusammengesammelte Werke, die bissigsten Hits und Oratorien von und mit D. Süverkrüp
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. 0200, DM 15,–

CHILE
Lieder aus Chile mit der bekanntesten chilenischen Gruppe „quilapayun“
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. 88 105, mit Textheft, DM 22,–

Ernst Busch 3
Busch singt und spricht Texte von Erich Kästner, und Erich Kästner liest Erich Kästner
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. 77 103, DM 22,–

Drushba – Freundschaft
Sport- und Musikgrüße aus der UdSSR
30-cm-LP, stereo
mit Textheft, Bestell-Nr. 0100, DM 22,–

50 Jahre Sowjetunion
Lieder aus Kampf und Revolution, Lieder vom Aufbau und neuem Leben
30-cm-LP, stereo
mit Textheft, Bestell-Nr. 0400, DM 15,–

Life-Story
Die Machtwächter, Köln, das bisher erfolgreichste Programm der Politkabarettisten, gehört zu „unserem Programm für junge Hörer“
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. 99 102, DM 22,–

Lokomotive
Die Lokomotive aus Kreuzberg ist eine neue Politrock-Gruppe, die auf Anhieb durchschlagenden Erfolg hat
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. 99 101, DM 22,–

De una vez
Ali Primera aus Venezuela singt Lieder der dritten Welt für eine einzige Welt
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. 88 106, DM 22,–

Wir packen's an
Lieder zum Wachwerden von Dietrich Kittner
17-cm-EP, stereo
Bestell-Nr. Peng 10, DM 5,–

Morning
Colin Wilkie & Shirley Hart gehören seit einem Jahrzehnt zu den beliebtesten Folksängern der englischen Tradition
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. 88 107, DM 22,–

pläne

Gesamtverzeichnis anfordern beim Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93

Philosophie und Wissenschaft. Zur Frage der wissenschaftlichen Weltanschauung

Jürgen Blasius

Wenn wir uns mit Fragen der materialistischen Dialektik beschäftigen, so ist dies keine kontemplative Angelegenheit, sondern hat politische Relevanz. „In unserer Zeit spitzt sich die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus gerade auf ideologischem Gebiet deutlich zu, und es wäre verwerflich, irgendwem nachzugeben, der da meint, man könne sich in diesem Kampf passiv verhalten.“[1] Der Propagierung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der theoretischen Arbeit ist so höchste Bedeutung zuzumessen. Besonders großer Wert ist auf die „Pflege und Förderung der dialektischen Methode“ zu richten, denn: „Sie schult das Denken, schließt die einseitige oder subjektivistische Betrachtung der Dinge sowie wirklichkeitsfremde Wunschvorstellungen in der Politik aus. Sie schärft den Blick für das Wesentliche, für die entscheidenden Tendenzen der Entwicklung, . . .“[2]

Die Beziehungen von Wissenschaft und Politik werden jedem spätestens dann deutlich, wenn es um die Frage der Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse geht. Zudem ist die Wissenschaft Bestandteil einer bestimmten Gesellschaftsformation, sie steht also mit allen anderen Bereichen der Gesellschaft in mehr oder weniger direkter Wechselwirkung. Wir wollen das nicht weiter verfolgen, dies wird ein Gegenstand der wissenschaftstheoretischen Überlegungen sein, wir werden also darauf zurückkommen. Festhalten wollen wir, daß eine jegliche Konzeption von Wissenschaftspolitik von einer allgemeinen ideologisch-weltanschaulichen Position vorgenommen wird, was wohl unmittelbar einsichtig erscheint. Die Frage, die wir uns stellen wollen, ist die, ob auch die positiven Wissenschaften einen solchen weltanschaulichen „background“ implizieren, oder ob sie ohne ihn auskommen. Spielt also die Auseinandersetzung auf ideologischem Gebiet auch eine Rolle in den positiven Wissenschaften, oder bleiben sie unberührt davon, kurz: ist Wissenschaft ohne Philosophie möglich, speziell: ist Naturwissenschaft ohne Philosophie möglich?

Eine schlagende Antwort auf diese Frage gibt Friedrich Engels: „Die Naturforscher glauben sich von der Philosophie zu befreien, indem sie sie ignorieren oder über sie schimpfen. Da sie aber ohne Denken nicht vorankommen und zum Denken Denkbestimmungen nötig haben, diese Kategorien aber unbesehen aus dem von den Resten längst vergangener Philosophien beherrschten gemeinen Bewußtsein der sogenannten Gebildeten oder aus dem bißchen auf der Universität zwangsmäßig gehörter Philosophie oder aus unkritischer und unsystematischer Lektüre philosophischer Schriftsteller aller Arten nehmen, so stehen sie nicht minder in der Knechtschaft der Philosophie, meist aber leider der schlechtesten, und die, die

[1] Erich Honecker, Fragen von Wissenschaft und Politik in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, in: Einheit 1/72, S. 19.
[2] Ebenda, S. 13.

am meisten auf die Philosophie schimpfen, sind Sklaven gerade der schlechtesten, vulgarisierten Reste der schlechtesten Philosophie."[3]

Die Naturwissenschaft bedarf der Philosophie, jedoch keiner über ihr stehenden, von ihr getrennten Spekulation, sondern einer wissenschaftlichen Philosophie und einer philosophischen Wissenschaft, d. h. die Philosophie muß wissenschaftlich werden und die Wissenschaft philosophisch, beide müssen eine enge Wechselwirkung eingehen.

Wissenschaftlichen Charakter erhält eine Philosophie dann, wenn sie vom Primat der Praxis, vom Primat der Empirie ausgeht. „Man entschloß sich", sagt Engels, „die wirkliche Welt – Natur und Geschichte – so aufzufassen, wie sie sich selbst einem jeden gibt, der ohne vorgefaßte idealistische Schrullen an sie herantritt."[4] Das bedeutet aber: „Wenn wir den Weltschematismus nicht aus dem Kopf, sondern vermittels des Kopfes aus der wirklichen Welt, die Grundsätze des Seins aus dem, was ist, ableiten, so brauchen wir dazu keine Philosophie, sondern positive Kenntnisse von der Welt und was in ihr vorgeht; und was dabei herauskommt, ist ebenfalls keine Philosophie, sondern positive Wissenschaft."[5]

Die Einheit von philosophischer Wissenschaft und wissenschaftlicher Philosophie, basierend auf Erkenntnis der objektiven Realität, bedeutet die Aufhebung von Philosophie im üblichen Sinne. Die Philosophie wird zur wissenschaftlichen Weltanschauung, zum dialektischen Materialismus.

Der dialektische Materialismus als einzig wissenschaftliche Weltanschauung ist keine Philosophie im Sinne irgendwelcher früherer philosophischer Systeme und Lehren. „Er ist überhaupt keine Philosophie mehr, sondern eine einfache Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu bestätigen hat. Die Philosophie ist hier also ‚aufgehoben', d. h. ‚sowohl überwunden als aufbewahrt', überwunden, ihrer Form, aufbewahrt, ihrem wirklichen Inhalt nach."[6]

Diese „einfache Weltanschauung", das Resultat einer mehr als zweitausendjährigen Geschichte der Philosophie *und* Naturwissenschaft, ist nicht nur Theorie, sie ist auch Methode, bzw. eine „Form des theoretischen Denkens, die auf der Bekanntschaft mit der Geschichte des Denkens und deren Errungenschaften beruht".[7]

Diese Form des theoretischen Denkens, diese Methode muß dem Objekt des Denkens adäquat sein. Um die Realität in ihrer Vielfalt und Einheit, die Dinge in ihrem wechselseitigen Zusammenhang, in ihrer Bewegung und Entwicklung, um die gegensätzlichen Bestandteile des Einheitlichen zu fassen, d. h. um die Dialektik der Realität erfassen zu können, bedarf es „allseitiger, universeller Elastizität der Begriffe, Elastizität, die bis zur Identität der Gegensätze geht – das ist das Wesentliche. . . . Elastizität, *objektiv* angewendet, d. h. so, daß sie die Allseitigkeit des materiellen Prozesses und seine Einheit widerspiegelt, ist Dialektik, ist die richtige Widerspiegelung der ewigen Entwicklung der Welt."[8] Die dialektischen Beziehungen der Realität sind allerdings nie in ihrem ganzen Reichtum zu erfassen. „Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muß man alle seine Seiten, alle

[3] Friedrich Engels, Dialektik der Natur; Berlin 1952, S. 222.
[4] Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie; Berlin 1969, S. 19.
[5] Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft; Berlin 1970, S. 34.
[6] Ebenda, S. 129.
[7] Friedrich Engels, Dialektik der Natur; a. a. O., S. 223.
[8] W. I. Lenin, Philosophische Hefte, Berlin 1971, S. 100.

Zusammenhänge und ‚Vermittlungen' erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung der Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren."[9]

Materialismus und Dialektik sind so untrennbar ineinander verwoben. So wie die Dialektik als Methode materialistisch sein muß, man die Dialektik in den Dingen selbst aufspüren muß, um die Realität nicht in ein Prokrustesbett zu zwängen, muß auch die Dialektik als Theorie der Realdialektik, der Bewegung materialistisch sein, sie muß Verallgemeinerung unserer Erfahrungen über die Realität sein, kein metaphysisches Schema. So sagt Engels: „Und endlich konnte es sich für mich nicht darum handeln, die dialektischen Gesetze in die Natur hineinzukonstruieren, sondern sie in ihr aufzufinden und aus ihr zu entwickeln."[10]

Daraus ergibt sich aber nun folgendes Problem: wenn die Dialektik in den Objekten der einzelnen Wissenschaften ist, dann müßten die Natur- und Gesellschaftswissenschaftler bei richtigen Ergebnissen ganz von alleine zu dialektischen Auffassungen kommen. Wozu brauchen sie dann noch die Erfahrungen und Ergebnisse der Philosophie zu absorbieren, um zu einer wissenschaftlichen Weltanschauung zu kommen? Diese Frage stellte sich auch Engels: „Vielleicht aber macht der Fortschritt der theoretischen Naturwissenschaft meine Arbeit größtenteils oder ganz überflüssig. Denn die Revolution, die der theoretischen Naturwissenschaft aufgezwungen wird durch die bloße Notwendigkeit, die sich massenhaft häufenden, rein empirischen Entdeckungen zu ordnen, ist der Art, daß sie den dialektischen Charakter der Naturvorgänge mehr und mehr auch dem widerstrebenden Empiriker zum Bewußtsein bringen muß."[11]

Die Antwort gibt Engels selbst nur eine Seite weiter, wo er exakt den Nutzen einer aktiven Koppelung von dialektischem Materialismus und Naturwissenschaften gegenüber einer spontanen beschreibt: „Es sind aber gerade die als unversöhnlich und unlösbar vorgestellten polaren Gegensätze, die gewaltsam fixierten Grenzlinien und Klassenunterschiede, die der modernen theoretischen Naturwissenschaft ihren beschränkt-metaphysischen Charakter gegeben haben. Die Erkenntnis, daß diese Gegensätze und Unterschiede in der Natur zwar vorkommen, aber nur mit relativer Gültigkeit, daß dagegen jene ihre vorgestellte Starrheit und absolute Gültigkeit erst durch unsere Reflexion in die Natur hineingetragen ist – diese Erkenntnis macht den Kernpunkt der dialektischen Auffassung der Natur aus. Man kann zu ihr gelangen, indem man von den sich häufenden Tatsachen der Naturwissenschaft dazu gezwungen wird; man gelangt leichter dahin, wenn man dem dialektischen Charakter dieser Tatsachen das Bewußtsein der Gesetze des dialektischen Denkens entgegenbringt. Jedenfalls ist die Naturwissenschaft jetzt so weit, daß sie der dialektischen Zusammenfassung nicht mehr entrinnt. Sie wird sich diesen Prozeß aber erleichtern, wenn sie nicht vergißt, daß die Resultate, worin sich ihre Erfahrungen zusammenfassen, Begriffe sind; daß aber die Kunst, mit Begriffen zu operieren, nicht eingeboren und auch nicht mit dem gewöhnlichen Alltagsbewußtsein gegeben ist, sondern wirkliches Denken erfordert, welches Denken ebenfalls eine lange erfahrungsmäßige (!) Geschichte hat, nicht mehr und nicht minder als die erfahrungsmäßige Naturforschung. Eben dadurch, daß sie sich die Resultate der dritthalbtausendjährigen Entwicklung der Philosophie an-

[9] W. I. Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins; in: Werke, Bd. 32, S. 85.
[10] Friedrich Engels, Anti-Dühring, a. a. O., S. 12.
[11] Ebenda, S. 13.

eignen lernt, wird sie einerseits jede aparte, außer und über ihr stehende Naturphilosophie los, andrerseits aber auch ihre eigene, aus dem englischen Empirismus überkommene, bornierte Denkmethode."[12]

Solange die Einzelwissenschaften die Dialektik nicht in sich aufgenommen haben, solange sie vereinzelte Wissenschaften sind, bedarf es „marxistischer Philosophen" und Theoretiker, die ihnen zu einem richtigen Verständnis der allgemeinen Kategorien und deren dialektischen Verknüpfungen helfen und die Einheit der Wissenschaften begründen.

Das bedeutet nicht, daß man aus dem dialektischen Materialismus eine Schablone machen darf, die man der Wirklichkeit aufpfropfen kann. Der Dogmatismus ist mit dem Wesen des Marxismus völlig unvereinbar. Wird marxistisches Gedankengut dogmatisch verwandt, verliert es seinen marxistischen, d. h. dialektisch-materialistischen, wissenschaftlichen Charakter. Der dialektische Materialismus ermöglicht eine wissenschaftliche Interpretation von einzelwissenschaftlichen Erkenntnissen im Lichte der Quintessenz aller bisherigen wissenschaftlich-philosophischen Erfahrung, eine Interpretation, die ansonsten im Lichte des gemeinen Menschenverstandes bzw. der bürgerlichen Philosophie vorgenommen werden würde. „Der dialektische Materialismus ist kein vollendetes, ein für allemal gegebenes System, in das der Naturforscher seine Entdeckungen und Theorien hineinzuzwängen hat. Mit jeder neuen großen Entdeckung auf dem Gebiete der Naturwissenschaft muß der dialektische Materialismus unvermeidlich seine Form ändern und folglich seinen Inhalt durch neue Leitsätze und Folgerungen bereichern."[13]

Der dialektische Materialismus ist nicht nur Methode zur Lösung der philosophisch weltanschaulichen Probleme der modernen Naturwissenschaft, er ist auch die Weltanschauung der Arbeiterklasse, beinhaltet er doch die materialistische Dialektik, die, so sagt Marx, „dem Bürgertum und seinen doktrinären Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel (ist), weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist."

Die Arbeiterklasse bedarf des Bündnisses von Naturwissenschaft und dialektischem Materialismus im Kampf mit den Spielarten der bürgerlichen Philosophie, die ihrerseits einzelne Ergebnisse der Naturwissenschaft für den Kampf gegen den Marxismus, gegen die Befreiungsbestrebungen der Arbeiterklasse auszuschlachten versuchen. In diesem Streit dürfen die Naturwissenschaftler sich nicht auf die politische Wertfreiheit ihrer Forschungen und Forschungsergebnisse berufen, denn diese ist eine relative, da die Naturwissenschaft keinen Selbstzweck darstellt, sondern eine gesellschaftliche Funktion im materiellen Produktions- und Reproduktionsprozeß des menschlichen Lebens erfüllt. Das Reflektieren der gesellschaftlichen Lage der Naturwissenschaft, ihrer Funktion im Rahmen von bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen (das impliziert auch das Mitreflektieren und Stellungbeziehen hinsichtlich dieser Bedingungen!), ist eine Forderung, der sich kein Naturwissenschaftler entziehen darf, ebensowenig wie ihn der praktische und ideologische Mißbrauch seiner Erkenntnisse gleichgültig sein darf. „Die Monopolbourgeoisie benötigt und fördert die Naturwissenschaft mit dem Ziel, deren

[12] Ebenda, S. 14.
[13] M. E. Omeljanowski, Das Problem der Realität in der Quantenphysik; in: C. Harig, J. Schleifstein (Hg.), Naturwissenschaft und Philosophie; Berlin 1960, S. 86 f.

Ergebnisse als Produktiv- und Destruktivkraft profitbringend zu verwerten. Zugleich ist sie absolut desinteressiert an wissenschaftlich fundierten weltanschaulichen Konsequenzen der Naturwissenschaft, weil diese die Philosophie der Arbeiterklasse bestätigen und zu ihr hinführen können. So ist es sozialökonomisch bedingter Ausdruck des ideologischen Klassenkampfes der Bourgeoisie, wenn bürgerliche Ideologen sehr viel Mühe darauf verwenden, die Ergebnisse der Naturwissenschaft weltanschaulich zu neutralisieren und zu verfälschen, Zerrbilder von der Naturwissenschaft zu entwerfen, die in das Gefüge der imperialistischen Herrschaftsideologie passen. Dabei sind mehr oder minder tief- und weitgehende Einflüsse solcher Bemühungen auch auf Naturwissenschaftler natürlich nicht auszuschließen. Auf sie beruft man sich dann gern als auf gleichgesinnte naturwissenschaftliche Autoritäten, auch wenn es nur das eigene Echo ist, das zurückschallt."

Wenn Sie eine Zeitung suchen,

die keine nationalistischen Illusionen nährt —

die für Verständigung und Abrüstung, für Demokratie und Fortschritt eintritt —

die eine Wirtschafts- und Sozialpolitik fordert, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an den Interessen des Großkapitals orientiert —

dann müssen Sie die

Deutsche Volkszeitung

kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

18 (Juni 72)

Kyoichi Maekawa: **Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus und die Herrschaft der Monopole**/Hermann Lehmann: **Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus**/Paul Boccara: **Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie.**

Detlev Albers: Zur Analyse der italienischen Parlamentswahlen/Georg Landwirth: Neue Einführungsliteratur zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus / Lothar Peter: Klassenkämpfe in Westeuropa.

19 (August 72)

Paul Boccara: **Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus**/Kyoichi Maekawa: **Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung.**

Albert Engelhardt: Sozialistische ökonomische Integration/Ilan Reisin: Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse/Peter Römer: Zur These des Funktionswandels des allgemeinen Gesetzes im Aufsatz zur „Sozialstaatsillusion" (SOPO 6/7)/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich heute. **Ein neues Manuskript von Karl Marx**

20 (Oktober 72)

Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen: Kathrin Schran: **Sackgassen und Perspektiven für Westberlin**/Sonja Piron: **Die Westberliner Arbeiterklasse**/Kyoichi Maekawa: **Die allseitige Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitals in Japan.**

Klaus Pickshaus: Dockerstreik in Großbritannien/Wolfgang Ehrhardt: Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus/Astrid Kaiser, Hans-Rainer Kaiser: Lehrerausbildung und politischer Kampf/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich heute.

21 erscheint im Dezember

Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41 **Postfach 270**

Für eine fortschrittliche Anfängerausbildung der Sozialwissenschaft

Werner van Treeck

Zum Thema fällt mir auf: daß auf der einen Seite Sozialwissenschaften zu Steuerungszwecken gesellschaftlicher Prozesse an Bedeutung gewinnen, daß sie im Produktionsprozeß sowohl, wie in der Absicherung der Bedingungen der Produktion, im Reproduktionsprozeß, zur Lösung von Widersprüchen verstärkt entwickelt und eingesetzt werden, daß auf der anderen Seite eben diese Sozialwissenschaften freiwillig und beständig sich die Unerkennbarkeit ihres Gegenstandes, der Gesellschaft, bescheinigen, immer wieder dartun, wie man nie wissen könne, ob man etwas wissen könne oder nicht.
Es fällt mir desweiteren auf: daß die gesellschaftlichen Ansprüche an die sozialwissenschaftlich qualifizierte Intelligenz steigen, daß auf der anderen Seite Studienzeiten gekürzt, wichtige Ausbildungsbestandteile gekappt, obsolete und reaktionäre Teile fortgeschleppt und Koordination und Integration der Ausbildung verhindert werden.
Auffällig ist nicht zuletzt: daß auf der einen Seite die sozialwissenschaftliche Erforschung und Regulierung gesellschaftlicher Prozesse dringlicher wird, daß auf der anderen Seite die Bestimmung der gesellschaftlichen Funktion und Position sozialwissenschaftlicher Intelligenz systematisch ausgeblendet wird.
Ich möchte im folgenden die Position des MSB Spartakus zum Problem der Studienreform, insbesondere im Bereich sozialwissenschaftlicher Ausbildung, skizzieren. Wer hierzu Stellung beziehen will, muß etwa folgende Fragen beantworten: Welches sind die gesellschaftlichen Funktionen der Sozialwissenschaften? Für welche Tätigkeitsbereiche werden sozialwissenschaftliche Qualifikationen benötigt? Welchen objektiven Arbeits- und Lebensbedingungen sind die sozialwissenschaftlich Qualifizierten unterworfen? In welchem Interesse erfolgen Reformierungsbestrebungen im Bereich sozialwissenschaftlicher Ausbildung und was bedeutet das für die Ausbildung selbst? Gibt es dazu Alternativen und wie sind diese zu begründen und durchzusetzen?
Wir machen eine kurze historische Retrospektive: zu erinnern ist zunächst daran, daß die Ausbildung exakter Naturwissenschaften, die Erforschung der Gesetzlichkeiten der Natur also, frei von religiös-phantastischen Interpretationszusammenhängen, historisch an den Aufstieg des Bürgertums gebunden war. Dieser Aufstieg ist identisch mit der fortschreitenden Befreiung von den Abhängigkeiten und Beschränkungen der feudalen Gewalten. Für die Bürger war diese Freiheit lebensnotwendig, denn sie lebten nicht mehr von einer sich selbst versorgenden Landwirtschaft, sondern von der arbeitsteiligen Produktion von Gütern, deren Notwendigkeit für andere immer erst nachträglich an ihrer Verkaufbarkeit sich zeigte, die also frei verfügbar und austauschbar sein mußten. Mit der Entwicklung dieser Produktion, in die mehr und mehr die Naturwissenschaften eingingen, um ihre Grundlagen und Mittel zu revolutionieren und dergestalt die Produktion zu steigern und zu konzentrieren, bildete sich eine neue Klasse von Menschen heraus, denen gerade die Freiheit des Bürgertums zum Verhängnis wurde: Indem auch sie freigesetzt wurden, nach eigenem „Vermögen" ihr Leben zu gestalten, sie

aber außer ihrem Arbeitsvermögen nichts anderes besaßen, wovon sie ihr Leben hätten erhalten können, mußten sie dieses Arbeitsvermögen, mithin sich selbst, an die Eigentümer der Produktionsmittel verkaufen. Es entwickelte sich der Gegensatz zwischen der Klasse der Produktionsmitteleigentümer und der der Lohnarbeiter.

Ergab sich die Beherrschung der äußeren Natur dem aufsteigenden Bürgertum als gesellschaftliche Notwendigkeit, so hielt die Beherrschung der Gesellschaft selbst nicht mit. Wissenschaftliche Erforschung und Gestaltung der Gesellschaft hatte dort ihre Schranke, wo sie das Interesse der Produktionsmitteleigentümer hinter sich lassen wollte. So blieb die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der Anarchie konkurrierender Partialinteressen überlassen, setzten sich die Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung hinter dem Rücken der Menschen durch, war mit der vollen Erkenntnis der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten auch ihre bewußte und planmäßige Ausnutzung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zunächst beiseite gesetzt. Friedrich Tomberg: „Aus demselben Motiv, aus dem die bürgerliche Gesellschaft eine objektiv verläßliche Naturwissenschaft hervorbringen mußte, mußte sie das Entstehen einer ähnlich stringenten Gesellschaftswissenschaft verhindern. Beide Male geht es um die Erhaltung und Förderung des Bestandes dieser bürgerlichen Gesellschaft und damit der Privilegien des Bürgertums in ihr. Die Naturwissenschaft hat die Entwicklung der großen Industrie möglich gemacht und damit die Grundlage allen bürgerlichen Lebens, die kapitalistische Produktionsweise, zur Blüte gebracht. Eine analog verfahrende Gesellschaftswissenschaft würde zur theoretischen Grundlage der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und damit auch des Sturzes der bürgerlichen Klassenherrschaft werden."

Ebenso schon Bert Brecht: „Die bürgerliche Klasse, die der Wissenschaft den Aufschwung verdankt, den sie in Herrschaft verwandelte, indem sie sich zur alleinigen Nutznießerin machte, weiß gut, daß es das Ende ihrer Herrschaft bedeuten würde, richtete sich der wissenschaftliche Blick auf ihre Unternehmungen. So ist die neue Wisenschaft, die sich mit dem Wesen der menschlichen Gesellschaft befaßt und die vor etwa hundert Jahren begründet wurde, im Kampf der Beherrschten mit den Herrschenden begründet worden." Die Ausarbeitung einer exakten Gesellschaftswissenschaft wurde angesichts von Anarchie und Ausbeutung zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit. Sie wurde zum ersten Mal und grundlegend in dem Werk von Marx und Engels geleistet; die organisierte Arbeiterklasse begriff und entfaltete diese Wissenschaft als theoretischen Ausdruck ihrer Interessen und als Anleitung zur gesellschaftlichen Veränderung. In dieser Kampfsituation mußten nun auch für eine bürgerliche Gesellschaft Entwicklung und Anwendung sozialwissenschaftlicher Forschung wichtig werden: zur Regulierung und Leitung wenigstens einiger zentraler gesellschaftlicher Sektoren, ohne sich das Ganze in Frage stellen zu lassen, und damit zur Abwehr des Marxismus. Dieser Zwang verstärkte sich: mit der Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion, mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, mit der Entfaltung der nationalen Klassenkämpfe, mit der Ausbildung des internationalen Systemantagonismus und des sozialistischen Weltsystems. Heute lassen sich in einer Gesellschaft wie der BRD vier Einsatzbereiche für bürgerliche Sozialwissenschaften ausmachen: 1. im Bereich der materiellen Produktion, hier besonders in den Sektoren des Personal- und Organisationswesens; 2. im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion, zumal der Reproduktion der Arbeitskraft, in den Sektoren

der Raum-, Gesundheits- und Bildungsplanung, der Sozialpolitik und der Sozialarbeit; 3. im Bereich der sozialwissenschaftlichen Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung; und 4. im Bereich der primären Ideologieproduktion, der Indoktrination eines systemadäquaten Gesellschaftsverständnisses, zumal im Sektor Massenmedien und in weiten Teilen des Schulunterrichts.

Welche Position hat nun die in diesen Bereichen und Sektoren beschäftigte sozialwissenschaftliche Intelligenz im gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß? Welches Verhältnis hat sie zu den Produktionsmitteln? Welche Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit? Welches Vergesellschaftungs- und Organisationsniveau und welchen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum? Mit diesen Kriterien ist der marxistische Klassenbegriff bezeichnet, mithin die Frage gestellt: wie steht die sozialwissenschaftlich qualifizierte Intelligenz objektiv, und dann auch subjektiv, zu den Klassen der Produktionsmitteleigentümer und der Lohnabhängigen? Wie ist sie also in der realen politischen Bewegung des Klassenkampfes in der BRD zu orten und zu orientieren? Sozialwissenschaftlich qualifizierte Intelligenz — so wäre zu antworten — ist eine Teilgruppierung jener Schicht, deren Mitglieder sowohl zur Bourgeoisie wie zur Arbeiterklasse gehören oder zwischen diesen Klassen stehen.

Beispiel Nr. 1: Im Bereich der materiellen Produktion gehört sozialwissenschaftliche Intelligenz in der Regel zum mittleren und operativen Management, vor allem in den Personalabteilungen: Von 717 Hauptfachsoziologen, die zwischen 1958 und 1967 in der BRD und in West-Berlin ihr Studium abschlossen, fanden 14,1 Prozent hier ihre Berufspositionen, 67 Prozent davon in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten. Ihre Funktionen: z. B. die soziale Ausgestaltung arbeitsteilig-kooperativer Arbeitsprozesse zwecks Steigerung des Mehrwerts, die organisatorische Ausgestaltung der betrieblichen Leitungs- und Kommunikationssysteme zwecks Effektivierung der Herrschaft. Solche Funktionen verweisen auf den zentralen Widerspruch des kapitalistischen Produktionsprozesses als Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß; dieser Widerspruch stellt sich auf der Leitungsebene verschärft dar: als Einheit von produktiven Leitungsaufgaben und despotischen Herrschaftsfunktionen. Andererseits: mit dem Wachstum und der Teilung der Leitungsfunktionen erhöht sich die Austauschbarkeit, verstärkt sich der Konkurrenzdruck für ihre Inhaber. Von der Mehrheit der in der materiellen Produktion beschäftigten Soziologen gilt, daß sie „nur schwer spezifisch zu klassifizierende Linientätigkeiten in vielerlei Abteilungen" (Uwe Schlottmann) ausüben, die mit ihrer Ausbildung nicht eben viel zu schaffen haben. Qualifikation und Tätigkeit stehen also in einem sehr lockeren und zufälligen Verhältnis; praktisch bedeutet das eine Entwertung ihrer Arbeitskraft. Auch ihre Dispositionsbefugnis ist eingeschränkt: wohl bezeichnet etwa die Hälfte der befragten Soziologen als die vor allem von ihnen geforderte Tätigkeit, klar formulierte Anweisungen zu geben; doch handelt es sich dabei um operating decisions, um Ausführungsentscheidungen, nicht um Grundsatzentscheidungen. Insgesamt gilt: wenn auch die höheren und mittleren Leitungskader zunehmend den Widersprüchen kapitalistischer Produktion selbst unterworfen sind, so sind sie doch „in ihrer Arbeitsausführung engstens an die Bourgeoisie" (Helmut Steiner) gebunden. Auch subjektiv, bei meist starker Identifikation mit den Interessen der herrschenden Klasse, wird dieser Teil der sozialwissenschaftlichen Intelligenz in der Regel zu ihrem Bündnispartner.

Beispiel Nr. 2: Im Sozialkundeunterricht sind sozialwissenschaftlich Qualifizierte

im wesentlichen mit der Verbreitung der herrschenden ideologischen Konzepte befaßt. Insofern gehören sie zu den „politischen und literarischen Vertretern" der herrschenden Klasse, von denen Marx sagt, daß sie „im Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen, worüber jene nicht im Leben hinauskommt." Gleichwohl wird es für einen wachsenden Teil dieser sozialwissenschaftlichen Intelligenz unabweisbar, daß zwischen Selbstbild und Realität dieser Gesellschaft ein Widerspruch besteht und sich verschärft. Und das hat seine materielle Grundlage: während mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt die objektiven Qualifikationsanforderungen wachsen, haben die herrschende Klasse und ihr Staat ein Interesse daran, die Arbeitskräfte, die im Bildungswesen eingesetzt werden, zu verwohlfeilern, die Kosten für das Bildungswesen insgesamt möglichst gering zu halten. Dies betreiben sie entweder dadurch, daß wenig Lehrkräfte auf eine steigende Zahl Auszubildender eingesetzt werden, oder dadurch, daß an der materiellen Ausstattung der Schulen eingespart wird, oder dadurch, daß die Qualifikation der Lehrenden kurz und mangelhaft gehalten wird. Wissenschaftsminister von Dohnanyi: „Bis vor wenigen Jahren waren die Lehrer in der Bundesrepublik unterbezahlt; heute sind sie das wohl nicht mehr ... Gehaltssteigerungen, wie wir sie in den 60er Jahren erlebt haben, darf es in den 70er Jahren nicht geben, wenn Mittel für bildungspolitische Reformen übrigbleiben sollen. Fünf-Tage-Woche: ja. Aber beim Lehrerberuf mit der 40-Stundenwoche zu argumentieren, die heute doch für kaum eine Führungsaufgabe in unserer Gesellschaft gilt, halte ich für falsch. Wer in einer demokratischen Gesellschaft den Vorzug und die Verantwortung des Pädagogen hat, darf nicht um ein paar Wochenstunden mehr oder weniger feilschen." Mit anderen Worten: Wenn die Lehrer schon nicht die Misere im Bildungswesen verursacht haben, sollen sie wenigstens dafür bezahlen. Hier werden objektive Proletarisierungsprozesse deutlich. Auch wenn spezifische Differenzen zur Arbeiterklasse nicht zu übersehen sind — so haben Lehrer einen gesicherten Arbeitsplatz, eine garantierte Altersversorgung, Kündigungsschutz u. a. m. —, die Orientierung der Lehrer auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse, hat eine materielle Basis.

Die hier angedeutete Spaltung in der Klassenlage auch sozialwissenschaftlicher Intelligenz bestimmt schon ihre Ausbildungssituation im Studium. Dort erfährt die Masse der Studenten die Minimierung der Ausbildungskosten durch überfüllte Seminare, durch Verkürzung des Studiums und mangelhafte Grundlagenqualifikation, was perspektivisch Arbeitsplatzunsicherheit zur Folge hat. Diese wird noch verstärkt durch ein chronisches Überangebot sozialwissenschaftlicher Intelligenz auf dem Arbeitsmarkt seit 1966. Als zentrale Widersprüche treten in Erscheinung: praxisfremdes Studium und ausbildungsfremde Berufsbetätigung:

1. Eine Untersuchung im MPI für Bildungsforschung in West-Berlin über „Politologen im Beruf" hat herausgefunden, daß ein relativ hoher Prozentsatz (20 Prozent) der Politologen in Berufen arbeitet, die keinen Bezug zu ihrer Ausbildung haben. Zitiert werden Fälle, „wo ein Politologe als Gastwirt oder als Zahnarzt tätig ist. Auch kommt es vor, daß Politologen, vor allem in der öffentlichen Verwaltung, dort völlig untergebuttert und völlig ausbildungsfremd verwendet werden, z. B. als bloße Stenotypisten."

2. Eine Untersuchung an der Uni Konstanz über „Berufe für Soziologen" faßt eine Erhebung unter Soziologiestudenten zum Praxisbezug ihrer Ausbildung so zusammen: „Sehen wir uns die soziologischen Probleme an, die während des Studiums auftauchen, so stellen wir fest, daß es nicht Probleme sind, die sich am angestrebten Berufsbereich orientieren und entwickeln, sondern fachinterne Probleme. Diese bestimmen auch den Hauptanteil des Studienangebots, und man kann sich ihnen nicht entziehen, will man die Prüfungen ablegen ... Man sucht sich zwar Lehrveranstaltungen, die noch am ehesten den eigenen Intentionen und einer Vorbereitung auf die spätere Berufstätigkeit entsprechen, aber den Mangel dieser Veranstaltungen empfinden alle sehr ähnlich — es fehlt der Praxisbezug."

Wenn auch der hier verwandte Praxis-Begriff technizistisch verkürzt ist, denn er wird nicht inhaltlich bestimmt, so wird dennoch der Bruch deutlich, der zwischen Qualifikation und den Anforderungen der verschiedenen Tätigkeitsfelder klafft und die Arbeitsplatzunsicherheit erhöht. Damit ist zugleich die Frage nach den Ausbildungs- und Wissenschaftsinhalten gestellt; nicht bloß vermindern bürgerliche Sozialwissenschaften, so wie sie derzeit und landläufig vermittelt werden, den Wert der Arbeitskraft, sie verhindern auch, dem zuwider, was sie im eigenen Namen versprechen, die Erkenntnis des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs. Der Proletarisierungsprozeß, dem große Teile sozialwissenschaftlich qualifizierter Intelligenz in der Berufsarbeit unterworfen sind, damit die Perspektive auf die Arbeiterklasse — das ist in der Ausbildung schon vorgezeichnet.

Die Frage stellt sich, was ist zu tun? Die Orientierung, die wir, auf Grund der vorgetragenen Analyse, anbieten, geht 1. auf Verbesserung der Ausbildung, damit auf Verbesserung der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft. Eine Ausbildung, die weitgehend Disponibilität und längerfristig Arbeitsplätze sichert, liegt im unmittelbaren Interesse der Studenten. Die Feststellung, daß eine solche Ausbildung durchaus noch im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft verbleibt, ist zwar richtig, gleichwohl aber trivial: Wer in der bürgerlichen Gesellschaft sein Leben erhalten will, muß dies zunächst einmal unter den Bedingungen dieser Gesellschaft tun, d. h. er muß seine Arbeitskraft verkaufen. Die Frage ist nur, arbeitet er in einer sozialökonomischen Lage, in der er Ausbeutungsobjekt ist, in der er proletarisiert wird oder in der er zum Bündnispartner der herrschenden Klasse wird. Diese kann die Inhalte der Ausbildung solange bestimmen, solange die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten nicht stark genug sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu verändern. Auf dem Wege dahin aber kann das Kräfteverhältnis verändert, können der herrschenden Klasse Positionen abgezwungen werden. So liegt die Forderung nach Verbesserung der Ausbildung insofern nicht im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, als sie mit höheren Kosten verbunden ist, die nicht restlos über die Besteuerung der Arbeiterklasse eintreibbar sind.

Verbesserung der Ausbildung bedeutet zum Beispiel für die der Sozialkundelehrer: 1. Kritische Aufarbeitung der realen Praxis des gegenwärtigen Sozialkundeunterrichts in der BRD, eines Faches mithin, das, nach Werner Hofmann, „ein Konglomerat aus Zeitgeschichte, Wirtschaftskunde, Staats- und Rechtskunde darstellt" und mit der „Hilflosigkeit und Standpunktlosigkeit vieler Lehrer, ... ihrer notorischen Ahnungslosigkeit besonders in ökonomischen Dingen" zu rechnen hat. „So ist das Fach Sozialkunde, bei redlichem Bemühen der Beteiligten, bis heute weithin ein Schauplatz des täppischsten Dilettantismus, der sachlichen und didaktischen Ratlosigkeit, des wahllosen Eklektizismus geblieben." Zur Ausbildung des Sozialkundelehrers muß gehören: die Bestimmung der politischen Funktionen der Sozialkunde, die Untersuchung der verwickelten Geschichte ihrer unterschied-

lichen Konzeptionen, die Diskussion der Wirkungsanalysen politischer Bildung, die Kritik der Lehrpläne und Richtlinien, der Lehrmaterialien und Schulbücher.

2. Kritische Aufarbeitung der fortgeschrittenen methodischen Verfahren und Fertigkeiten: Ein Sozialkundelehrer muß nicht bloß die statistischen Techniken kennen, um sozialstatistische Ergebnisse auswerten und hinsichtlich ihrer Genese, Reichweite und Begrifflichkeit kritisch analysieren zu können; er muß in Testtheorie und Schätzverfahren eingeführt werden, um mit Problemen wie operationalisierte Lernziele, objektivierte Leistungsmessung etc. was anfangen zu können; er muß in etwa den Forschungsstand gruppenanalytischer Verfahren kennen, um sein Lehrverhalten überprüfen und kontrolliert verändern zu können; er muß soviel von Informationstheorie und Datenverarbeitung wissen, daß er die moderne Unterrichtstechnologie kritisch benutzen und die Prinzipien programmierten Unterrichts kritisch anwenden kann. Alles das darf nicht isoliert und elektrisch vermittelt, sondern muß im Gesamtzusammenhang von wissenschaftlichem Gegenstand und seiner methodischen und didaktischen Umsetzung, wissenschaftstheoretisch fundiert, entwickelt werden.

Verbesserung der Ausbildung geht 2. ersichtlich immer auch auf die Ausbildungsinhalte; und hier ist nun nach dem Vorangegangenen zu sagen: die Erkenntnis des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs, die die bürgerlichen Sozialwissenschaften nicht leisten, die sie sich sogar verbieten, ist in marxistischen Gesellschaftswissenschaften garantiert. Wenn bürgerliche und marxistische Sozialwissenschaften der ideologische Ausdruck des realen Klassengegensatzes sind, dann bedeutet die Forderung nach marxistischen Gesellschaftswissenschaften zugleich Kampf gegen die bürgerlichen. Wenn auf der einen Seite die Fertigkeiten und Kenntnisse erworben werden müssen, die notwendig zum Verkauf der Arbeitskraft und damit zur Reproduktion des Lebens sind, dann müssen zugleich diese Fertigkeiten und Kenntnisse marxistisch eingeholt und aufgehoben werden. Das aber bedeutet auch: eine bruchlose Verbindung von Berufsausbildung und marxistischer Gesellschaftswissenschaft ist in der bürgerlichen Gesellschaft prinzipiell nicht möglich. Der Widerspruch, der hier eingelagert bleibt, verweist auf den politischen Kampf als die Form seiner Lösung: indem die Studenten den Widerspruch als Ausdruck der Einschränkung menschlicher Produktivkraft durchs kapitalistische Produktionsverhältnis begreifen, erkennen sie, daß eine Veränderung ihrer Situation nur möglich ist durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse.

Die zentrale Losung, die der MSB Spartakus in d i e s e m Zusammenhang entwickelt hat, lautet „Marx an die Uni". Im Bereich der Sozialwissenschaften hat diese Losung ihre materielle Basis in den Proletarisierungsprozessen großer Teile der sozialwissenschaftlichen Intelligenz, denen marxistische Gesellschaftswissenschaften die Einsicht in die eigene gesellschaftliche Lage und damit die wissenschaftliche wie praktisch-politische Perspektive an der Seite der Arbeiterklasse vermitteln. Die Losung resultiert aus einer realistischen Einschätzung des konkreten Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft und an der Hochschule, an der bürgerliche Sozialwissenschaften einen Monopolanspruch behaupten, den die Herrschenden durch Berufsverbote für Marxisten nicht nur in diesem Bereich abzusichern suchen. Die Losung benennt zugleich ein realisierbares Ziel zur Veränderung dieses Kräfteverhältnisses: mit ihr fordert der MSB Spartakus auch marxistische Gesellschaftswissenschaftler an der bürgerlichen Hochschule auf allen Ebenen bis hin zu Tutorien. Allein Marxisten können den Studenten ihren

sozialökonomischen Standort und ihre Perspektive aufzeigen und die kompromißlose Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Wissenschaften führen. Sie vermitteln den Marxismus als Grundlage jeder fortschrittlichen Wissenschaft. Zugleich verstärken sie den politischen Kampf an der Hochschule, sei es um Kontrolle über Forschungsvorhaben, sei es um fortschrittliche Studienalternativen, um eine fortschrittliche Anfängerausbildung z. B., und verbinden ihn mit dem politischen Kampf der Arbeiterklasse um Demokratie und Sozialismus.

Die Kriterien einer fortschrittlichen sozialwissenschaftlichen Anfängerausbildung lassen sich nun zwanglos ableiten:

1. sie muß den Einsteig ins sozialwissenschaftliche Studium und die Orientierung in ihm erleichtern,
2. sie muß den Studenten ihren Standort und ihre Perspektive in der kapitalistischen Klassengesellschaft deutlich machen,
3. sie muß zur kritischen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Sozialwissenschaften befähigen,
4. sie muß die marxistischen Gesellschaftswissenschaften als notwendige Alternativen ausweisen.

Die Ausarbeitung eines Programms, das diesen Kriterien genügt, muß die realen Ausbildungsbedingungen, wie sie hier in Bochum in der sozialwissenschaftlichen Abteilung mit ihren Fächern Soziologie, Sozialpsychologie, Politologie und Sozialpolitik gesetzt sind, einkalkulieren. Völlig sinnlos wäre es, ein Programm losgelöst vom Lehr- und Prüfungsbetrieb auszuhecken; mit dem beamteten Lehrpersonal muß gerechnet werden. Unsinnig auch jene sektiererische Praxis, die die Verhältnisse dadurch zu verändern meinte, daß sie auf Versammlungen die Studenten beschließen ließ, dieser oder jener Professor sei nunmehr abgesetzt und nicht länger existent. Spätestens nach einer Woche, wenn der betreffende Professor noch immer seine Vorlesung abhielt und in der Fakultät Sitz und Stimme hatte, konnten die Studenten lernen, daß die Verhältnisse nicht durch faulen Zauber verändert werden, sondern nur durch beharrlichem Kampf. Dazu gehört die permanente Kritik des laufenden Lehrbetriebs: Kontrolle und Korrektur in Vorlesung und Seminaren, die Ausarbeitung der marxistischen Alternative in begleitenden Gruppen, der Versuch, schon auf Planung und Vorbereitung von Vorlesungen und Seminaren Einfluß zu gewinnen, die solidarische Auseinandersetzung mit fortschrittlichen bürgerlichen Wissenschaftlern.

Zugleich muß die Ausbildung nicht bloß punktuell, sondern struktuell verändert werden: Wir haben hier in Bochum in der sozialwissenschaftlichen Abteilung die Situation, daß die Mehrheit der Studenten einem mehr oder weniger plan- und ziellosen Studieren überlassen wird, während für eine Minderheit vier Studiengänge vorgesehen sind, die, in keiner Weise aufeinander abgestimmt, entweder im Stadium der Vorbereitung, der Revision oder der Anwendung sich befinden, die entweder den Status einer Idee, einer Empfehlung oder einer verbindlichen Ordnung haben. Im Sinne einer demokratischen Studienreform, die den Namen verdient, ist hier nun als ein erstes zu fordern: eine verbesserte, abgestimmte Planung des Lehrangebots, vor allem in der Anfängerausbildung, die bislang entweder anarchisch verläuft oder in den einzelnen Studiengängen völlig verschieden organisiert ist, die entweder überhaupt nicht oder vom ersten Tage an auf die jeweilige Berufspraxis zugeschnitten ist. Alles das ist nicht im Interesse der Studenten: verhindert so eine umfassende Orientierung und eine breite Grundlagenqualifikation. Zu fordern ist eine einheitliche, qualifizierte und fortschrittliche

Anfängerausbildung, durch studentische Tutorials abgesichert, die in ihrer ersten, der Orientierungsphase, drei verbindliche Schwerpunkte hat:

1. Studium und Beruf der Sozialwissenschaften: Auszugehen wäre von einer Diskussion der Studienmotivationen der Anfänger und von einer Kritik der Bochumer Studiengänge. Nach der Verständigung über das konkrete sozialwissenschaftliche Studium an Ort und Stelle, wäre dieses Studium auf seine Funktionen im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß zu bestimmen. Eine Analyse der sozialwissenschaftlichen Berufsmöglichkeiten, auf klassenanalytischer Grundlage, schlösse zwanglos an. Nachdem das Verhältnis von Studium und Beruf aufgearbeitet ist, konkret bestimmbar als praxisfremdes Studium und ausbildungsfremde Berufsbetätigung, wäre in die wesentlichen Reformsätze und Planungstrends der sozialwissenschaftlichen Ausbildung einzuführen.

2. Analyse eines gesellschaftlichen Problems: Auszugehen wäre von einem konkreten Sachverhalt, der an den primären Erfahrungshorizont der Anfänger angeschlossen werden kann, aber nicht muß (z. B. Arbeitskampf, Wohnen in einem Hochhaus, Umweltverschmutzung etc.). Hier wären die Divergenzen in den Darstellungs- und Erklärungsweisen zu thematisieren, wäre die Differenz von Alltagssprache und wissenschaftlicher Terminologie zu problematisieren, wären wesentliche sozialwissenschaftliche Begriffe vorzuklären und ihre jeweiligen praktischen, theoretischen und methodischen Implikationen nachzuweisen. Das Ziel wäre, einen ersten Vorbegriff des gesellschaftlichen Verhältnisses zu vermitteln.

3. Empirische Sozialforschung: Im Unterschied zur üblichen Praxis, begriffslos Techniken der Erhebung, Aufbereitung und Auswertung von Sozialdaten zu akkumulieren, wären die Verfahren der empirischen Sozialforschung als gesellschaftlich produzierte Form der Aneignung sozialer Wirklichkeit zu hinterfragen; mit dem Zweck auch, die Motivation zum kritischen Umgang mit dem Instrumentarium zu verbessern. Sein Rückbezug auf den gesellschaftswissenschaftlichen Theoriezusammenhang wäre zu leisten, die Analyse seiner Aussagefähigkeit mit der Kritik positivistischer Beschränktheit zu verbinden.

In der zweiten Phase der Anfängerausbildung steht das Studium einer konkreten Gesellschaft im Zentrum. Entsprechend der Struktur unserer Abteilung wäre an die systematische Integration verschiedenster Beiträge der beteiligten Disziplinen zum selben Thema zu denken. Um dies am Beispiel „Das Gesellschaftssystem der BRD" zu konkretisieren: ökonomische, politische und ideologische Zusammenhänge wären zusammenzunehmen, die historische Entwicklung und die internationalen Verflechtungen könnten Veranstaltungsgegenstände sein, neben Globalanalysen hätten solche von gesellschaftlichen Teilsystemen zu stehen, die theoretischer Reinterpretation vorliegender empirischer Befunde wäre zu leisten, die begrifflichen Grundlagen der „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft" wären zu sichern. Vollständigkeit muß nicht angestrebt werden, gerade die Lücken und Nahtstellen könnten z. B. Ausgangspunkte für mittelfristige Projekte im Hauptstudium bilden. Um allerdings ein Minimum an Einheitlichkeit und demokratischer Zielorientierung zu gewährleisten, wären inhaltliche Kriterien zu bestimmen, denen die Veranstaltungen zu genügen hätten:

1. Unsere Gesellschaft ist nicht ein diffuses Nebeneinander beziehungsloser Elemente und isolierter Prozesse. In ökonomischen Grundlagen und politischen Ausdrucksformen lassen sich ihre wesentlichen Strukturen erschließen. Diese müssen herausgearbeitet werden, um auch die Einzelseiten des gesellschaftlichen Lebens in sinnvollen Zusammenhang bringen zu können.

2. Unsere Gesellschaft ist in ihren Widersprüchen, in den Kollisionen und Konflikten ihrer Klassen, Schichten und Gruppierungen zu analysieren. Sie stellt sich den Wissenschaften, die sie zum Gegenstand haben, als Klassengesellschaft dar, die interessenbestimmte Auffassungen und Forderungen hervorbringt. Diese können selbst nicht wiederum neutral behandelt werden.

3. Unsere Gesellschaft ist nicht als fix und fertig, sondern als das System von geschichtlich gemachten und sich wandelnden Verhältnissen zu begreifen, in die man handelnd eingreifen kann. Die allgemeinen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsalternativen sollen in Analyse und Kritik einbezogen werden.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Wir sprechen von einer Anfängerausbildung mit einer demokratischen Zielorientierung, noch nicht mit einer marxistischen. Das bedeutet nicht, daß wir unsere marxistische Zielorientierung aufgegeben hätten oder in irgendeine ideologische Mixtur mit bürgerlichen Inhalten überführen wollten. Wohl aber stellen wir das politische Kräfteverhältnis und den Entwicklungsstand des Bewußtseins in unserer Abteilung sowohl wie in der gesamten Gesellschaft in Rechnung. Davon ausgehend sprechen wir von Zielen und Kriterien, die auch Nicht-Marxisten teilen, die aber Marxisten recht erfüllen, weil sie sie in eine gesamtgesellschaftliche Theorie und Praxis einzuordnen vermögen, weil sie den demokratischen Kampf mit dem sozialistischen Ziel verbinden. Demokratische Ausbildung bedeutet also: einen günstigeren Boden für die Forderung nach marxistischen Gesellschaftswissenschaften zu schaffen, die Bedingungen dafür zu verbessern, die ideologisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung zwischen marxistischen und bürgerlichen Sozialwissenschaften voranzutreiben.

An die Anfängerausbildung schließt sich nun ein berufsorientiertes Hauptstudium an. Wir untersuchen im Moment nicht, wie es konkret auszusehen hätte; wir verweisen hier nur darauf, daß bereits im Anfängerstudium die Grundlagen für eine spätere Berufsorientierung gelegt werden müssen: im Rahmen einer Veranstaltung über „Studium und Beruf der Sozialwissenschaften" muß eine Aussage sowohl über den aktuellen gesellschaftlichen Bedarf wie über die objektive gesellschaftliche Nützlichkeit der verschiedenen Berufstätigkeiten für Sozialwissenschaftler erarbeitet werden. – Wir fragen jetzt vielmehr: Wie ist eine integrierte, qualifizierte und fortschrittliche Anfängerausbildung durchzusetzen? Wenn sie im Interesse der Masse der Studenten liegt, kann die Antwort nur lauten: durch den Massenkampf eben dieser Studenten. Den Massenkampf zu organisieren, muß zur Kampfaufgabe der Fachschaft werden: hier müssen die Studenten, auf der Grundlage des richtigen Konzepts, mobilisiert werden, hier gilt es, die fortschrittlichen Assistenten und Professoren zu Bündnispartnern zu gewinnen, hier sind die angemessenen und wirksamen Aktionen zu initiieren. Die Forderung nach einer qualifizierten Ausbildung und demokratischen Lehrinhalten wird mit der nach fortschrittlichen und marxistischen Lehrkräften in den anstehenden Berufungsverfahren zu verbinden sein; zudem gilt es, ein umfassendes Tutorenprogramm durchzusetzen, seine personelle und finanzielle Ausstattung zu gewährleisten. Gleichzeitig muß der Kampf um Ausbildungsreform sich materialisieren in ihrer institutionellen Absicherung, und das kann nach Lage der Dinge in unserer Abteilung nur durch eine fortschrittliche Abteilungssatzung geschehen. Der MSB Spartakus fordert die in der Hochschulverfassung vorgesehene Abteilungssatzung nicht, wie einige linke Freunde ihm immer wieder unterstellen, damit alles seine Ordnung hat; er fordert sie, um die Kampfpositionen der Studenten zu stärken und abzusichern:

die Durchsetzung eines drittelparitätisch besetzten Entscheidungsgremiums anstelle der von den Professoren majorisierten Fakultät wäre eine notwendige Ergänzung und Unterstützung des bewußten Massenkampfes der Studenten für ihre Ausbildungsinteressen. Im Verlaufe ihres Kampfes werden die Studenten lernen, daß er nicht allein auf der Ebene ihrer Abteilung geführt werden kann, daß er notwendig als Bestandteil des Hochschulkampfes und des Kampfes auf allen gesellschaftlichen Ebenen um Demokratie und Fortschritt geführt werden muß. Ausbildungsreform: das entscheidet sich nicht bloß in unserer Abteilung, da reden Senat und Universitätsparlament mit, das regeln Studienreformkommissionen und Kultusbürokratie. Und sie werden in unserer Gesellschaft von der geballten Macht der Monopole bestimmt, deren Vertreter, wie z. B. der BASF-Manager Gunther von Lepel, „Hochschulschrumpfungspläne" empfehlen, denen zufolge Fächer wie Soziologie und Politologie verkümmern sollen.

Hier wird noch einmal deutlich: Unser Kampf um Ausbildungsreform muß eingeordnet werden in den politischen Kampf der Arbeiterklasse, gegen denselben Gegner, die Monopole und ihren Staat, für Demokratie und Sozialismus. Wir fordern Euch auf, diesen Kampf gemeinsam zu führen.

Internationaler Klassenkampf

INHALTSVERZEICHNIS

180 Seiten DM 5,–
facit-Reihe 5

Vorwort

Ota Lev
Lohnarbeit in Afrika: Erbe des Kolonialismus und Entwicklungsperspektive

Jean Suret-Canale
Stämme, Klassen und Nationen in Tropisch-Afrika

Pierre Gensous
Forum der Gewerkschaften Afrikas und Europas

Tunji Otegbeye
Die nationale Frage und die Einheit Nigerias

Abdel Khalek Mahjoub
Die Revolution vom 25. Mai im Sudan

Rostislaw Uljanowski
Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder

Aus der Zeitschrift „Al Talia"
Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der VAR

Georges Batal
Für eine kommunistische Kampf- und Massenpartei im Libanon

J. Enaruación Pérez
Mexiko: Studentenbewegung und Verteidigung der Demokratie

Narayana Kalyana Krishnan
Zu den politischen Ereignissen in Indien

C. Unni Raja
Interesse für den Marxismus in Indien

Sch. Nazagdorsh
Über die Wege der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Mongolei

Longino Becerra
Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika

Francisco Mieres
Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung und der rev. Prozeß in den Ländern Lateinamerikas
Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse

Jose Cadematori
Lateinamerikas wirtschaftliche Integration und die Position der Arbeiterklasse

Julio Laborde
Für Bürgerfreiheiten in Argentinien

Julio Laborde
Das argentinische Volk kämpft gegen die Militärdiktatur

Teodosio Varela
Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und Probleme Kolumbiens

Cheddi Jagon
Gegenwart und Zukunft Guayanas

Manuel Cepeda
Zehnter Jahrestag der Kubanischen Revolution

Alle Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

BERICHT

Die Arbeiterklasse im revolutionären Weltprozeß

Timur Timofejew

Im Mai 1972 tagte in Moskau die konstituierende Sitzung einer Problemkommission für mehrseitige Zusammenarbeit von Wissenschaftlern der sozialistischen Länder zum Thema „Die Arbeiterklasse im revolutionären Weltprozeß". An der Sitzung nahmen Wissenschaftler aus Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, der UdSSR und Ungarn teil. Anläßlich der Gründung der Kommission fand eine wissenschaftliche Konferenz statt, die nach der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 neu in Erscheinung getretene Momente in der weltweiten revolutionären Arbeiterbewegung behandelte. Der Verfasser des nachstehenden Artikels, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Direktor des Instituts für internationale Arbeiterbewegung der Akademie, ist der Vorsitzende der Problemkommission. (Nachdruck aus „Neue Zeit", Nr. 24)

Ausführlich befaßten sich die Wissenschaftler mit den wichtigsten Wachstumstendenzen der internationalen Arbeiterklasse, mit quantitativen und qualitativen Veränderungen der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern, mit Fragen der Entwicklung des Proletariats und seines Klassenkampfes unter dem modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus mit Rücksicht auf die Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution, namentlich auf die Wandlungen in der Struktur der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder; ferner wurden die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der weltweiten revolutionären Arbeiterbewegung in unserer Epoche und einige Besonderheiten ihrer Entwicklung in der gegenwärtigen Etappe des internationalen antiimperialistischen Klassenkampfes eingehend analysiert.

Zu den in wissenschaftlicher und methodologischer Hinsicht grundsätzlich wichtigen Fragen, die viele Teilnehmer des Treffens berührten, gehörte die Frage nach der dialektischen Wechselbeziehung zwischen den *qualitativen* und den *quantitativen* Aspekten im Wachstum der Arbeiterklasse. Die Marxisten-Leninisten sind dagegen, daß an dieses Problem einseitig, metaphysisch herangegangen, daß einer der beiden Faktoren als Selbstzweck betrachtet wird und daß sie künstlich einander gegenübergestellt werden.

Der wissenschaftliche Kommunismus geht davon aus, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse im Kampf für die revolutionäre Umwandlung der Welt *nicht nur* von ihrem zahlenmäßigen Wachstum bestimmt wird. Kautsky und seine Anhänger hatten unrecht, wenn sie die Kraft des Proletariats hauptsächlich anhand seiner zahlenmäßigen Stärke im betreffenden Land bestimmten. Der revolutionäre Geist der Arbeiterklasse wird vor allem dadurch bedingt, welche Stellung sie im System der gesellschaftlichen Produktion einnimmt, inwieweit sie organisiert, stark, diszipliniert und bewußt ist, ferner durch die kolossale politische und moralische Autorität der Arbeiterklasse in der Gesellschaft.

Zugleich wäre es nicht richtig, die *andauernde zahlenmäßige Vergrößerung des Proletariats* zu unterschätzen. Die Begründer des wissenschaftlichen Kommunis-

mus haben die unterschiedlichen (darunter quantitativen und qualitativen) Kriterien, die die *Vorwärtsbewegung* der Arbeiterklasse bestimmen, nie einander gegenübergestellt.

Die marxistischen Wissenschaftler sind bestrebt, in ihren Forschungen die realen Vorgänge konkret zu analysieren, die dafür ausschlaggebend sind, Vertreter welcher neuen Berufe die Arbeiterklasse auffüllen. In diesem Zusammenhang betonten Vertreter der Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik, Polens, Bulgariens und anderer Länder die wichtige praktische und politische Bedeutung der Veränderungen in der Struktur und den Grenzen der Arbeiterklasse.

Die sowjetischen Wissenschaftler äußerten auf dem Treffen ihre Auffassung von diesem Problem, gestützt auf die grundsätzlichen Thesen in den Beschlüssen des XXIV. Parteitags der KPdSU und in der Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Leonid Breshnews, auf dem XV. Kongreß der Sowjetgewerkschaften. Er wies nach, daß die antimarxistischen Konzeptionen von der „Einengung" der Grenzen der Arbeiterklasse haltlos sind, das weitere Wachstum ihrer Reihen angesichts der modernen wissenschaftlich-technischen Revolution hingegen gesetzmäßig ist. Diese überaus wichtige Schlußfolgerung fand bei den Wissenschaftlern aus den sozialistischen Bruderländern Unterstützung und Anklang.

Im Verlaufe des Treffens wurde ein reichhaltiges faktisches Material analysiert. Auf dieser Grundlage wurde einerseits der unwissenschaftliche Charakter der Versuche der rechten Revisionisten betont, die Arbeiterklasse in der Gesamtmasse der Lohnempfänger „aufzulösen", und andererseits der Standpunkt der „linken" Revisionisten, der sich in gewisser Hinsicht mit dem der bürgerlichen Soziologen deckt, widerlegt, für welche die Arbeiterklasse nur die in der Industrie beschäftigten körperlich Arbeitenden sind und die auch deshalb behaupten, die Arbeiterklasse als Ganzes verringere sich.

Unter den Verhältnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution wird der Begriff Proletariat „immer inhaltsreicher, vielfältiger und komplizierter", hieß es im Referat von Prof. Dr. Jakowlew. Die gleiche Schlußfolgerung wurde auch in den Mitteilungen von Doktor der Wirtschaftswissenschaften Valentina Lubimowa, Abteilungsleiterin im Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, von D. Mitew, Abteilungsleiter im bulgarischen Institut für gegenwärtige soziale Theorien, und von anderen Vertretern der Forschungsstätten der sozialistischen Länder gezogen. So hob die Delegation der DDR hervor, daß sich eine beträchtliche Anzahl der mittleren ingenieurtechnischen Intellektuellen ihrer sozialökonomischen Stellung im Reproduktionsprozeß und ihren Einkünften nach immer mehr der Arbeiterklasse nähert, ja, daß ein Teil von ihnen zur Arbeiterklasse bereits gehört. Wie Helene Berg, Mitglied des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, erwähnte, kam die Leitung der KPD mit Ernst Thälmann an der Spitze schon Anfang der 30er Jahre zu dem Schluß, daß auch eine große Anzahl von Kopfarbeitern zur Arbeiterklasse gehört.

Aufmerksam prüften die Teilnehmer des Treffens die Frage nach der Erweiterung der Reihen der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der modernen wissenschaftlich-technischen Revolution.

In den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft wird an diesen Fragen viel gearbeitet. Die Ergebnisse der durchgeführten Forschungen in ihren Referaten

widerspiegelnd, stellten Prof. Adam Lopatka, der Delegationsleiter der polnischen Wissenschaftler, Kandidat des ZK der PVAP, der Delegationsleiter der tschechoslowakischen Wissenschaftler, Prof. J. Filipec, u. a. fest, daß sich die Zahl der hochqualifizierten Arbeiter vergrößert, die Bedeutung der geistig Arbeitenden für die Produktion und ihr Anteil an ihr hebt und sich die Bildung und das Berufsniveau der Arbeiterklasse erhöhen, was zur Folge hat, daß ihr schöpferisches Potential und ihre gesellschaftlich-politische Aktivität noch mehr wachsen.

Betont sei, daß die Festigung der Geschlossenheit der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder mit der Entwicklung der sozialistischen Integration in eine neue Phase eingetreten ist. Gegenwärtig, da sich viele Länder vor die gleichen Aufgaben der Intensivierung der Ökonomik gestellt sehen, ist die sozialistische Integration berufen, die wissenschaftlich-technische Revolution in allen RGW-Ländern zu beschleunigen; folglich wird sie dazu beitragen, in der Arbeiterklasse neue Wandlungen herbeizuführen, ihr Bildungs-, Berufs- und Kulturniveau weiter zu heben.

Nach allgemeiner Auffassung der marxistischen Wissenschaftler aus den sozialistischen Bruderländern führen die Folgen der modernen wissenschaftlich-technischen Revolution, entgegen den Prophezeiungen der Revisionisten, nicht zu einer „Einengung" der Grenzen der Arbeiterklasse, sondern vielmehr zur Erweiterung und Erstarkung ihrer Reihen. Im Verlaufe des weiteren Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, heißt es z. B. im Programm der Bulgarischen Kommunistischen Partei, das von ihrem X. Parteitag angenommen wurde, „vergrößtert sich schnell der Anteil von Vertretern jener Berufe an der Arbeiterklasse, die mit den neuesten Erkenntnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden sind".

Eine wissenschaftlich fundierte Analyse der Vorgänge, die die führende Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft bedingen, setzt auch ein aufmerksames Studium der Wandlungen im Bestand der Arbeiterklasse selbst voraus. So wurde in dem Bericht des Mitglieds des Politbüros und Sekertärs des ZK der SED, Kurt Hager, den er auf einer kürzlichen Tagung der Gesellschaftswissenschaftler in der DDR hielt, hervorgehoben: „Die schablonenhafte Gleichsetzung der Arbeiterklasse in der Hauptsache mit manuell tätigen Arbeitern im engeren Sinn verneint den Strukturwandel, der sich innerhalb der Arbeiterklasse auf Grund der Zunahme der geistigen Arbeit vollzog und weiter vollzieht. Andererseits ignoriert die Meinung, die gesamte im Bereich des gesamtgesellschaftlichen Eigentums tätige Intelligenz sei Teil der Arbeiterklasse, die noch vorhandenen wesentlichen Unterschiede zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz, vor allem hinsichtlich der Verbindung mit der materiellen Produktion." Nach Meinung der SED-Leitung ist die Arbeiterklasse „die am höchsten organisierte, am engsten mit dem Volkseigentum verbundene Klasse, die durch ihre körperliche und geistige Arbeit ... den größten Teil der materiellen Werte schafft".

Ein außerordentlich wichtiger Aspekt in der Tätigkeit der Arbeiterklasse, ihrer kommunistischen Avantgarde in den sozialistischen Ländern ist die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie, was auf der ständigen Steigerung der Rolle der Arbeiterklasse im gesellschaftlich-politischen Leben, auf der immer breiteren Teilnahme der Werktätigen an der Lenkung der Produktion fußt.

In den Mitteilungen der Delegationen der sozialistischen Bruderländer war ein umfangreiches faktisches und analytisches Material enthalten, das erneut bestätigt: Von der Produktionstätigkeit der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder, von ihrer politischen und gesellschaftlichen Aktivität hängen in hohem Maße die Macht

der gesamten internationalen Arbeitsarmee und das Tempo ihres unaufhaltsamen Vormarsches zum Sozialismus ab.

Wie die Teilnehmer der Konstituierenden Sitzung der Problemkommission betonten, ist eine richtige Analyse der Fragen, die die Entwicklung des Proletariats, seine sozialökonomische und politische Aktivität, das Wachstum seines Klassenbewußtseins in den kapitalistischen Ländern, unter dem modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus betreffen, für die marxistischen Wissenschaftler sehr wichtig. Über diesen Fragenkreis sprachen der Delegationsleiter der DDR, Akademiemitglied Otto Reinhold, und andere Wissenschaftler. Sie verwiesen auf die zunehmende *Internationalisierung* der Bedingungen und Formen des Klassenkampfes, darauf, daß die Herde eines „Burgfriedens" im Westen immer seltener vorkommen.

Was die pseudowissenschaftlichen Konzeptionen der Rechtsopportunisten und der „linken" Revisionisten über die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft angesichts der modernen wissenschaftlich-technischen Revolution besonders schlagend widerlegt, ist *der Aufschwung des Klassenkampfes der Werktätigen in den wichtigsten imperialistischen Ländern.* Mit der Entwicklung des antiimperialistischen Massenkampfes, hoben die Teilnehmer des Treffens hervor, tritt immer deutlicher eine einheitliche Tendenz zutage, die sowohl die weitere Zunahme der Aktivität des Betriebskaders des Industrieproletariats als auch die Erweiterung der sozialen Basis der antimonopolistischen Aktionen, den engeren Zusammenschluß neuer Schichten der werktätigen Bevölkerung um die revolutionäre Arbeiterbewegung bedingt. Das zeugt von *der weiteren Zunahme der führenden Rolle des Proletariats* im Klassenkampf, im sozialpolitischen Leben der kapitalistischen Länder.

Zu den charakteristischen Merkmalen der Streikkämpfe der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus gehören namentlich:

der stärker ausgeprägte Massencharakter der Streiks, da in den Kampf ganze Berufs- und Zweigkategorien der Arbeiterklasse einbezogen und immer häufiger General- und Landesstreiks, „Tage des Kampfes", „Tage der Einheitsaktionen" usw. durchgeführt werden;

höherer Grad der Organisiertheit, der Abgestimmtheit und Koordinierung von Aktionen der Werktätigen; Vervollkommnung der Taktik, Mannigfaltigkeit der Formen des Streikkampfes;

verstärkte Tendenzen zur Annäherung der Positionen und zur Aktionseinheit der Arbeiterorganisationen, darunter der Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierung;

immer größerer Anteil von politischen Aktionen, darunter von Solidaritätsstreiks, von Proteststreiks gegen die arbeiterfeindlichen Gesetze, von Aktionen zur Unterstützung der Forderung nach tiefgreifenden fortschrittlichen Reformen, gegen die USA-Aggression in Indochina, gegen die Gefahr des Wiederauflebens des Faschismus usw.;

Erweiterung der Front des vom Proletariat geleiteten antimonopolistischen Kampfes, weil sich ihm neue Schichten der Werktätigen angeschlossen haben; Zusammenwirken von Streiks der Arbeiterklasse mit Aktionen der Bauernschaft, der Intelligenz, der Studentenschaft, der Mittelschichten.

Einen besonders starken Aufschwung nimmt der Klassenkampf des Industrieproletariats, dieses Kerns der Arbeiterklasse. Die Streiks der letzten Jahre zeigen ein unbestreitbares Wachstum des Proletariats und die Tatsache, daß es seine Erfahrungen in den antimonopolistischen Kämpfen bereichert hat.

Die kapitalistische Welt macht jetzt eine Periode heftiger Klassenkämpfe durch. Über dem angespannten Ringen gegen das Monopolkapital vergessen die Arbeiterklasse und ihre fortschrittlichen Organisationen die Endziele der revolutionären proletarischen Bewegung nicht. Wie die Teilnehmer des Treffens mit Recht unterstrichen, hat sich das Zusammenwirken des konsequenten Kampfes für die Demokratie und des für den Sozialismus gegenwärtig verstärkt. Die Marxisten-Leninisten aus Frankreich, Belgien, Italien, der BRD, den USA, Kanada und aus anderen Ländern weisen die Versuche der Reformer zurück, die „Überflüssigkeit" der sozialistischen Revolution für die Länder des entwickelten Kapitalismus zu beweisen; sie lehnen die „linksrevolutionär"-sektiererische Mißachtung der allgemeindemokratischen Aspekte der Massenbewegungen gegen die Monopole ab und arbeiten erfolgreich, wie die Dokumente der revolutionären Arbeiterbewegung dieser Länder bezeugen, Fragen der Strategie und Taktik des Kampfes für eine fortschrittliche, antimonopolistische Demokratie aus, die unter der Einwirkung der werktätigen Massen neue Möglichkeiten für einen revolutionären Übergang zum Sozialismus eröffnen kann.

facit-Reihe

facit-Reihe 11: Antiimperialistischer Kampf im Iran — Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), 80 S., 2,50 DM

facit-Reihe 12: Israels Verflechtung mit dem Imperialismus

1. Die Krise im Nahen Osten: Der Zionismus und Israel, Die Entstehung des Staates Israel, Die Funktion Israels im Nahen Osten, Israel und die arabischen Staaten und Völker, Die Haltung der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Nahost-Konflikt, Israel und die Bundesrepublik Deutschland, von Walter Oberst
2. Zionismus und Imperialismus (ein Überblick über die Entwicklung bis zum Ende des 2. Weltkrieges): Der theoretische Zusammenhang zwischen Imperialismus und Zionismus, Die politische Zusammenarbeit des Zionismus mit dem Imperialismus, der Völkerbund als Instrument des Imperialismus und Zionismus, von Walter Oberst
3. Die wirtschaftliche Bedeutung Israels für den Imperialismus: Das ausländische Finanzkapital in Israel, Die amerikanische Hilfe, Die westdeutsche Hilfe und die Bedeutung der BRD, von Brigitte Klein
4. Das israelische „Modell", von Conrad Schuhler

Mit einigen Literaturhinweisen und Dokumenten, 48 S., 2,— DM

facit-Reihe 13: Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD

T. F. Jarkina: Die bürgerliche pädagogische Gedankenwelt in der BRD.
W. I. Malinin: Einige Strömungen in der bürgerlichen Pädagogik der BRD!
W. M. Chowstow: Die Aufgaben der sozialistischen Pädagogik im Kampf gegen bürgerliche Bildungs- und Erziehungstheorien.
Mit Dokumenten zum Wehrkundeunterricht, Beamtengesetz, Kultusministerrichtlinien für den Unterricht, Zitaten aus Schulbüchern u. a. 88 Seiten, 2,50 DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Dokumentation zur Bildungspolitik

a) Numerus clausus — Instrument reaktionärer Bildungsplaner

Die Qualität von Schule und Hochschule, die Möglichkeit der Weiterbildung gewinnt immer größere Bedeutung für die werktätige Bevölkerung. Studenten und arbeitende Menschen sind gemeinsam an einer Ausbildung interessiert, die der Entwicklung der modernen Produktivkräfte entspricht. Es wird immer entscheidender von wem und wie der wichtige Faktor Wissenschaft eingesetzt wird.
Die Notwendigkeit einer Bildungsreform wird heute von niemandem mehr bestritten. Alle bürgerlichen Parteien gehen damit hausieren. Der Unterschied besteht heute nicht mehr in der Frage, ob eine Bildungsreform durchgeführt werden soll, sondern darin, wie und mit welchen Mitteln, gesellschaftlichem Inhalt, von welchen Kräften sie finanziert werden soll.
Gerade in der Finanzierungsfrage versuchen die Vertreter der bürgerlichen Parteien den Hochschulangehörigen und der demokratischen Öffentlichkeit immer wieder Sand in die Augen zu streuen. Die Summen, die benötigt werden, um die Hochschulen aus der Misere herauszuführen, tun ein übriges, um den spontanen Protest der Betroffenen in Resignation zu wenden.
In der folgenden Studie, die vom MSB in Hamburg erstellt worden ist, wird am konkreten Beispiel Hamburg nachgewiesen, daß die materiellen Mittel für soziale Reformen vorhanden sind. Sowohl für kurzfristige Lösungen der akuten Mißstände, zur Aufhebung des totalen Numerus clausus an den Universitäten, als auch die notwendigen materiellen Voraussetzungen eines Ausbaues und einer demokratischen Neuorientierung der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen.
Selbstverständlich bringt die Erstellung einer solchen Studie noch keine Änderungen. Sie kann nur die Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Realisierung der Forderungen kann letztendlich nur im gemeinsamen Kampf der werktätigen Bevölkerung und der Studenten erkämpft werden.
Die Studie kann als Broschüre zum Preis von DM —,60 angefordert werden bei MSB Hamburg, Ortsleitung, 2 Hamburg 13, Sedanstraße 43. Der Rechnungsbetrag ist zuzüglich Porto auf das Konto Jörg Meier, PSchA Hamburg, Kto.-Nr. 3648 42 zu überweisen.

Warum sollen auf Beschluß des Politischen Senats in Hamburg die Studentenzahlen bei 25 800 eingefroren werden? Warum wurde der Numerus clausus eingeführt?
Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) will glauben machen: „Ursächlich für die Ausbreitung der NC-Situation ist in erster Linie der in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland propagierte Besuch der höheren Schulen." Diese „unvorhersehbaren Überbelastungen" führt Bundesminister Dohnanyi zusätzlich auf mangelnde Kapazitätsausnutzung durch überlange Studienzeiten und zu viele Studienfachwechsler zurück. Dohnanyi: „Wer dann noch dem Staat vorwirft, er täte nicht genug zur Beseitigung des NC, der sollte sich lieber selber an die eigne Brust schlagen." (Frankfurter Rundschau v. 3. 7. 72) Nach Senator Phillipp erwuchs der NC aus der räumlichen und personellen Kapazitätsüberlastung der Universität. Bei einem weiteren Ansteigen der Studetenzahlen sei ein ordnungsgemäßes Studium nicht mehr gewährleistet. Langfristig kündigte Phillipp zwar

Wer soll die Bildungsreform finanzieren?

Daß die Ausgaben für Bildung erhöht werden müssen, ist so offensichtlich geworden, daß auch keine der systemtragenden Parteien mehr wagt, diese Forderung nicht in ihr Programm aufzunehmen. Allerdings sind die vorgeschlagenen Finanzierungsquellen nicht besonders originell. „Wenn der Bürger Reformen haben will, muß man ihm auch sagen, daß er sie nicht umsonst bekommen kann." (Koschnik 10. 1. 72.)
Der MSB stellt dagegen: Finanzierung der Bildungsausgaben durch
- erhöhte Konzernbesteuerung
- Senkung der Rüstungslasten
- Stoppen der Bodenspekulation
- Strukturänderung in der Bauwirtschaft
- Verwendung der Mittel für Bundeswehrhochschulen für die öffentlichen Hochschulen
- Streichung aller Mittel für Kriegs- und Ostforschung

Auch der DGB schreibt in seinen bildungspolitischen Vorstellungen:
„Eine auf Entspannung gerichtete Politik muß dazu führen, daß bisher für Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel dem Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen zur Verfügung stehen ... Besondere Schwierigkeiten für die Durchsetzung der Reformen im Bereich des Bildungswesens und in den anderen Infrastukturbereichen entstehen durch die Produktionsstruktur der Bauwirtschaft und das geltende Bodenrecht ...Deshalb muß das Vorkaufsrecht und das Enteignungsrecht der öffentlichen Hand ausgebaut werden."
Die DKP zeigt im Pressedienst vom 31. 5. 72 genau, wo der Rotstift angesetzt werden muß:

Steigerungsrate im Rüstungshaushalt gegenüber 1971	= 2,48 Mrd DM
die Ausgaben für Rüstungsmittel im Eventualhaushalt	= 1,00 Mrd DM
Betrag für allgemeine Verteidigungslasten	= 0,70 Mrd DM
Leistungen für die NATO in Europa, die im Einzelplan 60 versteckt sind	= 0,36 Mrd DM
Betrag für den Ankauf von Phantom-Flugzeugen	= 0,20 Mrd DM
Senkung der Rüstungslasten um 15 Prozent gegenüber 1972	= 3,45 Mrd DM
Einstellung der Devisenausgleichszahlung an die USA	= 2,00 Mrd DM

großzügig eine Erhöhung der Obergrenze für die Zulassungen an, allerdings „in welchem Umfang das geschieht, hängt davon ab, wie künftig unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten Hamburgs die personellen und räumlichen Kapazitäten weiterentwickelt werden können."
Der dadurch vermittelte Eindruck, daß Zulassungsbeschränkungen als Überbrückungsmaßnahme zur Erleichterung der „unvorhersehbar" schlechten Studienbedingungen dienen, ist gezielt irreführend. Nachweislich ist die Überlastung der Hamburger Uni sowie die Entwicklung der Abiturientenzahlen ein seit langem bekanntes „Phänomen"! Schon vor zwei Jahren lag der Plan der Behörde vor, die Studentenzahlen der Universität auf 25 800 festzuschreiben, und auch der Ende 1971 vorgelegte Entwurf für ein „Gesetz über die Entwicklung der Hochschule Hamburg" (HEG) fixierte den Numerus clausus ausdrücklich in einem besonderen Paragraphen. Seit langem haben Hochschulangehörige und Gewerkschafter nachgewiesen, daß mehr Lehrer, Ärzte, Ingenieure mehr Sozialarbeiter gebraucht werden, und eine Erweiterung der Kapazitäten der Hochschule gefordert.
Doch das HEG (Hochschulentwicklungsgesetz) wurde ohne die Mitwirkung der Betroffenen konzipiert. So lautet es denn auch in den Ausführungen zum HEG, daß „die durch die Verwirklichung der Hochschule Hamburg entstehenden Kosten ... naturgemäß z. Z. noch nicht abzuschätzen" seien. Damit wurde die Finanzplanung vor der Öffentlichkeit geheimgehalten.

Kein Bildungsplaner kann im Ernst behaupten, der NC sei eine überraschend notwendige Maßnahme, um nicht planbare Mißstände vorübergehend zu mildern. Er wurde und wird bewußt gehandhabt als Instrument der Bedarfsplanung und Einflußnahme auf Inhalt und Struktur des Studienangebots. Daß der NC zur Regel werden soll, zeigt dessen Verankerung in mehreren Paragraphen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) sowie im Landeshochschulgesetz (LHG) Schleswig-Holsteins und in der „Kasernenhofordnung" (BHG) Bayerns. Das zeigt ebenfalls seine Handhabung in bereits durch NC „geregelten" Studienfächern, die schon jahrelang unter dieser „Überbrückungsmaßnahme" zu leiden haben. Nirgends wurde der NC bislang wieder aufgehoben.

Um einen durch verfehlte Bildungspolitik produzierten Notstand zu verwalten, ist der NC ein nützliches Instrument in den Händen staatlicher Bildungsplaner. Diese Politik ist auf den Widerstand der demokratischen und sozialistischen Hochschulangehörigen und großer Teile der Bevölkerung gestoßen. Selbst das Bundesverfassungsgericht mußte die Verfassungswidrigkeit des NC feststellen. In Hamburg zeigt sich diese Verfassungswidrigkeit besonders offenkundig in den Fachbereichen Mathematik und Physik, wo die Zulassungsbeschränkung nachweislich nicht aufgrund mangelnder Kapazitäten eingeführt wurde (die Studentenzahlen sind hier rückläufig), sondern um die Studenten zu einem kürzeren und weniger qualifizierten Fachhochschulstudium zu zwingen. „Termingerecht" soll so auch in der Fachhochschule der Studienzweig Physik-Ingenieur im Sommersemester 73 eingerichtet werden. Ein Studienzweig Informatik ist geplant. Hier entlarvt sich das Gerede von der „vorübergehenden Notmaßnahme" — der NC zeigt sich als das, was er ist: Instrument der Monopolplanung.

Höhere Besteuerung der Großkonzerne nötig

Steuererhöhungen, kurzfristig und ohne die noch ausstehenden Steuerreformgesetze sind möglich.
Immerhin hat es die Regierung verstanden, die drei Massenverbrauchssteuern (Tabak-, Branntwein- und Mineralölsteuer) Anfang 72 kräftig zu erhöhen.
Dagegen hat sie gleichzeitig die Gesellschaftssteuer (eine der Kapitalverkehrssteuern) von 2,5 Prozent auf 2 Prozent in diesem Jahr gesenkt. Für ab 1974 wurde sie auf 1 Prozent gesenkt.
(Bundestagsdrucksache VI/2923)

Steuerausfall im laufenden Jahr: 65 Mill. DM
Steuerausfall im Jahr 1975: 240 Mill. DM
Wir fordern:
- Zurücknahme dieser und anderer Machenschaften
- Die freiwerdenden Gelder müssen zur Behebung der Bildungsmisere bereitgestellt werden
- Die Steuergesetzgebung muß auf weitere Fälle dieser Art durchforstet werden
- Die Steuersätze für die Konzerne sind generell heraufzusetzen

So muß z. B. bei der Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften der ausgeschüttete Gewinn, der bisher mit 15 Prozent besteuert wird, mit 20 Prozent besteuert werden. Der nicht ausgeschüttete Gewinn, der bisher mit einem festen Satz von 51 Prozent besteuert wird, muß bis zu 80 Prozent besteuert werden.

Das Geld für soziale Reformen ist da!

Ursachen des Numerus clausus

Der Numerus clausus ist keine isolierte bildungspolitische Maßnahme! Er ist eine von vielen Maßnahmen, die eine Vergrößerung des Bildungsangebots und Kostensteigerung verhindern, gleichzeitig aber den Wirkungsgrad der westdeutschen Hochschulausbildung vergrößern sollen. Er ist Ausdruck einer insgesamt verfehlten Bildungspolitik, deren Pate das Profitinteresse weniger und nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung sind. Da so der bildungspolitische Horizont der Planer in der BRD durch den Profit begrenzt ist, wird für die Bildung immer zu wenig Geld bereitgestellt. So bleibt die Entwicklung des Bildungswesens hinter den Notwendigkeiten zurück, während der profitträchtige Rüstungsbereich mit höchsten Investitionen bedacht wird.
Dieser „Geldmangel für die Bildungsreform ist nicht böser Wille von irgendwem, sondern Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems". (Evers)

Widersprüche in der Bildungsplanung

Der teilweise Ausbau des Bildungswesens — erzwungen durch die Konkurrenz mit dem Sozialismus und die Aktivitäten der Bevölkerung — wird auf der anderen Seite immer wieder dadurch begrenzt, daß die Herrschenden bei jedem mehr an Bildung die Politisierung — das Erkennen von gesellschaftlichen Strukturen und Interessengegensätzen — fürchten müssen.
So fordert auf der einen Seite der technische Fortschritt auch für das Monopolkapital die planmäßige Entwicklung aller schöpferischen Anlagen und Fähigkeiten der Menschen, auf der anderen Seite erzwingt das Monopolkapital zur Aufrechterhaltung des bestehenden Herrschaftssystems geistige Unterdrückung und Verstümmelung des Menschen. Strauß bringt das Problem von seiner Sicht auf den Begriff: „Deppen lassen sich leichter regieren."
Die Bildungspolitik in der BRD ist Resultat dieser widerstrebenden Tendenzen, von kurzfristigen und langfristigen Interessen, von Unterdrückung und Emanzipation — was sich durchsetzt, hängt ab vom Stand des Klassenkampfes, vom nationalen und internationalen Kräfteverhältnis.
Resultat dieser Widersprüchlichkeiten kann nur Planlosigkeit — niemals aber ein einheitliches Bildungskonzept sein. Ergebnisse sind daher auch folgerichtig die uns vorliegenden „Notpläne für den Bildungsnotstand". Diese Situation kann nur überwunden werden, wenn die werktätige Bevölkerung entscheidenden Einfluß auf die Bildungsplanung gewinnt. Das liegt daran, daß nur sie einen einheitlichen, am gesellschaftlichen Bedarf orientierten Plan für die Entwicklung des Bildungsbereichs schaffen und verwirklichen kann. So erleben wir, während in der DDR gerade die dritte Hochschulreform abgeschlossen wird, in der BRD das Scheitern der ersten!
Die Bund-Länder-Kommission muß sich vom GEW-Vorsitzenden Frister den Vorwurf gefallen lassen, mittels „schwerwiegender Manipulationen", die die statistischen Angaben über Schülerzahlen und Lehrerbedarf herabdrücken, die Bildungsreformansätze stillheimlich abblasen zu wollen. Von einer Bidungsreform kann auch im Hochschulbereich nicht mehr gesprochen werden. Hier werden durch die betriebene Zentralisierung von Planung und Entscheidung, die Konzentration der Forschungskapazitäten, die Militarisierung von Forschung und Ausbildung bei

gleichzeitiger Eleminierung der Mitbestimmung der Betroffenen auch die bescheidensten Ansätze der Reform begraben.

Das Beispiel Körber

Sehen wir uns den Hamburger Monopolisten und Musterunternehmer Körber genau an:
Sein Einstieg in die Hochschulpolitik beginnt 1954 mit der Gründung eines privaten „Instituts für Exportverpackung" — Körbers Produktion ist zu 80 Prozent für den Export bestimmt. 1956 gründet er bereits die „Staatl. anerkannte Ingenieurschule HH-Bergedorf, Verfahrenstechnik und Tabaktechnologie", heute getragen durch einen ‚Förderverein', dem lt. Prospekt „namhafte Firmen der Tabakindustrie und des Tabakmaschinenbaus des In- und Auslandes angehören". 1959 wird die Körberstiftung gegründet mit dem Ziel „der Errichtung der Bergedorfer Ingenieurschule für Produktions- und Verfahrenstechnik". Inzwischen ist dies der Fachbereich 8 der Fachhochschule Hamburg. Obwohl dies nun ein Fachbereich der Fachhochschule ist, konnte Körber dort selbstherrlich eine Fachrichtung ‚Bio-Ingenieur' einrichten lassen. Wie man der aufwendigen Zeitschrift „Der Bio-Ingenieur", die sogleich gegründet wurde, entnehmen kann, werden in den Hauni-Werken des Herrn Körber entsprechende Produktionen angekurbelt. (Aus „Der Bio-Ingenieur" 2/71.) Leiter dieser Abteilung ist der ehem. Sprecher des Fachbereichs, Prof. Dörling, der zugleich auch die Tabaktechnologie leitet und dem 1965 von Körber gegründeten „Lehr- und Forschungsinstitut für Koordinierung" vorsitzt. Dieser vielbeschäftigte Professor fordert am 5. 10. 71 vom Fachbereichsrat für das private Körberinstitut für Exportverpackung einen Assistenten und einen Mechaniker sowie einige Millionen Forschungsgelder mit dem Hinweis, daß dieses Institut demnächst dem Fachbereich angegliedert werde — wohlgemerkt nicht integriert. Das o. g. „Lehr- und Forschungsinstitut für industrielle Koordinierung" wurde 1965 zusammen mit einer von den Ingenieurschulen unabhängigen „Fortbildungseinrichtung" durch Vertrag zwischen Senat und Körberstiftung gegründet. Dieser Vertrag zeigt so klar wie es nur möglich ist, wieweit Körber schon damals in den Ingenieurschulbereich eingreifen konnte. Für das Fortbildungsstudium wird in § 3 festgelegt, daß die Dozenten zur Hälfte vom Staat gestellt werden. Weiter § 4: „Der Lehrplan soll den jeweiligen Anforderungen der industriellen und wirtschaftlichen Praxis entsprechen. Er wird mit der Stiftung abgestimmt." — entsprechend den jeweiligen Anforderungen, deutlicher kann man es nicht sagen. In § 8 heißt es schlicht: „Die Prüfungsanforderungen werden mit der Stiftung abgestimmt." Das im gleichen Vertrag festgelegte „Lehr- und Forschungsinstitut", selbstverständlich in Bergedorf einzurichten, läßt sich von Hamburg „kostenlos die erforderlichen Räume einschl. Heizung, Reinigung und Lieferung von Wasser, Gas und Strom, auch für die Forschungszwecke zur Verfügung stellen". (Zit. aus dem Entwurf, 5. 6. 65, Mitteilung des Senats Nr. 280.) Wie wenig Körber und der Senat bei all diesen Einrichtungen an die nach außen propagierte integrierte Gesamthochschule denken, geht am Ende auch daraus hervor, daß all dies in Bergedorf neben den Hauni-Werken angesiedelt ist, weit weg vom Zentrum der Fachhochschule am Berliner Tor. (2000 Studenten drängen sich am Berliner Tor. Bei den Neubauten hier wurde der 2. Bauabschnitt gestrichen. Dagegen studieren [teilweise ohne Berufsperspektive] in Bergedorf 540 Studenten im protzigsten Hamburger Neubau, der z. Z. eine Kapazität von 900 Plätzen hat. Dieser Bau verschlingt zwei Drittel der Mittel in der Mifrifi, die insgesamt für die Fachhochschule vorgesehen sind.) So hat Körber mit Absicherung des Senats den Aufbau eines technologischen Kartells erreicht, das ihm nicht zuletzt die zukünftigen Ingenieure hilflos ausgeliefert. So kann man heute am Fachschaftsrat in Bergedorf Aushänge mit Zeitungsausschnitten sehen, die berichten, daß Verfahrensingenieure keinen Arbeitsplatz finden bzw. nicht berechtigt sind, einen Betrieb zu leiten. Die in diesen Berichten erwähnten Ingenieure wollten außerhalb der Hauni-Werke ihr Glück versuchen.

Hamburger Hochschulentwicklungsgesetz

Der Entwurf zum „Gesetz über die Entwicklung der Hochschule Hamburg" (HEG) ist dafür ein deutliches Beispiel. Schon die Entstehungsgeschichte des HEG, das ohne Mitwirkung und Mitwissen der demokratischen Öffentlichkeit entstand, spricht ein deutliches Wort.
Wie im Hochschulrahmengesetz werden auch in Hamburg die in der bildungspolitischen Diskussion als bestimmend angesehenen Kriterien für eine Gesamthochschule unterlaufen: Es gibt keine Verbindung von Forschung und Lehre, keinen einheitlichen Lehrkörper und keine einheitliche Studentenschaft. Es werden institutionelle Auslagerungsmöglichkeiten vorgesehen, es gibt die Möglichkeit zur Gründung von Privat- und Bundeswehrhochschulen zur Züchtung wirtschaftlicher und militärischer Führungseliten.

Gesamthochschule mit Löchern

Von „integrierter" Gesamthochschule ist im HEG zwar noch die Rede — was letztlich dabei herauskommt, dürfte den Namen aber nicht mehr verdienen. So steht offen, ob „alle im Hochschulbereich Hamburg vertretenen Fachrichtungen in die Gesamthochschule aufzunehmen sind." (aus den Erklärungen des Senats zum HEG)
Es ist schon unsicher, ob bisherige Fachrichtungen überhaupt eingegliedert werden, von darüber hinausgehenden Forderungen wie der notwendigen Eingliederung des Fachschulbereichs in den tertiären Bereich, ist gar nicht erst die Rede. Diese seit langem erhobene Forderung des DGB und der Fachschulstudenten wird vom Senat ignoriert.
Eine „integrierte" Gesamthochschule kann nicht das Ergebnis sein, wenn (a. a. O.) die Rolle noch extra zu klären ist, „die in der Hochschule Hamburg die Forschungs- und Entwicklungsaufgaben einnehmen werden", wenn neben dem Hochschulverbund ausgelagerte Institute eingerichtet werden können, wie dies Bildungsbericht und HRG, an denen das HEG ausdrücklich orientiert ist, vorsehen.
Dieser Rückfall in CDU/CSU-Vorstellungen von der Gesamthochschule bedeutet, daß die Einheit von Forschung und Lehre unterlaufen wird, daß die einheitliche Einbeziehung der Forschung in das Studium nicht abgesichert ist.
Wenn laut HEG „in allen dafür geeigneten Fachrichtungen ... Studiengänge anzubieten (sind), die in einer Regelstudienzeit von drei Jahren zum Abschluß führen", und die Ausbildungsförderung ebenfalls darauf abgestimmt ist, hat die Masse der Studenten eine Fachidiotenausbildung zu erwarten. Vorbereitet ist dies jetzt schon durch den verhängten Numerus clausus an der Universität, der dann z. B. nicht „wartebereite" Physikstudenten zum neueröffneten Studium des Physik-Ingenieurs an die Fachhochschule lenkt. Vorbereitet ist dies außerdem durch die Nichtumwandlung der „senatsunmittelbaren Einrichtung" Informatik in einen Fachbereich der Uni — anstatt dessen gibt es Pläne zur Einführung eines Informatikstudiums an der Fachhochschule. Wahrscheinlich ein „geeigneter" Studienzweig der zukünftigen „Gesamt"hochschule.
Wir erleben in Hamburg weiter die Rückwandlung des Instituts für Schiffbau des Fachbereichs Physik der Uni in eine senatsunmittelbare Einrichtung. Ein daraus folgender Ausbau des Kurzstudiengangs Schiffsingenieur wird nicht auf sich warten lassen.

Abgerundet werden diese Maßnahmen zur Einführung der Regelstudienzeit durch die Prüfungsordnung für Hamburger Lehrerstudenten, die auch hier die Voraussetzungen zur Schmalspurausbildung geschaffen hat.
Statt Einführung „aufeinander abgestimmter Studiengänge" (HEG) erleben wir die Beschneidung wissenschaftlicher Ausbildung an der Uni und die Aufblähung der Fachoberschule als „Kern" der zukünftigen „Gesamthochschule Hamburg".

Keine Bundeswehrhochschule!

Mit der Entwicklung der demokratischen Bewegung in der BRD hat der Militarismus an Schulen und Hochschulen an Boden verloren. Die reaktionärsten Kräfte versuchen jetzt verstärkt durch Wehrerlasse oder, indem die Bundeswehr selbst als Träger politischer Bildung auftritt, militaristisches Gedankengut im Bildungsbereich zu verankern.
An den Hochschulen will man in ähnlicher Weise vorgehen. In den Jahren 68/69 gab es schon 80 Veranstaltungen je Semester mit wehrwissenschaftlichem Inhalt an 21 Unis und 7 TH's. Es gibt bereits sieben bundeswehreigene Akademien und mehrere Schulen mit insgesamt 170 000 Teilnehmern. Es gibt bundeswehreigene Fachhochschulen, zwei Bundeswehrhochschulen (BuWe-HS) in Hamburg und München sind geplant.
Die geplanten BuWe-HS sollen für die Ausbildung höherer Verantwortungsbereiche (III-V-Offiziere vom Einheitsführer aufwärts) errichtet werden. Die Ausbildungsdauer umfaßt 5 Jahre; innerhalb dieses Zeitraums liegt ein 3jähriges „wissenschaftliches Studium". An den BuWe-HS sollen nur solche Fachbereiche eingerichtet werden, die sowohl auf den Offiziers- als auch auf den zivilen Beruf vorbereiten. Bei den Inhalten sollen die Belange der Streitkräfte berücksichtigt werden.
Folgende Fachbereiche werden eingerichtet:
— Führung und Organisation:
Organisations- und Betriebswissenschafts-Pädagogik, Informatik
— Technik:
Maschinenbau, Luft- und Fahrzeugtechnik, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, evtl. Biologie.
Interessant ist hierbei, welche Ziviltätigkeiten die studierten Offiziere nach ihrem Ausscheiden aus der BuWe ausüben sollen:
Organisations- und Betriebswissenschaft:
Tätigkeiten in der Stadt- und Landesplanung und in Führungsstäben von Wirtschaft und Verwaltung.
Pädagogik:
Erziehungs- und Bildungsarbeit (Jugendpflege), Heimerziehung, Strafvollzug, Sozialadministration.
Informatik:
Führungskräfte in Informations- und Führungssystemen.
Ziel ist, in Zukunft einen Teil der Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung mit Kräften zu belegen, die BuWe-HS durchlaufen haben.
Für de „Qualität" dieser Kräfte ist gesorgt. In drei Studienjahren (jährlich 9 Monate Studium, 4 Wochen Urlaub, 8 Wochen militärische Ausbildung) werden hier fachliche Spezialisten im Sinne moderner Militärideologie ausgebildet.
Gehorsam und Disziplin sind gesetzlich vorgeschrieben — die Ausbildung wird mit militärischem Druck durchgeführt. Das ist deshalb leicht möglich, da die Offiziersanwärter zum Studium abkommandiert und hochbezahlt werden (Leutnantsgehalt A 9).
Die Wirtschafts- und Finanzbosse sind die großen Nutznießer dieser „Reform" — sie lecken sich die Finger nach solchen Kräften. Kein Wunder, daß das Geld für diese Hochschulen reichlich fließt — 1972 100 Millionen.
Die Herausbildung dieser Vasallen für das Großkapital, die damit verbundene noch engere Verflechtung zwischen Militär und Wirtschaft bedeuten eine große Gefahr für die ganze Gesellschaft und für die Entwicklung an den Hochschulen — deshalb sind alle fortschrittlichen Kräfte gezwungen, sich gegen diese Entwicklung zu stellen.
Keine Bundeswehrhochschule in Hamburg — Bereitstellung der Gelder für den Ausbau des Bildungswesens!!

Großkonzerne sind die schlechtesten Steuerzahler

...und dafür erhielten sie auch noch über 13,5 Mrd DM direkter Subventionen (vgl. 3. Subventionsbericht der Bundesregierung, BMWF (Dokumentation v. 10. 1. 72).
...während bei der Lohnsteuerzahlung kaum Rückstände bestehen, stiegen die Steuerrückstände aus Körperschaftssteuer, Einkommenssteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer beträchtlich. Als Beispiel die Körperschaftssteuer:
„Während (Kassen)sollstellung und Steuereinnahmen von 1965 bis 1971 um etwa 11 Prozent abnahmen, stiegen in dieser Zeit die Rückstände um etwa 310 Prozent..." (a.a.O.) Das heißt, nicht nur daß die Monopole heute bereits erheblich weniger Steuern bezahlen als vor 5 Jahren (absolut), zusätzlich bleiben sie auch noch mit ihren Steuerzahlungen im Rückstand!
Und so sieht die Entwicklung der Einkommensteuerarten insgesamt aus: Während die Lohnsteuer 1971 zur aufkommenstärksten Einzelsteuer wurde (BMWF Dokumentation 31. 1. 72, S. 10), sank der Anteil der Körperschaftssteuer (Einkommensteuer der Konzerne in der juristischen Form von AG's und GmbH's).

Lohnsteuer	27,06	45,66	+ 18,60	= 68,5
veranlagte Einkommensteuer	15,0	18,34	+ 3,34	= 22,3
Körperschaftssteuer	10,6	7,17	— 3,34	= 32,3

(Angaben in Mrd DM)
Von den drei Einkommensteuerarten kamen im Jahre 1971 aus der:

Lohnsteuer	64 Prozent
veranlagte Einkommensteuer	26 Prozent
Körperschaftssteuer	10 Prozent

Deshalb: Wer für soziale Reformen kämpft, wer unser Bildungssystem aus der Sackgasse herausführen will, muß für eine Umverteilung des Nationaleinkommens kämpfen, muß die Monopole zur Kasse bitten. Nicht die Bevölkerung, die sowieso am stärksten belastet ist, muß die Reformen bezahlen, sondern die Profitgeier, diejenigen, die durch das Steuersystem in der Lage sind, viele Mrd DM legal zu hinterziehen.
Wir fordern daher:
— Die Millionärsvermögen, die Gewinne der Großunternehmer und die Bezieher hoher Einkommen sind mehr als bisher zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen, Kapital- und Steuerflucht ins Ausland sind wirksam zu bekämpfen
— Die Staatlichen Subventionen und die zahlreichen steuerlichen Vergünstigungen für die Großunternehmen sind sofort aufzuheben.
So und nur so können die notwendigen Reformen sozial gerecht finanziert werden.
Das Geld ist da!

Bundeswehrhochschulen als Vorbild?

Wer trotz allem noch glaubt, daß es eine den Namen verdienende „Gesamt"hochschule Hamburg durch das HEG geben wird, sei an die Bundeswehrhochschule erinnert, die entgegen der immer beschworenen Finanznot errichtet werden soll. (Den in Bayern und Hamburg geplanten Bundeswehrhochschulen sind bisher rund 100 Mill. DM zugesichert worden.) In diesen Hochschulen sollen neben den militärischen Kursen z. B. auch Ausbildungsangebote in Pädagogik und Soziologie gemacht werden. Wie ist dies noch mit dem Prinzip der rationellen Nutzung der Kapazitäten vereinbar? Hier werden Kapazitäten doppelt geschaffen, während auf der anderen Seite von Überbelastungen gefaselt wird!
Gleichzeitig sind die Bundeswehrhochschulen das hervorstechende Beispiel für die obengenannte Militarisierung, die Ausschaltung der Mitbestimmung usw. Daß diese Hochschulen auch in dieser Richtung wirklich Beispiel und nicht Ausnahme sind, wird dadurch deutlich, daß die dort durchgeführten Studienreformen modellhaft für die öffentlichen Universitäten sein sollen. So Prof. Ellwein, Vorsitzender

der „Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr."

Doch auch das Hochschulentwicklungsgesetz kann sich bezüglich der Ausschaltung von Mitbestimmung sehen lassen. Es überträgt die vorbereitenden Planungen für die Hochschule Hamburg im wesentlichen auf vom Senat zu berufende Ausschüsse. Die Hochschulvertreter in den Planungsgremien dürfen lediglich an der Entwicklung des Hochschulwesens mitwirken. Sie haben nur empfehlende Funktion. Vertreter der Organisationen der werktätigen Bevölkerung, der Gewerkschaften, haben kein Stimmrecht, wohl aber die Behördenvertreter. Studenten haben überhaupt nichts dazu zu sagen. Erst auf Senatsbeschluß kann später ein Gesamthochschulbeirat gebildet werden, dessen Mitglieder von der Behörde berufen werden, und zu einem Drittel Studenten sein sollen.

Schon im Gründungsverfahren wird hier also Mitbestimmung klein geschrieben, wird die Selbständigkeit der Hochschule empfindlich beschnitten!

Praktiziert wurde dies schon in dem Verfahren, welches zur Vorlage der Prüfungsordnung für Lehrerstudenten führte. Der fertige Entwurf wurde unbeachtet vorhandener Studienreformkonzeptionen der Hochschule vorgelegt!

Disziplinierung der fortschrittlichen Studenten

Die fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen, die den Kampf gegen die Bildungsmisere aufgenommen haben und eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte Bildungspolitik durchsetzen wollen, sind den zunehmenden Angriffen der Rechtskräfte ausgesetzt. Diese versuchen, Berufsverbote für Demokraten, die Zerschlagung der studentischen Selbtsverwaltungsorgane und des vds und eine Abschaffung des politischen Mandats der Studentenschaft durchzusetzen. Hier reihen sich die Namensaberkennung des SHB und Verbotsdrohungen gegenüber dem MSB Spartakus ein. Hiermit soll dem Widerstand gegen die Formierung der Hochschulen die Spitze genommen und demokratische Kräfte eingeschüchtert werden. Diesen Bestrebungen muß entschieden entgegengetreten werden!

Woher soll das zusätzliche Geld kommen?

Genauso reaktionär wie die „Gesamthochschul"planungen sind die Vorstellungen der Herrschenden zur Finanzierung des Bildungswesens. Dazu Dohnanyi: „Die Finanzierung des Bildungswesens muß gegenüber kaum minder wichtigen öffentlichen Aufgaben durchgesetzt werden. Und das wird nicht ohne den Beweis großer Sparsamkeit möglich sein. Auch im Bildungsbereich gibt es Interessen. Diese, wie es heute heißt, kritisch zu reflektieren, scheint mir zu diesem Zeitpunkt unerläßlich."

Eine kritische Reflektion der die Bildungspolitik bestimmenden Interessen zeigt allerdings auf, daß die geplante Bewältigung des Bildungsnotstandes einseitig zu Lasten der werktätigen Bevölkerung gehen soll, wenn die Bildungsfinanzierung auf Kosten anderer, ebenso wichtiger Infrastrukturbereiche durch „Sparsamkeit" der Betroffenen oder durch eine in Erwägung gezogene Bildungssteuer geschehen soll. So stellt der Bildungsgesamtplan zum Thema Bildungsfinanzierung fest:

„Schließlich und letztlich ist darauf hinzuweisen, daß die langjährige Diskussion um die Bildungspolitik in der Öffentlichkeit ein Problembewußtsein geschaffen hat, daß u. E. durchaus eine höhere Besteuerung möglich macht."

Falsche politische Prioritäten

Der Kampf zur Behebung der Bildungsmisere muß daher in dieser Situation auch immer als Kampf um eine Finanz- und Steuerreform geführt werden. Eine inhaltliche Diskussion um die Gestaltung der demokratischen Gesamthochschule findet sonst im luftleeren Raum statt. Denn es wird nicht nur von „Sparsamkeit" und „höherer" Besteuerung geredet, sondern es wachsen auch nach Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung die Rüstungsausgaben von 1972 bis 1975 um 8,5 Mrd. DM, während die sogenannten Planungsreserven für die Bildungshaushalte der Länder um 3,75 Mrd. DM gekürzt wurden. Erich Frister, Vorsitzender der GEW, wertete die „enttäuschend niedrigen" Bildungsausgaben im Haushaltsentwurf des Bundes für 1972 und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 1975 als „Abschied von der Bildungsreform".

Senkung des Rüstungshaushalts um 15 %
Was bringt das für Hamburg?

Die Verwirklichung der demokratischen Gesamthochschule, die fortschrittliche Neuorientierung des Bildungswesens erfordert hohe Investitionen. Erst wenn diese getätigt werden, ist es realistisch, über Studienreform, Erwachsenenbildung, Chancengleichheit u. a. zu sprechen. In der augenblicklichen Situation, in der die Hochschulen noch nicht einmal genug Geld haben, ihren Notstand zu halten, ist es vordringlich für die demokratische Bewegung, den materiellen Rahmen, der eine den Namen verdienende Bildungsreform erst möglich macht, zu erkämpfen. Folgende Forderungen sind unabdingbar für die Einrichtung der demokratischen Gesamthochschule:

- Reduzierung der Rüstungsausgaben. Jährliche Senkung um 15 Prozent, zunächst bis zur Halbierung der bisherigen Rüstungsausgaben.
- Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die USA.
- Höhere Besteuerung der großen Einkommen, Abbau aller Steuerprivilegien und Subventionen für die Großkonzerne, Verhinderung der Steuerflucht ins Ausland.
- Neufestsetzung der Haushaltsschwerpunkte.
- Neuaufteilung des Gesamtsteueraufkommens (Bund, Länder und Gemeinden je ein Drittel).
- Mitbestimmung der werktätigen Bevölkerung und ihrer Organisationen auf allen Ebenen und in allen Institutionen. Mitbestimmung und demokratische Kontrolle der Eltern, Lehrer, Schüler und Studenten, der werktätigen Bevölkerung und ihrer Organisationen im Bildungswesen.
- Keine Einrichtung von Bundeswehrhochschulen oder sonstigen Sonderhochschulen.

Eine kurze Überschlagsrechnung zeigt, was 15 Prozent Kürzung des Rüstungshaushaltes für Hamburg bringen:

Der Bundeshaushalt hat in diesem Jahr ein Volumen von etwa 109 Mrd DM.

Die offenen Rüstungslasten betragen etwa 25 Mrd DM oder 23 Prozent.

Hamburg führt lt. Haushaltsplan im laufenden Rechnungsjahr etwa 3 Mrd DM von seinem Steueraufkommen an den Bund ab. Das sind etwa 2,8 Prozent des Bundeshaushaltes.

Daraus kann man folgern, daß von den 3 Mrd DM aus Hamburg etwa 690 Mill. DM in den Rüstungshaushalt gehen.

Die Forderung nach Kürzung des Rüstungshaushaltes um zunächst 15 Prozent würde also allein im Jahre 1972 103,5 Mill DM für Hamburg retten.

Hamburger Wirtschaftspolitik — für wen?

Seit 1965 wird in Hamburg Wirtschaftspolitik nach den sogenannten „Leitlinien der Hamburger Wirtschaftspolitik" betrieben. Als „grundsätzliche Willenserklärung" des Senats sind sie auch heute noch gültig.

Die allgemeine Orientierung dieser Wirtschaftspolitik beschränkt sich auf folgendes: „Der Senat strebt nach innen und außen eine Wirtschaftspolitik an, die sich an den Spielregeln der Marktwirtschaft orientiert; als ausschlaggebend werden die Entscheidungen der wirtschaftlich handelnden Menschen betrachtet." (Seite 5.)

Mit dem letzten könnten auch die arbeitenden Menschen gemeint sein — im folgenden wird aber deutlich, daß ausschlaggebend allein die Entscheidungen der Unternehmer sind. Von Steuerung solcher Entscheidungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist nirgendwo die Rede.

Kein Wort davon, Wirtschaftspolitik zur Beschneidung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht und zur Bekämpfung zumindest der übelsten Auswirkungen der „Spielregeln der Marktwirtschaft" einzusetzen.

Kein Wort auch von gesellschaftspolitischen Zielsetzungen dieser Politik, mit Ausnahme hoher Wachstums- und Profitraten — wie im folgenden:

„Eine produktivitäts- und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik muß vor allem dort ansetzen, wo der Einsatz knapper Produktionsfaktoren zu höchstmöglichem Ertrag (Sperrung v. Senat) führt und wo darüber hinaus die besten Möglichkeiten für ein nachhaltiges Wachstum erkennbar sind." (Seite 8)

Bei den Förderungsmaßnahmen spielen „solche Wirtschaftszweige eine besondere Rolle ..., die durch den Krieg und seine Folgen in der Substanz besonders hart getroffen wurden, z. B. durch Verlust der Produktionsgrundlagen oder Absatzmärkte, Beschlagnahme des Auslandsvermögens, Produktionseinschränkungen in der Nachkriegszeit." (Seite 13.)

Diese Produktionsbeschränkungen galten in Hamburg im wesentlichen für die Werftbosse, denen „die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstungen und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Schiffen" verboten war. (Potsdamer Abkommen.)

Für obige „grundsätzliche Willenserklärung des Senats" und „Orientierungshilfe für die Wirtschaft" (Seite 5) haben sich Blohm & Voss (Produktion von Zerstörern, Panzerwannen, in den letzten Jahren allein 28 Kriegsschiffe verschiedenster Art — Fregatten für Portugal) und die Howaldtswerke — Deutsche Werft AG (Produktion u. a. von U-Booten für Griechenland) sicher bedankt.

Alles Konsequenzen einer „feinen" Wirtschaftspolitik des SPD-Senats.

Weiter wir uns in der Broschüre ein „sicherer" Weg zur Vergrößerung des Bildungsetats und anderer Etatposten gewiesen. „Je konsequenter sie (die Bildung von Schwerpunkten im Sinne der Wirtschaftspolitik) durchgesetzt wird, desto eher wird es möglich sein, die Gewichte im öffentlichen Haushalt wieder anders zu verteilen." (Seite 22.) Diese bornierte Vorstellung „unter Berücksichtigung wirtschaftstheoretischer Erkenntnisse und wirtschaftspolitischer Gedankengänge erarbeitet" (Seite 5) — daß zuerst einmal alles Geld in die Wirtschaft zu stecken sei, ist allein der unternehmerischen Froschperspektive zu verdanken, in die der Senat sich begeben hat. — Die Hamburger Wirtschaftspolitik bedarf einer grundsätzlichen Umorientierung. Dazu werden wir dem Senat von unten erhebliche „Entscheidungshilfen" geben müssen.

Die hier vorgenommene Prioritätensetzung tritt die Interessen des größten Teils der Bevölkerung rücksichtslos mit Füßen. Eine solche Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Prioritäten ist nur vereinbar mit den Profitinteressen weniger Großkonzerne.

Die Reichen müssen zur Kasse

Es gilt deshalb dem demagogischen Gerede von der „öffentlichen Armut", der „Finanzmisere" entgegenzutreten. Es gibt keine Finanzmisere, die verhindert, daß

der Bildungsnotstand beseitigt wird, sondern es gibt eine falsche Festsetzung der Prioritäten. Der Bildungsnotstand läßt sich durch die Umverteilung des Staatshaushaltes, die Neufestsetzung der Haushaltsschwerpunkte, durch Streichung parasitärer Staatsausgaben, durch die gerechte Aufteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden lösen. Die gesellschaftlich notwendige Ausweitung und demokratische Neuorientierung des Bildungswesens läßt sich bei einer Neufestsetzung des Haushaltes darüber hinaus finanzieren durch die seit langem überfällige Steuerreform (vergl. DGB-Forderungen), die die Steuerprivilegien der Großkonzerne und der hohen Einkommen beseitigt, die Monpole stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht und die Kapital- und Steuerflucht ins Ausland unterbindet.

Der Kampf zur Verbesserung der Bedingungen im Bildungswesen muß sich diese Ziele setzen. Wir sind uns bewußt, daß nicht alle diese Ziele einer fortschrittlichen Bildungspolitik auf einmal, mit einem Schlag verwirklicht werden können. Sie werden nur im harten Kampf gegen die Reaktion und das Großkapital durchzusetzen sein.

Aber vor Durchsetzung grundlegender Reformen, wie Neufestsetzung der Haushaltsschwerpunkte oder die Neuaufteilung des Steueraufkommens, gibt es Titel im Haushalt, die sofort gesperrt werden können und müssen. Diese reichen, um den akuten Notstand zu lindern und um dem demagogischen Gerede von der Finanzknappheit den Boden zu entziehen. Damit sind auch die vorgeschobenen Gründe zur Einführung des totalen Numerus clausus an der Universität ad absurdum geführt. Solche Titel zeigen wir in dieser Broschüre exemplarisch auf. Ähnliche Titel gibt es auch im Bundeshaushalt. Hier läßt sich nachweisen (und fordern), daß erste Schritte zur Schaffung besserer Bedingungen im Bildungswesen ohne Verzögerung möglich sind. Langfristig wird die demokratische Neuorientierung des Bildungssystems aber nur durch die Erkämpfung grundlegender Reformen der Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik möglich sein.

Gesellschaftliche Auswirkungen des Numerus clausus

Diesen Lösungsweg durchzusetzen und den katastrophalen Folgen einer Fortschreibung der jetzigen Bildungspolitik entgegenzutreten, ist Aufgabe aller am gesellschaftlichen Fortschritt interessierten Kräfte. Die gesamte werktätige Bevölkerung hat ein objektives Interesse an guter Bildung als Grundvoraussetzung für relative soziale Sicherheit bei ständig wachsenden Qualifikationsanforderungen. Von Zulassungsbeschränkungen wird sie doppelt betroffen: 1. durch die Verschlechterung der sozialen Versorgung (Lehrer, Ärzte, Sozialarbeiter, Umweltschutz); 2. durch die Verfestigung des Bildungsprivilegs, indem die ohnehin geringe Anzahl der Arbeiterkinder, die den Hürdenlauf zum Abitur gemeistert hat, als erste auf einen Studienplatz verzichten muß, wenn die Mittel zur Überbrückung langer Wartezeiten (bis zu fünf Jahren) oder für einen Wechsel der Universitätsstadt fehlen.

Der Numerus clausus wird sein übriges dazu tun, daß die BRD, wie es jetzt auch wieder die neuesten Untersuchungen zeigen, das Schlußlicht der EWG-Staaten in Sachen Ausbildung und Schule bleibt. Wie die Situation heute schon ist, beschreibt die GEW so: „In den Realschulen und Gymnasien ist die Klassenstärke höher als vor zehn Jahren. Im Schuljahr 1970/71 gab es allein in Bayern

Die Monopole haben Geld genug!

Daß die Firmen Geld genug haben, um auch die Infrastrukturmaßnahmen finanzieren zu können, kann man besonders deutlich feststellen an der sofortigen Bereitschaft zu Vorfinanzierungen, wenn die Kuh Hamburg einmal soweit gemolken ist, daß bei ihr nichts mehr zu holen ist. Dann gewähren die Betriebe der Stadt Hamburg großzügig Darlehen.

Wir haben zwei Beispiele herausgegriffen.

Beim ersten handelt es sich um die Reederei „Hansa":

„Die Reederei hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, ihren Schiffspark mit einer Investition von rund 200 000 000 DM (davon 75 Prozent für die ab Hamburg verkehrenden Schiffe) zu erneuern, um schnellere Beförderungen und kürzere Liegezeiten zu erreichen. Diese Schiff erfordern an Land adäquate Abfertigungsmöglichkeiten. Wegen der hohen Fixkosten für moderne Schiffe besteht ein starker Zwang zur Verkürzung der Liegezeiten; an Land kann den steigenden Lohnkosten nur durch rationelle, mechanisierte Umschlagverfahren begegnet werden. Die moderne Anlage soll die Reederei auch ermöglichen, zusätzliche Verkehre über Hamburg zu leiten. Eigene Semi-Containerschiffe, die in Kürze in Fahrt gesetzt werden, sollen hier abgefertigt werden."

Beim zweiten Beispiel geht es um die Firma „Texaco":

„Auf der nördlichen Hohe Schaar wollen drei in der Nähe ansässige Firmen ihre Kapazitäten erweitern. Ein viertes anzusiedelndes Unternehmen, das über die größten Tanklagerkapazitäten der Welt verfügt, will in Hamburg neben Rotterdam einen zweiten europäischen Stützpunkt gemeinsam mit einer großen deutschen Firma errichten und dafür 0,7 bis 1 Mio. cbm Tankraum bauen und wird damit jährlich etwa 2 Mio. t Mineralprodukte umschlagen ...

Infrastruktur

Für das neue Unternehmen muß die Infrastruktur in diesem Teil des Hafens erweitert werden. Östlich an den Kattwykhafen anschließend soll ein neues Hafenbecken für zwei Großtanker-Liegeplätze gebaggert werden ...

Haushaltsmäßige Auswirkungen

Die Finanzlage gestattet es Hamburg zur Zeit nicht, die Aufwendungen für die Infrastruktur zu finanzieren. Beide Unternehmen haben daher angeboten, die Infrastrukturmaßnahmen bis zur Höhe von 10,0 Millionen DM bzw. 11,0 Millionen DM zinslos vorzufinanzieren. Mit den Firmen sollen Verträge über die Gesamtmaßnahmen abgeschlossen werden, in denen auch die Vorfinanzierung der Infrastrukturmaßnahmen ab Januar 1972 vereinbart wird."

(Alles aus der Bürgerschaftsdrucksache VII, 1512.)

Wir haben hier diese beiden Firmen herausgegriffen, wir können weitere nennen. Zum Beispiel:

- die Firma Paetz & Co. für den Ausbau am Distelkai
- die Firma Max Uhlig &Uhlig Co. für den Ausbau der Strandhöfts
- die Deutschen Afrika Linien GmbH für den Ausbau am Kirchenpauerkai,

um nur einige zu nennen.

Wir sind der Meinung, daß überhaupt nicht einzusehen ist, daß Hamburg diese Summen, die für die Firmen offensichtlich Kleinigkeiten sind, aufbringen soll. Wenn die Reederei „Hansa" in der Lage ist, in den letzten Jahren 200 000 000 DM zu investieren, die Suprastrukturmaßnahmen von 16 000 000 DM zu tragen und bei den Infrastrukturkosten von 18 600 000 DM 10 000 000 DM vorzufinanzieren, wenn Texaco neben den 82 000 000 DM für die Suprastruktur die gesamten Infrastrukturkosten von 11 000 000 DM vorfinanzieren kann, zeigt das die ausreichende Finanzkraft dieser Unternehmen.

Hamburg kann diese Mittel für dringlichere Maßnahmen verwenden. Die Gefahr der Abwanderung oder Nichtansiedlung dieser Unternehmen besteht überhaupt nicht, weil die Unternehmen keine Alternativen haben und der Vorteil des Standortes Hamburgs die zusätzlichen Kosten der Firmen in Kürze aufwiegt!

538 Grund- und Hauptschulklassen mit mehr als 50 Kindern. Der für die Nachkriegszeit typische Schichtunterricht feiert mancherorts fröhliche Urstände. Der ständige Unterrichtsausfall gilt schon bald als Normalzustand im westdeutschen Schulwesen." ... Im Jahre 1970 „fehlten in den allgemeinbildenden Schulen 170 000 Lehrer, um die Zielwerte der KMK zu erfüllen" (und die waren schon mager genug) ... „36 Prozent der vorgesehenen Lehrerstellen waren nicht besetzt! Ein Drittel aller Lehrer fehlte!" (GEW-Informationen für Mitarbeiter, November 1971).

Festigung des Bildungsprivilegs

Weiterhin wird der Numerus clausus die untragbare Situation verstärken, daß weniger als 10 Prozent der Arbeitenden am Arbeitsplatz ärztlich betreut werden, daß die Patienten in Wartezimmern Schlange stehen und in den Krankenhäusern von übermüdeten Ärzten behandelt werden.

Eine verschlechterte soziale Fürsorge wird Folge des wachsenden Ärztemangels sein. Bis 1980 sollen zwar auf einen Arzt 630 Einwohner kommen, allerdings werden schon seit 1967 durch den Numerus clausus durchschnittlich 1000 Studenten pro Jahr zu wenig zum Medizinstudium zugelassen. Durch die zwangsläufig eingetretene Überalterung der niedergelassenen Ärzte — z. B. im Raum Württemberg sind weit über 50 Prozent älter als 50 — verschlechtert sich die Situation in Zukunft noch zusätzlich.

Moderner Strafvollzug wird nur als Fiktion einiger Schwärmer existieren und Resozialisierung wird ein Fremdwort bleiben. Städte werden weiterhin ohne die notwendigen soziologischen Untersuchungen saniert oder Stadtteile neugebaut, und damit wird die Bevölkerung auch in Zukunft in sinnlos aneinandergereihten Betonklötzen leben müssen.

Der hohen Produktivkraftentwicklung, der wissenschaftlich-technischen Revolution, die es notwendig macht, daß immer mehr Facharbeiter ingenieurmäßiges Wissen erwerben, damit sie die Produktion beherrschen und allen Produktionsänderungen gewachsen sind, spricht der Numerus clausus an fünf Ingenieurfachbereichen in Hamburg Hohn.

An der Hochschule Fortschreibung der Misere

Der Numerus clausus trifft aber nicht nur die werktätige Bevölkerung und die wartenden Bewerber, sondern auch diejenigen, denen das Studium abgesichert erscheint, sind betrogen. Denn unter totalem Stopp des quantitativen Ausbaus der Hochschulen hat ebenfalls die Qualität der Ausbildung zu leiden. Zugleich mit der Einführung des Numerus clausus an der Universität in Hamburg wurden die Stellenplanforderungen der gesamten Hochschule in Höhe von 8,5 Mill. DM drastisch auf 2,2 Mill. DM herabgedrückt! Belegt wird dies auch durch einen Blick auf Uralt-NC-Fächer. Lehrmittelanschaffungen erfolgen erst, wenn alte Ausstattungen unbrauchbar geworden sind, Aufnahme moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse und Einstellung neuer Professoren erfolgt erst, wenn die derzeit Lehrenden ausscheiden. Hand in Hand mit dem Numerus clausus geht eine verschärfte Studienreglementierung, die ein effektiveres und intensiveres Studium

sichern soll. Neue Prüfungsordnungen mit Kurzstudiengängen und Disziplinierungsfunktion greifen die ohnehin unzureichende Ausbildungsqualität weiter an. Studienreformkonzeptionen und Experimente werden auf Eis gelegt, solange sie nicht dem „Prinzip der äußersten Sparsamkeit" entsprechen.
Alternativen zur gegenwärtigen Misere sind jedoch, wie in der Grundsatzerklärung des MSB SPARTAKUS formuliert, im Kampf an der konkreten Front der Auseinandersetzungen mit dem Monopolkapital, an der Hochschule, „nur als untrennbarer Bestandteil einer antimonopolistischen Alternative zum gesamten staatsmonopolistischen Herrschaftssystem erfolgreich durchzusetzen!"
Wissenschaft und Forschung, das gesamte Bildungswesen sind gesellschaftlich betrieben und finanziert. Die Ergebnisse eignen sich allerdings die Monopole an, die Ziele versuchen sie im Interesse ihres Profits und ihrer Macht zu bestimmen.
Der Bildungsnotstand, dessen extremster Ausdruck bisher ein totaler Numerus clausus ist, kann unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD nicht vollständig beseitigt werden. Eine vollkommene Lösung dieser Probleme bedeutet, diejenigen restlos zu entmachten, denen nicht der Mensch, sondern der Profit im Mittelpunkt des Handelns steht! Nur eine sozialistische Gesellschaft verschafft den arbeitenden Menschen die Bestimmung über die gesellschaftliche Entwicklung und ihre Prioritäten.

Lösung erst im Sozialismus

Der Sozialismus in der DDR zeigt, wie die Beseitigung der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit des Volkes den Weg gebahnt hat für ein vorbildliches Bildungswesen, für ein Hochschulwesen, das für Arbeiterkinder geöffnet ist — 1967 waren es 46 Prozent. Das schon 1959 mit 51,5 Studenten je 10 000 Einwohner einen Stand aufwies, der in der BRD 1968 noch nicht erreicht war. Das in der sozialen Fürsorge die Dinge als selbstverständlich bereithält, für die die Studenten in der BRD seit Jahren kämpfen. Wo der Student nicht Wissensspeicher ist, den es gilt, so schnell und so billig wie möglich vollzustopfen, sondern wo die Bedingungen für ein selbständiges Forschen bei gleichzeitiger Wissensaufnahme durch die Hochschulreform längst geschaffen wurde! „Nur in der sozialistischen Gesellschaft wird die Wissenschaft endgültig frei von der Fessel, den Profitinteressen einer Minderheit zu dienen ... kann die Intelligenz, können die Studenten ihre wissenschaftlich gebildete Arbeitskraft ... zum Wohl des werktätigen Volkes einsetzen." (Aus der Grundsatzerklärung des MSB).
Die Auseinandersetzungen über Weg und Ziel der Hochschulpolitik in der BRD, über Numerus clausus, sind Ausdruck gegensätzlicher Klasseninteressen. Vom Einfluß der Arbeiterklasse hängt es ab, ob Forschung und Lehre und die Formierung der Hochschule im Sinne des Großkapitals betrieben werden, oder ob eine Demokratisierung des Bildungswesens durchgesetzt werden kann, ob der Bildungsnotstand beseitigt wird.

Es geht auch anders — zum Beispiel DDR

Anzahl der Universitäten und Hochschulen:

Jahr	DDR	BRD
45	8	31
51	21	31
60	44	32
66	44	35
69	55	39

Empfänger von Stipendien 1968: DDR 85 % BRD 25 %

Ärzte auf je 100 000 Einwohner: DDR 203 BRD 148

Arbeiter- und Bauernkinder im Hochschulstudium:

Jahr	DDR	BRD
45/46	4 %	
49/50	28 %	
68/69	46,3 %	8,3 %

Anzahl der weiblichen Studenten: DDR 31,6 % BRD 25 %

Studierende je 10 000 der Bevölkerung 1968:
im Hochschulstudium =
DDR 64,7 BRD 45,3
im Fachschulstudium =
DDR 82,3 BRD 35,0

Anzahl der Schüler je Klasse: DDR 27 BRD 37

An der Seite der Arbeiter für Demokratie und Sozialismus

Gemeinsam mit der Arbeiterklasse gilt es daher den Einfluß aller antimonopolistischen Kräfte auf die Bildungspolitik geltend zu machen, dem herrschenden Großkapital in allen Bereichen entgegenzutreten. Der Kampf um Aufbau und Ausbau politischer Gegenmachtpositionen an den Hochschulen ist ein Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse. Er ist ein Beitrag zur grundlegenden demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft, zum Kampf für den Sozialismus.
Hier gilt es auch für die Studenten zu erkennen, daß ihre Interessen nur konsequent gegen die Macht der Monopole an der Seite der Arbeiterklasse durchzusetzen sind. Im Zuge einer grundlegenden Demokratisierung der Gesellschaft. Bildungspolitik und NC-Fragen werden durch die Machtverhältnisse in der BRD entschieden! Diese gilt es zu verändern und die nächstliegenden Aktionsziele zum NC in diesem Sinne in breiter Front aller fortschrittlichen antimonopolistischen Kräfte in Angriff zu nehmen!

Forderungsprogramm

Forderungen zur Gesamthochschule

Der Bildungsnotstand umfaßt mehr als nur die Raumnot und nicht erfüllte Stellenplanforderungen, auf die wir uns im folgenden wesentlich beschränken. Die Misere der Hochschulen ist total. Militarismus, Revanchismus und Antikommunismus durchdringen die Lehrinhalte, Kriegs- und Monopolforschung gehören zum Alltag, unzureichende Ausstattung der Hochschulen machen eine qualifizierte Aus-

Wir fordern:

Gelder für die Förderung der Großkonzerne zurückzahlen

Zu dieser Förderung gehören Zinszuschüsse, Subventionen, Gelder zur Anwerbung von Betrieben, Supra- und Infrastrukturkosten sowie andere „Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft". Die wesentlichsten Posten sind hier die Kosten für Supra- und Infrastruktur.

Was sind das für Maßnahmen?

Der Hamburger Senat versteht unter „Infrastrukturmaßnahmen" u. a. das Erschließen von Grundstücken für Industrieansiedlung, durch Ankauf des Bodens, Bau von Kanalisation, Wasser- und Straßenanschluß, Bau von Kaimauern ...

Unter „Suprastrukturmaßnahmen" fallen für ihn z. B. Schuppen, Krananlagen und andere Umschlaggeräte und ähnliches.

Wie hoch sind die Kosten?

Insgesamt wurden von der Stadt Hamburg seit dem Krieg weit über 2 Mrd. DM in die Wirtschaft gesteckt.

Allein in die Hafenwirtschaft wurden seit 1960 jährlich durchschnittlich über 50 Mill. investiert.

Die Investitionen für den Hafen liegen heute bei 60–70 Mill. – dazu kommen Ausgaben für Erschließungen von Industrie und Gewerbeflächen und Wirtschaftsförderung von ca. 80 Mill.

In obigen 50 Mill. waren bis 1970 jährlich 7 Mill. für Suprastruktur enthalten (ohne Überseezentrum mit ca. 52 Mill.).

Seit der neuen Hafenordnung von 1970 zahlen die Unternehmer die Suprastruktur selbst.

Sind wir für die Übernahme dieser Kosten?

Es ist selbstverständlich, daß die Stadt Hamburg z. B. den Boden für Industrieansiedlungen vorbereiten und das Geld hierfür vorschießen muß.

Diese Mittel dürfen Hamburg aber nicht verloren gehen – als Minimum muß die vollständige Rückzahlung gesichert werden!

Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD – der Verflechtungen der Monopole mit der Staatsbürokratie – bedeutet die Übernahme dieser Kosten durch die Stadt eine indirekte Subventionierung der Großbetriebe. Diese können durch Beziehungen zu Senat und Bürgerschaft die Bedingungen für Pacht und Mietverträge, Grundstücksüberlassungen, Art und Umfang von Infrastrukturmaßnahmen weitgehend diktieren. Vom Senat haben sie hier kaum Widerstand zu erwarten.

So forderte z. B. die Firma Korf Industrie und Handels GmbH & Co KG: „Das Unternehmen wünscht, die größten Schiffe, die Hamburg ... anlaufen können, an seinem Grundstück abfertigen zu können." Bürgerschaftsdrucksache VI 1959. Dieser „Wunsch" hat Hamburg zusätzlich mindestens 15 Mill. gekostet (weitere Ausbaggerung des Köhlfleets und längere Kaimauern)!

Es liegen keine verbindlichen Kriterien vor, nach denen solche Entscheidungen getroffen werden – es sei denn, die „Leitlinien zur Wirtschaftspolitik" (s. o.) sollten als solche angesehen werden. Der Einfluß der arbeitenden Bevölkerung auf diese Entscheidungen fehlt vollständig.

Wir fordern dagegen:

– Alle Maßnahmen müssen sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientieren. Die Wirtschaftspolitik ist in erster Linie auf Sicherung der Arbeitsplätze und des Einkommens der Bevölkerung und nicht auf die „Ertragslage" der Unternehmen zu richten!

– Durch die Bildung von gesellschaftlichen Fachausschüssen im Amt für Hafen und Verkehr mit Vertretern der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen muß u. a. die Investitionspolitik durch die Bevölkerung kontrolliert werden!

Erst wenn so der Einfluß der arbeitenden Bevölkerung gesichert ist, können Begünstigung und Erpressung in der Wirtschaftspolitik zurückgehen!!!

Was bekommt der Senat bislang schon zurückbezahlt?

Die Bedingungen, zu denen z. B. Grundstücke an Firmen überlassen werden, sind für uns nur schwer einsichtig. Es gibt nur einen Posten von Globaleinnahmen aus Liegenschaften 31,1 Mill. DM. Wir können die Höhe der Mieten und Pachten annähernd schätzen: Als im Jahre 1970 die Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA), die als öffentliches Unternehmen bis dahin eine Sonderstellung innehatte, nach der neuen Hafenordnung (Bürgersch.-Drucksache VI 2800) anderen Hafenbetrieben gleichgestellt wurde, wurde ihr als Miete für ein Gelände von 148 ha, für Kaimauern von 14 km Länge, für Gleisanlagen jährlich 8,4 Mill. – inkl. des damals noch nicht fertiggestellten Container Terminals – auferlegt.

1968 hat Hamburg von 216 Mill. für den Hafen (inkl. Personalaufgaben etc.) nur 58 Mill. für Pachten, Hafengeld etc. zurückbekommen. Sie hat dem Hafen also einen öffentlichen Zuschuß von 158 Mill. gezahlt. Diese Kosten können und müssen erheblich verringert werden.

Wir fordern:

– Die indirekte Subventionierung der Großunternehmen durch niedrige Miet- und Pachtverträge ist zu stoppen! Hamburg muß im Gegenteil als Eigentümerin der wichtigsten für den Seegüterumschlag geeigneten Liegenschaften die Preise für Dienstleistungen so festsetzen, daß die Großkonzerne zugunsten der arbeitenden Bevölkerung spürbar belastet werden.

– Alle Förderungsmaßnahmen sind auf die Entwicklung gemeinwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Unternehmen zu richten. Grund und Boden, der sich schon im Eigentum der Stadt befindet, darf nicht verkauft werden!

– Kommunale Unternehmen dürfen nicht privatisiert werden. Die quasi Reprivatisierung der HHLA ist rückgängig zu machen.

– Marktbeherrschende und Schlüsselbetriebe sind in öffentliches Eigentum zu überführen!

Gegenwärtig sind folgende Punkte zur Finanzierung sozialer Aufgaben sofort durchzuführen:

– Miet- und Pachtbedingungen, die zumindest die jährlichen Investitionen des Senats decken. Dazu sind 5 Jahre nach Aufnahme der Produktion in einem geförderten Betrieb die übernommenen Kosten in jährlichen Raten von 20 Prozent zurückzuzahlen! Das würde nach einer Anlaufzeit eine jährliche Mehreinnahme von ca. 50 Mill. für Hamburg bedeuten!!!

– Die Preise für Dienstleistungen der Stadt im Hafen sind so zu erhöhen, daß kostendeckend gearbeitet wird. Was überall in der Gesellschaft selbstverständlich ist, zum „freien Wettbewerb" und zur Ideologie der „freien Marktwirtschaft" gehört, nämlich daß Leistungen zu ihrem Wert bezahlt werden, ist zumindest für die Konzerne durchzusetzen.

– Erhöhung des Hafengeldes von 40 auf mindestens 50 Pfg. pro Nettoregistertonne (NRT). Für Mineralöl von 40 Pfg. auf 1 DM (Rotterdam verlangt 1,40 DM für Mineralöl). Das würde eine Mehreinnahme von ca. 10 Mill. bedeuten.

– Betriebe, die sich diesen Maßnahmen durch Verlagerung ihrer Anlagen oder ihres Sitzes entziehen oder damit drohen, sind gemäß GG Art. 15 unverzüglich in öffentliches Eigentum zu überführen!

bildung unmöglich, politische Disziplinierung läßt ein Klima der Angst entstehen, die schlechte soziale Versorgung der Hochschulangehörigen zementiert das Bildungsprivileg. Zu einer Behebung der Misere gehört also mehr, als wir im folgenden gefordert haben. Wir beziehen uns bewußt nur auf den notwendigen materiellen Ausbau, der eine Diskussion um eine demokratische Bildungsreform erst wieder sinnvoll macht. Das berührt aber keineswegs unsere weiteren Forderungen, die wir für das Bildungssystem in der BRD stellen:

1. Grundlage für die Hochschulgesetzgebung müssen das 6-Punkte-Programm des vds und die bildungspolitischen Vorstellungen des DGB sein.

2. Die soziale Lage der Studenten muß durch eine Novellierung des BAFöG noch im kommenden Semester verbessert werden. In Hamburg muß ein einheitliches Studentenwerk für alle Hochschulen geschaffen werden. Diesem ist die alleinige Berechtigung zur Wohnraumvermittlung zu übertragen. Der studentische Wohnungsbau muß im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus vorangetrieben werden.

Wandern die Betriebe ab?

Wir sind nicht der Meinung, daß die Betriebe anwandern, wenn sie stärker zur Kasse gebeten werden.

Hamburg hat eine besonders günstige wirtschaftspolitische Lage!
In einem Umkreis von 150 km um den Rathausmarkt wohnen 10 Mill. Menschen. Eine ähnliche Menschenballung gibt es in der BRD nur noch in Düsseldorf und Frankfurt. Dazu kommt Hamburgs günstige Lage als Verkehrsknotenpunkt, mit Autobahnverbindung, Seeverbindung (Schiffe bis 75 000 tdw können Hamburg anlaufen) und der bevorstehende Anschluß ans Binnenwassernetz durch den Elbeseitenkanal. Hamburg hat sehr günstige Energiequellen, z. B. die Erdgasleitung zum Dollart-Ems-Gebiet (47 Prozent davon gehen in die Industrie) und die drei geplanten Atomkraftwerke Stade, Geesthacht und Brunsbüttel. Dazu kommt die Lage zwischen Skandinavien und West-Europa, die Entwicklung des Handels mit den sozialistischen Ländern, der einen großen Aufschwung gerade für Hamburg bringt. Hamburg liegt, wie in Werbebroschüren immer wieder betont wird, „im Kraftzentrum der Wirtschaftsblöcke Europas".
Dies Vorteile bringen den Betrieben Millionen jährlich.

Die Konkurrenz zwischen den Häfen ist sinnlos.
Diese angebliche Konkurrenzsituation wird von den Monopolen und ihren Vertretern im Staatsapparat immer wieder in den Vordergrund geschoben und hochgespielt, um von den Städten günstige Ansiedlungsbedingungen zu erpressen — wir haben Beispiele genannt, wir könnten weitere nennen. Das Argument wird gegenüber der arbeitenden Bevölkerung vorgeschoben, um horrende Summen, die solchen Konzernen wie z. B. Reynolds in den Rachen geworfen werden, zu rechtfertigen.
Diese sinnlose Konkurrenz nützt allein den Monopolen. Sie muß abgebaut werden durch Absprachen zwischen den Küstenländern, besonders zwischen Hamburg und Bremen. Dazu ist die Kontrolle der Verwaltung, in denen die Monopole personell vertreten sind, zu der sie Beraterverträge unterhalten oder andere „gute" Beziehungen haben, durch die Bevölkerung notwendig.

Die Beteiligung an den Investitionen bindet die Monopole an Hamburg.
In der Begründung der neuen Hafenordnung, die die Übernahme der Suprastrukturkosten durch die Unternehmer festlegt (s. o.), heißt es: „Größerer unternehmerischer Entscheidungsspielraum zusammen mit stärkerer finanzieller Beteiligung an den Hafeninvestitionen festigen die Bindung an den Hamburger Hafen." „Ein hohes privates Kapitalengagement" wird dadurch erkauft, daß „die neue Hafenordnung alle Beschränkungen und Hemmnisse aus dem Weg" räumt, „die dynamische und risikobereite Unternehmer davon abhalten könnten, vorausschauende und marktgerechte Investitionen vorzunehmen". Dies ist eine gefährliche Politik des Senats. Die Beseitigung „aller Hemmnisse" für „dynamische Unternehmer" kann nicht im Interesse der Hamburger Bevölkerung sein. Gleichzeitig zeigt aber die Argumentation des Senats die Unsinnigkeit des Abwanderungsarguments. Es wird angeführt, daß mit „stärkerer finanzieller Beteiligung die Bindung an den Hamburger Hafen" fester wird. Dem pflichten wir bei: je höher die Investitionen der Monopole für Infrastruktur, je deutlicher ihnen gemacht wird, daß es in Bremen auch nicht billiger sein wird, desto stärker die Bindung an den Hamburger Hafen. „Die bisherigen Erfahrungen z. B. in Rotterdam haben den Vorteil größerer Investitionsbeteiligung der Hafenwirtschaft deutlich gemacht."
(Alle Zitate aus Bürgerschaftsdrucksache VI 2800)

3. Die zu errichtende demokratische integrierte Gesamthochschule Hamburg muß neben allen Bereichen der heutigen fünf Hamburger Hochschulen die Fachschulen umfassen. Sonderhochschulen, wie Bundeswehrhochschulen, dürfen nicht eingerichtet werden. Die z. Z. bestehenden privaten Akademien und Fachhochschulen sind in die staatlichen Einrichtungen zu überführen. Ebenso alle bestehenden Forschungseinrichtungen. Die Planung der integrierten Gesamthochschule sind dem Gesamthochschulrat zu übertragen.

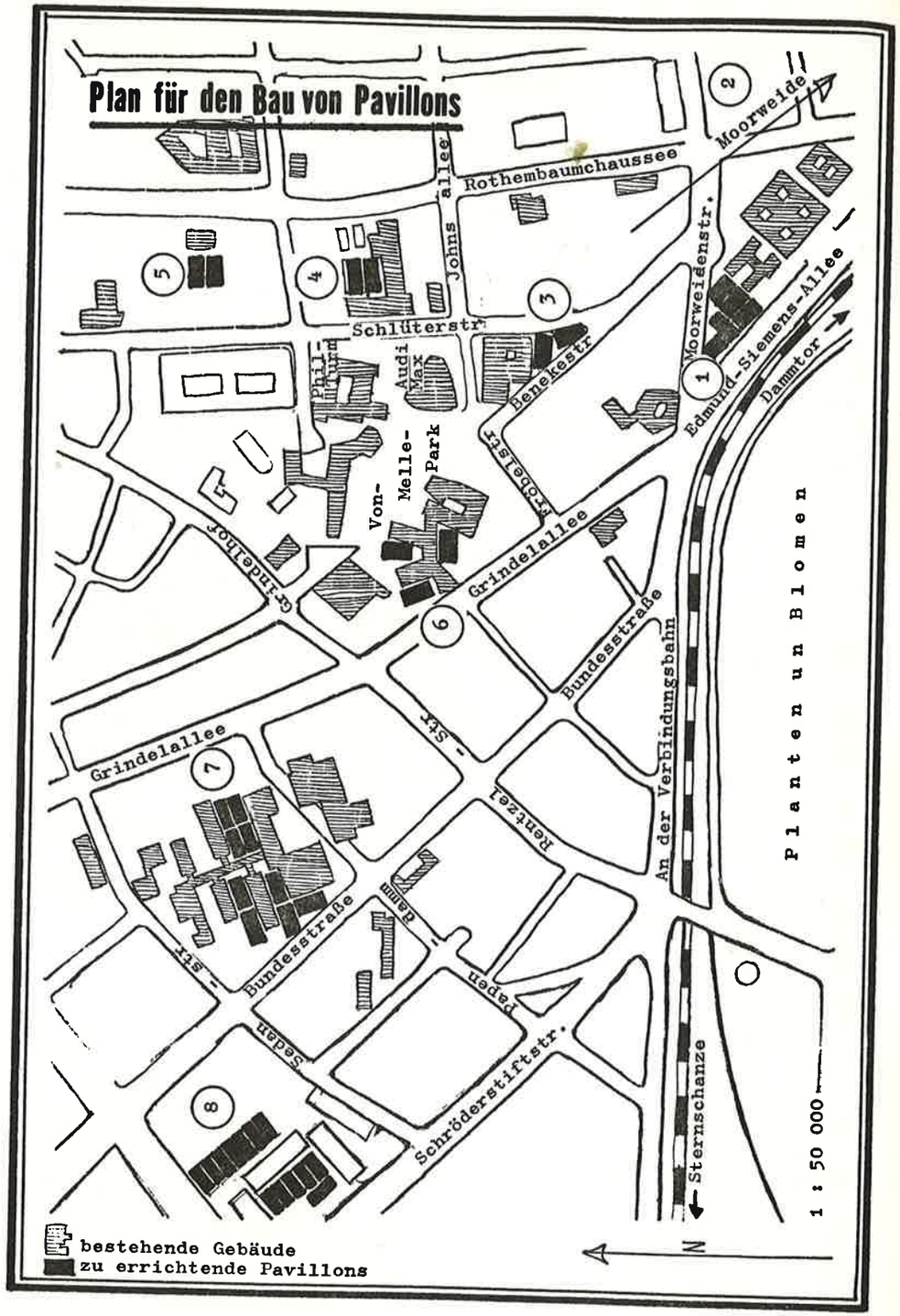
Forderungen zur Überwindung der Notsituation

Bei diesen Forderungen geht es dem MSB SPARTAKUS um folgendes:
1. Abwendung des Numerus clausus durch kurzfristige und schnell zu realisierende Überbrückungsmaßnahmen.
2. Überwindung der bestehenden Misere an den Hochschulen — z. B. zu geringe Zahl von Quadratmetern pro Student, zu wenig Lehrende pro Student — durch beschleunigten Ausbau des Hochschulwesens.
3. Einen am gesellschaftlichen Bedarf orientierten Ausbau des gesamten Hochschulwesens.
Eines der gravierendsten Probleme aller Hamburger Hochschulen ist der Raummangel. Gleichzeitig ein Problem, welches sich nach der langen Verschleppung nicht kurzfristig lösen läßt. Deshalb ist es für alle Betroffenen von großer Bedeutung, sinnvolle Überbrückungsmöglichkeiten zu finden. Eine dieser Möglichkeiten nennen wir vorweg:
Im Frühjahr 1973 wird eins der großzügigsten und zugleich umstrittensten Gebäude Hamburgs bezugsfertig, das Kongreßzentrum. Hier gibt es eine große Anzahl von Räumlichkeiten, die von der Lage und Ausstattung her alle Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Vorlesungs- und Seminarbetrieb bieten. In der zugespitzten Notsituation fordert der MSB den Senat auf, die Säle 5—17 den Hamburger Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Diese haben eine Kapazität zwischen 780 und 80 Plätzen (Sitzreihen) bzw. eine von 375 bis 40 Plätzen bei parlamentarischer Sitzordnung. Diese Maßnahme ist im Hinblik auf den Bestand des Wissenschaftsbetriebs notwendig und möglich. Nach unwidersprochenen Meldungen bestehen Schwierigkeiten bei der Vermietung der Räume. Unser Vorschlag in Ergänzung zu denen im folgenden von uns gemachten, würde die Hochschulen aufatmen lassen. Der Senat wirbt in einer Broschüre für das Kongreßzentrum: „Hamburg ist die Stadt der Kaufleute **und Wissenschaftler . . .**"
Der Beweis ist jetzt zu erbringen!

Universität

Aufhebung des Numerus clausus, Aufnahme aller Bewerber!!!

In diesem Semester stehen 3000 Bewerbungen (normale Bewerberzahl 4500) 2600 Studienplätze gegenüber. Die niedrige Zahl der Bewerbungen erklärt sich dadurch, daß die Mehrzahl der Abiturienten im Frühjahr kommt, und daß aufgrund des Numerus clausus Bewerber gleich an eine andere Hochschule oder in den



Beruf gegangen sind. Für das Sommersemester 1973 ist wieder mit einer normalen Bewerberzahl von 4500 zu rechnen. Das bedeutet bei normaler Abgangsquote von der Universität einen absoluten Zuwachs von 2400 Studenten. Diese Zahl dürfte eher zu niedrig angesetzt sein, da bis dahin als „Reaktion" auf den Hamburger NC auch die anderen Universitäten dicht gemacht haben dürften.

Um für diese 2400 zusätzlichen Studenten bis zum Sommersemester 1973 den bisherigen Hamburger Durchschnittswert an Nutzfläche zu erstellen (3,6 qm pro Student), sind 9130 qm erforderlich. Diese Erweiterung der Kapazitäten der Universität kann durch folgende Maßnahme erreicht werden:

Freie Flächen bei der Universität, die der Stadt gehören und für Bebauung bisher nicht vorgesehen sind, werden in Leichtbauweise bebaut. Dazu bieten sich die in Hamburg schon erfolgreich verwandten (z. B. Fachbereich Seefahrt) Alu-Pavillons mit Gasaußenwandheizung an. Diese bieten 170 qm Nutzfläche (zwei Seminar- und zwei Gruppenräume) und kosten ca. 150 000 DM. Um den oben berechneten Bedarf decken zu können, würden 58 eingeschossige Pavillons (Grundfläche 8 x 28,5 m) entsprechend 10 Mill. DM benötigt (150 000 DM pro Pavillon und ca. 30 000 DM für Anschluß an Kanalisation usw.).

Diese Mittel können z. B. kurzfristig aus folgenden Haushaltstiteln bezogen werden: Entspannungsfeindliche Propaganda 4,2 Mill., Deutsche Überseestiftung 2,5 Mill., Teil des Werbeetats 3,3 Mill. DM.

Wenn der Senat wirklich an der Priorität Bildung „festhalten" will, kann auf vorgeschlagene Weise der Numerus clausus überflüssig gemacht werden. Die Erteilung der Baugenehmigung dauert etwa vier Wochen. Bei sofortiger Herrichtung des Geländes durch das Gartenbauamt können dann nach den bisherigen Erfahrungen die Pavillons bereits von der zweiten Hälfte des Wintersemesters an benutzt werden.

Flächen sind genügend vorhanden. In der nebenstehenden Karte haben wir die möglichen Plätze für Pavillons eingezeichnet. Wir schlagen vor, die Flächen wie folgt zu nutzen:

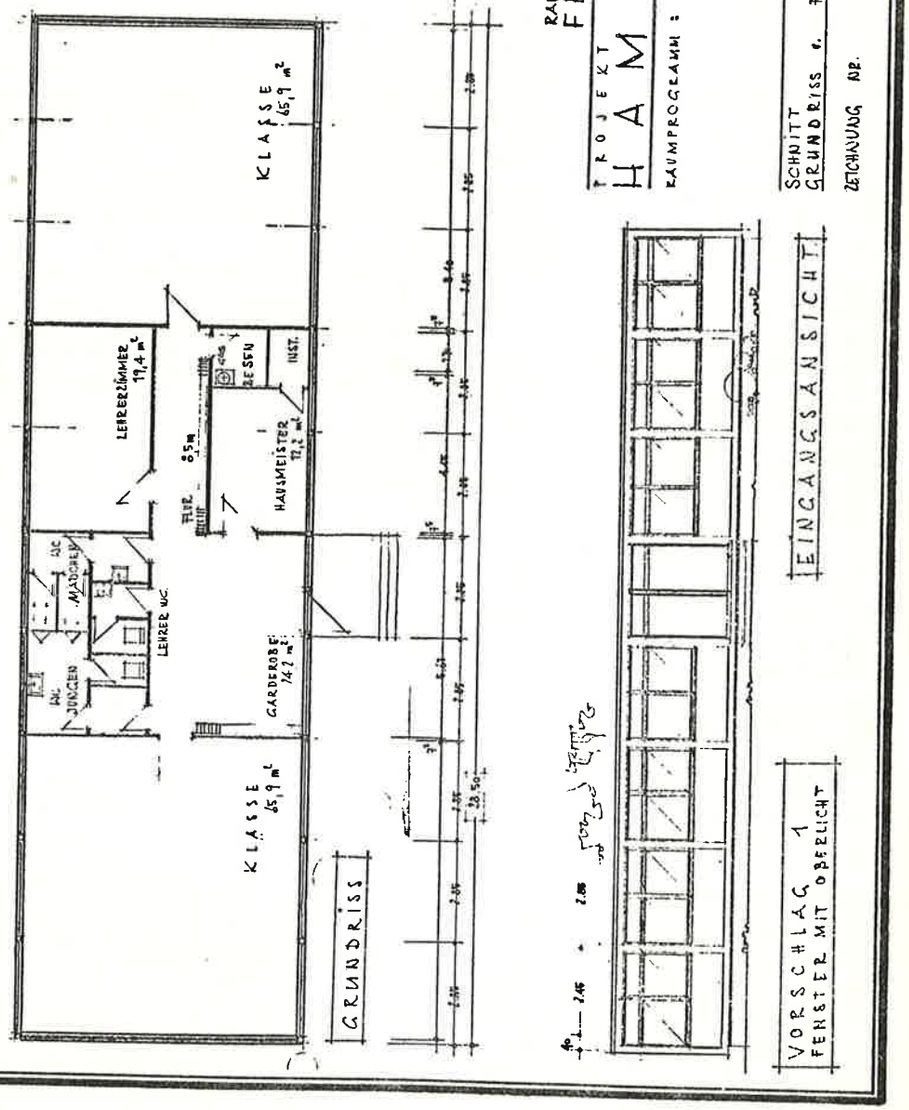
Nr.	Fläche	Pavillons
1	Ecke E.-Siemers-Allee/Moorweidenstr.	5
2	Moorweide	20
3	Benekestr./Schlüterstr.	2
4	Rechtshaus	2
5	Mathematisches Seminar	2
6	Mineralogisch-Petrographisches Institut	3
7	Chemisches Staatsinstitut	9
8	Gelände des zukünftigen Geomatikums	12
9	Experimentalphysik Jungiusstraße	3

Wir haben in unserem Plan nur Flächen in der Nähe der Universität vorgeschlagen. Natürlich ist es möglich in etwas größerer Entfernung noch geeignetere Flächen zu finden — aber auch in Uni-Nähe ist für die vorgeschlagene Übergangsregelung schon genügend Raum.

In unserem Vorschlag sind die Pavillons sehr eng gesetzt. Sollten hiergegen baupolizeiliche Argumente gebracht werden, weisen wir darauf hin, daß es in der gleichen Art auch zweigeschossige Pavillons gibt. Mit diesen läßt sich bei gleichen Kosten eine weniger dichte Bebauung erreichen. Unerwähnt darf nicht blei-

Typ A des in Hamburg schon oft erprobten Schulpavillons. Preis : 150 000 DM. Lehrerzimmer und Hausmeisterraum können als Gruppenräume, die Klassenräume als Seminarräume benutzt werden.
Mietpreis: halbjährlich 15 000 DM vom 1.-48. Monat. Ab 49. Monat 6 500 DM.

Reinigungskosten pro Pavillon und Jahr rund 2 000 DM



ben, daß diese Pavillons in Hamburg im Auftrag der Schulbehörde schon in einem Abstand von nur 24 cm (Brandmauer) gebaut wurden.
Wir verstehen diesen Vorschlag nicht als Dauerlösung, die Bereitstellung von Pavillons bedeutet keinen Verzicht auf die längst fälligen Baumaßnahmen. Gerade unter diesem Aspekt gewinnen die Pavillons ihre Bedeutung: sie können leicht aufgebaut werden (Fertigbau), sie können versetzt werden, sie müssen nicht gekauft werden, sondern sie können für eine bestimmte Zeit gemietet werden. (15 000 DM pro Halbjahr) Die Notmaßnahme „Pavillonbau" dient nur zur Vermeidung größerer sozialer Härten (in Hamburg fehlen 3450 Lehrer, Wartezeiten für Abiturienten usw.), sie kann in keinem Falle den Nachholbedarf der Universität Hamburg nach den offiziellen Flächenrichtwerten berühren.
Der MSB SPARTAKUS fordert daher, daß außer den bereits in Angriff genommenen Projekten (Geomatikum Sedanstraße, Verfügungsgebäude II Grindelallee und Verfügungsgebäude IV) alle anderen in der Mifrifi bis 1975 vorgesehenen Baumaßnahmen spätestens 1973 in Angriff genommen werden. Dazu gehören vor allem das Institutsgebäude in Eppendorf und der zweite Philosophenturm. Zur Finanzierung kann die Stadt Hamburg Kredite auf die zu beschließende Rückzahlung der Gelder für die Förderung der Konzerne aufnehmen (fast 100 Mill. DM im Jahr). Schon heute muß dafür gesorgt werden, daß Bodenspekulanten und Bauunternehmer die Baukosten nicht unnötig herauftreiben. Der Anteil des Bundes an der Hochschulfinanzierung muß erhöht werden. Kurzfristig sind Mittel weiterhin noch über Einsparungen bei den Vorbereitungen zur Internationalen Gartenbau-Ausstellung (IGA) frei zu machen. Die IGA soll nach den Plänen des Senats die „Hamburger Olympiade" werden. So soll dieses Spektakel, das auch der Hamburg-Werbung dienen soll, auf der Preisbasis von 1969 dem Steuerzahler 50 Mill. DM kosten. Der MSB SPARTAKUS hat nichts gegen schöne Anlagen in Planten un Blomen — im Gegenteil. Wir sind aber der Ansicht, daß, da ein vorbildliches Bildungswesen auch eine gute Hamburg-Werbung ist, hier Sparmaßnahmen zu rechtfertigen sind.
Alle Baumaßnahmen der Mifrifi zusammen decken allerdings nur den Flächenbedarf für einen ordnungsgemäßen Studienbetrieb der bereits jetzt Studierenden.

Gesamthochschulrat

Um die notwendigen Planungen darüber hinaus zu sichern, schlagen wir die Umbildung des Gesamthochschulbeirats in einen Gesamthochschulrat vor, dem die Planungen für die Gesamthochschule Hamburg übertragen werden. Gleichzeitig müssen in diesem Rat die Gewerkschaften, die ASten und das verwaltungstechnische Personal zusätzlich Sitz und Stimme erhalten. Dieser Rat hätte die Aufgabe, den gesellschaftlichen Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften zu vermitteln. Auf dieser Basis wären die Kapazitäten der Gesamthochschule Hamburg zu planen. Dies muß unter Berücksichtigung der allgemeinen hochschulpolitischen Entwicklung in der BRD geschehen, besonders muß darauf gedrängt werden, daß die Universitäten in Bremen, Oldenburg und Osnabrück schnell auf bedeutsame Kapazitäten ausgeweitet werden und Kiel merklich ausgebaut wird.

Stellenforderungen

Zur Überbrückung der Notsituation an der Universität gehören nicht nur bauliche Maßnahmen: Die Stellenplanforderungen der Universität von 8,5 Mill. DM sind unverzüglich zu bewilligen. Gleichzeitig sind bis zur Errichtung der dringend notwendigen Stellen die von den Fachbereichen geforderten Notmaßnahmen zu bewilligen. Dazu gehört vor allem die Ausweitung bzw. Einrichtung und Bezahlung studentischer Tutorien. Wir weisen darauf hin: Die Mittel für solche Forderungen sind gering, der NC kann so vermieden werden. Hier kann der Senat beweisen, ob er den für ihn „unvorhersehbaren" NC beseitigen oder ihn als Bedarfssteuerungsinstrument im Interesse der Wirtschaft aufrechterhalten will. Ein Beispiel der dringendsten Fälle an der Uni: Der Fachbereich Erziehungswissenschaften benötigt 280 000 DM für 125 Lehrbeauftragte und 125 studentische Tutoren. Dies würde zusammen mit der oben beschriebenen Raumlösung jeglichen NC im FBE überflüssig machen.
Wir fordern die sofortige Bewilligung dieser Gelder. Das heißt aber nicht, daß auf die ordnungsgemäßen Berufungen verzichtet werden kann. Solche Übergangslösungen sind schnellstens durch Stellenschaffung überflüssig zu machen. Am FBE heißt das für die nächsten zwei Jahre: 30 H 4-Stellen, 30 H 3-Stellen, 60 A 13/14-Stellen und 90 A 13-Stellen!
Gleichzeitig sind am Fachbereich Erziehungswissenschaften und an allen anderen Fachbereichen der Uni die Stellenpläne von 1975 (vgl. Bildungsbericht Teil II, 1970) vorzuziehen, um den allgemeinen Nachholbedarf zu decken. Es dürften keine Lösungen — wie im Bildungsbericht angedeutet — über Erhöhung der Lehrdeputate versucht werden. Ebenso sind alle Tendenzen zur Trennung des Lehrkörpers in „Forschungs"- und „Lehr"professoren abzulehnen.

Hochschule für Wirtschaft und Politik

Notsituation an der Hochschule für Wirtschaft und Politik verstopft zweiten Bildungsweg und macht Züge an der FOS zur sinnlosen Einrichtung!

Das Musterinstitut staatlicher Bildungsreformpolitik, die HWP, steht vor der gleichen Misere wie die anderen Hochschulen. Der bisher durch die Aufnahmeprüfung verschleierte Numerus clausus ist seit der fast totalen Nichtaufnahme der Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung sichtbar geworden. Dozenten sind überlastet und haben keine Räume, die Seminar- und Vorlesungsräume sind über ganz Hamburg 13 verstreut (u. a. finden Vorlesungen im Abaton-Kino statt), für das verwaltungstechnische Personal gibt es keine Stellenerweiterung. In dieser Situation müssen kurzfristig, noch in diesem Wintersemester, folgende Forderungen erfüllt werden:
1. Aufnahme von zusätzlich dreißig Fachoberschulabsolventen. Die Zusage dazu war bereits gegeben worden. Sie ist unbedingt zu erfüllen.
2. Eine zusätzliche Stelle für das Studentensekretariat. (Kosten für den Rest des Jahres: 4485 DM)
3. Räume für die Dozenten. Dazu bietet sich die Villa in der Johnsallee 47 (ganz in der Nähe der Hauptstelle der HWP, Mollerstr. 10), die jetzt, mit staatlichen Mitteln unterhalten, das Kuratorium Unteilbares Deutschland beherbergt. Dieses Kuratorium muß aufgelöst werden, das Gebäude ist für die HWP anzumieten.

Erste Maßnahmen

Diese allerdringlichsten Maßnahmen müssen dann im Verlaufe des Wintersemesters bzw. im Verlaufe des Jahres 1973 ergänzt werden: In Zusammenarbeit mit

Hamburg unterstützt die Monopole

Dazu aus dem unerschöpflichen Reservoir einige Beispiele der letzten Jahre:

	Vorhaben	unterstützte Firma	Mill.
750/685	Verlängerung der Kaimauern am Europakai	Lager und Speditions-ges. m.b.H.	5,4
750/686	Kaimauern am Distelkai Herrichtung für Freiladeumschlag	Paetz & Co	4,3
750/688	Wiederherstellung der Kaimauern am Ausrüstungskai der Howaldtswerke AG	Deutsche Howaldtswerke AG	6,7
750/670	Ausbau des Köhlfleets	Svenska Cellulosa und CCD	13,3
750/705	Erschließung einer Fläche am Köhlfleet	Svenska Cellulosa	5,8
750/707	Herrichtung einer Fläche am Burchardkai für den Containerumschlag	Hamburg-Amerika-Linien, Norddeutsche Lloyd, United States-Lines, (Conship GmbH & Co KG)	74,7
750/740	Erschließung von Industriegelände in Moorburg	Esso AG	10,5
750/694	Umbau der Kaianlage Afrikakai (Schuppen 55/56)	Scanservice	14,5
750/693	Ausbau des Kirchenpauerkais	Deutsche-Afrika-Linie	26,6
7200/892.02	Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (1970) Gesamtposten 41,0	Reynolds	40,0
7500/732.02	Erschließung eines Grundstücks im Hafenerweiterungsgebiet für ein Aluminiumwerk	Reynolds	11,0
7500/737.02	Modernisierung von Umschlag-anlagen am Kaiser-Wilhelm-Hafen	HAPAG	12,0
7500/743.06	Ausbau des Strandhöfts	Max Uhlig & Co	3,7
7500/753.02	Erschließung eines Grundstücks im Hafenerweiterungsgebiet	Korf Industrie und Handel GmbH & Co KG	23,5

Die einzelnen Beträge können sich durch spätere Korrekturen der Behörde, durch Einsparungen oder Verteuerungen, geringfügig nach oben oder unten verschieben. Wir haben hier nur einige der für uns relativ leicht herausfindbaren Förderungsmaßnahmen genannt. Andere „Hilfen", wie sie z. B. in solchen für uns nur schwer durchsichtigen Globalposten wie „Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft" stecken, sind hier nicht aufgeführt. Dieser Posten (7200/892.02) betrug in den letzten 3 Jahren als „Verpflichtungsermächtigung" weit über 300 Millionen!
Zu unseren Forderungen vergleiche Kasten:
„Gelder für die Förderung der Großkonzerne zurückzahlen."

dem Gesamthochschulbeirat (s. o.) ist die Kapazität der HWP so festzulegen, daß sowohl Plätze für die Prüfungskandidaten als auch für die Absolventen der Fachoberschule vorhanden sind. Der 2. Bildungsweg muß auf jeden Fall erhalten und ausgebaut werden. Jede Beschneidung der Möglichkeit über die Aufnahmeprüfung zur HWP zu gelangen, würde schrittweiser Abbau des 2. Bildungsweges bedeuten. Dies steht im Widerspruch zu dem Qualifizierungsinteresse der Berufstätigen. Im Zuge der Entwicklung der demokratischen Gesamthochschule lehnt der MSB die Einrichtung eines Parallelstudienganges zur HWP „Wirtschaft und Verwaltung" an der Fachhochschule für Absolventen der Fachoberschule ab. Das würde (neben der unökonomischen Doppelkapazität) bedeuten:

- Rückschritt zum verschulten Fachhochschulbetrieb, zum Schmalspurstudium
- Aufgabe des breiten 4-Fächerstudiums an der HWP
- Aufgabe der erkämpften Fortschritte an den Lehrplan- und Prüfungsordnungen der HWP.

Deshalb: Kein Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung an der Fachhochschule, sondern Ausbau der HWP!

Dazu gehört als erstes die Bewilligung der Stellenplanforderung des Hochschulrats der HWP für die bereits erfolgte Ausbaustufe (Studienbeginn zweimal im Jahr): 3 H 4-Stellen, 2 A 13/14-Stellen, 6 II a-Stellen, 1 UZ-Stelle, 2 VII-Stellen, 1/2 VII-Stelle und 4 IXb/VII-Stellen. Mehrbelastung für den Haushalt: 535 650 DM.

Monopole erpressen Hamburg

Die Erpressungen Hamburgs durch die Großkonzerne sind meist sehr „vorsichtig" formuliert. Dennoch sind die „Winke mit dem Zaunpfahl" recht deutlich zu erkennen. Wir nennen zwei Beispiele:

Beim ersten geht es um die „Herrichtung einer Fläche am Burchardkai für den Containerumschlag". Ausgangspunkt sind die Planungen in den USA (1966), das Containersystem auf den internationalen Verkehr USA—Europa auszudehnen.

„Da es sich hierbei um potente, teilweise von der amerikanischen Industrie gestützte und durch Regierungs-Subventionen geförderte Großunternehmen handelt, erfolgt der Start im transozeanischen Containerverkehr in ‚amerikanischen Dimensionen'."
(Bürgerschaftsdrucksache VI 95)

Um zu sehen, wer von der BRD-Seite „potent" genug ist, sich in diese „amerikanischen Dimensionen" zu werfen, folgendes Zitat (a.a.O.):

„Um in diesem Konkurrenzkampf mit den ‚newcomern' bestehen zu können, haben sich die seit Jahrzehnten in dieser Relation tätigen nationalen Großreedereien, die Hamburg-Amerika-Linie, der Norddeutsche Lloyd und die United States Lines, zusammengeschlossen, um im Rahmen eines Gemeinschaftsdienstes ebenfalls Containerverkehr zu entwickeln . . .

Offensichtlich aus derselben Grunderkenntnis heraus haben sich die bedeutendsten deutschen Seehafen-Spediteure entschlossen, vor allem diesen Gemeinschaftsdienst der traditionellen Nordamerika-Reedereien zu fördern. Zur gemeinsamen Entwicklung des Containerverkehrs wurde in Hamburg die Conship G.m.b.H. & Co. K.G. gegründet, an der vier Reedereien und bisher zehn der bedeutendsten Speditionshäuser beteiligt sind. Gerade diese enge Zusammenarbeit zwischen Reedereien und Speditionsfirmen, die auf Grund ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit über große Erfahrungen und gute Geschäftsbeziehungen zu der Verladerschaft beiderseits des Atlantiks verfügen, bietet günstige Voraussetzung für die Entwicklung des Containerverkehrs ab Hamburg, auch im Wettbewerb zu den zunächst ab Beneluxhäfen und Bremen fahrenden Containerdiensten der neu in den Atlantikdienst eingetretenen Reedereien."

Nach dem Lob dieser Monopolisierung und dem unvermeidlichen Hinweis auf die Konkurrenz zu den Beneluxländern, kommt man auf den Kern:

„Voraussetzung hierfür und damit auch für die Erhaltung der bisher bedeutenden Position Hamburgs im USA-Verkehr — Jahresvolumen insgesamt 5 Millionen t, davon 1,2 Millionen t Stück- und Sackgut — ist jedoch, daß Hamburg dem Gemeinschaftsdienst eine Anlage zur Verfügung stellt."

D. h. sollte man nicht bereit sein, diese Anlage zu bauen, gibt es keinen Containerverkehr in Hamburg und die wirtschaftliche Bedeutung des Hafens geht zurück.

Daraufhin ließ der Senat die Kleinigkeit von 6 570 000 DM springen. Dieser Betrag erhöhte sich in den darauffolgenden Jahren: 1968 auf 9 550 000 DM, 1969 auf 20 900 000 DM, 1970 auf 31 400 000 DM und schließlich auf 74 700 00 DM im Jahre 1971! Tatsächlich: „amerikanische Dimensionen"!

Im zweiten Beispiel geht es um den „Umbau der Kaianlage Afrikakai (Schuppen 55/56)". Die Gesamtkosten der Maßnahmen betragen 24 Millionen DM.

„Zwei Firmen, die drei namhafte, überwiegend im Ostasienverkehr tätige Reedereien vertreten, sind bereit, der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) Darlehen anzubieten. Die Firmen hoffen, dadurch zur Verbesserung der Bedingungen für die Abfertigung ihrer Liniendienste beizutragen.

Die HHLA hat inzwischen mit den beiden Firmen Verträge abgeschlossen, in denen sich diese zur Hergabe von Darlehen in Höhe von je 5,0 Millionen DM für den Ausbau der Kaianlage Afrikakai verpflichten, wenn die Freie und Hansestadt Hamburg sich bereit erklärt, den über die 10,0 Millionen DM hinausgehenden Betrag von 14,5 Millionen DM bereitzustellen."
(Bürgerschaftsdrucksache VI 325)

Hier handelt es sich um die Firma „Scanservice", die eine dänische, eine norwegische und eine schwedische Reederei vertritt. Ein echtes Beispiel „freier" Marktwirtschaft. Die Anwendung des Artikels 15 GG müßte ins Auge gefaßt werden. Besonders auffällig ist, daß sich in den angeführten Beispielen die rechte SPD-Führung im Senat die Argumentation der Firmen zu eigen macht. Die Drohungen der Firmen wären hinfällig, wenn der Senat im Sinne des Artikels 15 GG entschlossen verfahren würde. Aber auch hier zeigt sich, daß ohne Druck von unten vom Senat keine Aktivitäten im Sinne der arbeitenden Bevölkerung zu erwarten sind!

Ausbau der HWP

Eine Nichtgenehmigung bzw. eine Einschränkung dieser Forderung (wie bereits durch den Senat verfügt) bedeutet eine Senkung des Ausbildungsniveaus. Diese Minimalforderung trägt darüberhinaus nicht einmal dazu bei, den Numerus clausus spürbar zu senken. Deshalb fordert der MSB eine weitere Ausbaustufe: Heraufsetzung der Lehrgangsstärke auf 220 ab Sommersemester 73. (Schlüssel von 2. Bildungsweg zu Fachoberschule 3 : 1). Das schließt ein die Bewilligung von 50 Prozent der bisher geforderten Stellenerweiterung bereits 1973:

2 H 4-Stellen, 2 A 15-Stellen, 4 A 13/14-Stellen, 8 II a-Stellen, 2 VII-Stellen und 2 IXb/VII-Stellen. Der überproportionale Zuwachs wird durch Sprungkosten verursacht, die durch die notwendige Teilung von großen Lehrgängen entstehen. Abzüge sind nicht vertretbar. Die Forderung bedeutet haushaltsmäßig eine Mehrbelastung von 631 400 DM.

Beide Forderungen müssen durch Lösung der an der HWP besonders brennenden Raumfrage ergänzt werden. Da kurzfristig bauliche Maßnahmen schwierig sind (aus technischen Gründen und durch den geforderten Pavillonbau für die Universität), fordert der MSB:

Bereitstellung von Seminar- und Vorlesungsräumen im Kongreßzentrum. Ein

Bruchteil der dort vorhandenen Kapazitäten reicht für einen ordnungsgemäßen Studienbetrieb aus. Auch die Lage ist relativ günstig.
Langfristig ist die Kapazität der HWP so auszuweiten, daß weder für Fachoberschüler noch für den 2. Bildungsweg eine Studienbeschränkung besteht. (Prognose: 3-fache Kapazität bezogen auf den jetzigen Stand). Das bedeutet: Unterbringung in einem mit der Gesamthochschule zu planenden Gebäude, da jetzt schon klar ist, daß der Senat sein Versprechen, die HWP in das jetzige WISO-Gebäude der Universität einziehen zu lassen, nicht halten kann, – aus dem WISO-Gebäude wurde inzwischen das Verfügungsgebäude IV.

Hochschule für Musik und darstellende Kunst

Engpässe an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst

Einen „offiziellen" Numerus clausus gibt es bisher an der HFM nicht. Doch läßt sich ohne weiteres behaupten – zumindest für die Schulmusik –, daß er geschickt umgangen wurde: die Aufnahmeprüfung bestanden immer so viele Kandidaten, wie es Studienplätze an der HFM gab. Der MSB fordert deshalb eine Revision des Prüfungsverfahrens und die stimmberechtigte Teilnahme von Studenten bei der Prüfungsdurchführung. Um einen ordnungsgemäßen Studienbetrieb zu gewährleisten und um die notwendige Erweiterung der HFM sicherzustellen, fordert der MSB:
Sofortige Beendigung des 1. Bauabschnitts des Neubaus der HFM, damit dieser endlich der ständig wachsenden Zahl der Studierenden zur Verfügung steht. Unverzügliche Bereitstellung der Mittel für die Erteilung des Planungsauftrages für den 2. und 3. Bauabschnitt des Neubaus in den Eventualhaushalt und sofortige Einsetzung der Baukosten dieser Abschnitte in die mittelfristige Finanzplanung. Neben den baulichen Maßnahmen sind die Mittel für die Durchführung des notwendigen Lehrangebots im Hinblick auf die bereits erlassenen Lehrpläne im Bereich der musikpädagogischen Abteilung bereitzustellen (sog. „Hamburger Modell"). Der Erlaß einer neuen Ausbildungsordnung für Musiklehrer an Gymnasien entbehrt bis zur Stunde notwendiger personeller und sachlicher Mittel und ist deshalb z. Z. nicht durchführbar. Außerdem sind Mittel für eine 2. Unterrichtsstunde im künstlerischen Hauptfach bereitzustellen. Für die Studenten der Instrumentalklassen hat diese Forderung geradezu existentielle Bedeutung und ist unerläßlich, um der internationalen Entwicklung Stand zu halten.

Hochschule für bildende Künste

Hochschule für bildende Künste zu 100 Prozent überbelegt!

Konzipiert war die HBK für 600 Studenten, „total erschöpft" ist sie bei einer Zahl von 900, das gestand ihr der Senat im Bildungsbericht 70 zu, studieren tun heute 1200 an der HBK. Außerdem können von 500 Bewerbern zum Wintersemester 72/73 nur ca. 120 mit der Zulassung rechnen. Einem „verhängten Numerus clausus" weicht man hier kunstvoll aus: es werden bei der Begabungsprüfung immer gerade soviele Begabungen entdeckt, wie Plätze da sind. Der Bedarf an Kunstpädagogen, Designern und Architekten ist längst nicht gedeckt, Entfaltungsmöglichkeiten für den künstlerischen Nachwuchs müssen bereitgestellt werden. Doch

auch diejenigen, die für „begabt" befunden wurden, haben damit noch keinen realen Studienplatz. Bei der Überbelegung ist nur für Studenten mit starken Ellenbogen ein Arbeitsplatz vorhanden und der ist bei einem künstlerischen Studium unbedingt notwendig. Ein Vorlesungssaal läßt sich mit Stehplätzen vollpropfen, ein Fotolabor nicht. Aber auch nachdem sich der „Begabte" zum Arbeitsplatz durchgeschlagen hat, beginnt das Studium noch nicht, da er Material benötigt und dem einzelnen Studenten kein Lernmaterial zur Verfügung steht, trifft ihn jetzt der soziale Numerus clausus mit voller Härte. Die Preise für solches Material sind „kunstvoll" hochgeschraubt, was man von den staatlich zur Verfügung gestellten Mitteln nicht behaupten kann: würde man den Etat für Lernmittel der Filmstudenten gleichmäßig auf diese verteilen, so könnte jeder 6 Schwarz-Weiß-Fotos machen. Von den 1971 und 1972 geforderten Investitionsmitteln für Lernmittel

Entspannungsfeindliche Propaganda streichen!

Zur Überbrückung der Notsituation an den Hamburger Hochschulen sind folgende Titel des Einzelplans 4 des Hamburger Haushalts sofort dem Ausbildungswesen zur Verfügung zu stellen. In den nächsten Haushalten sind die u. g. Summen gleich dem Bildungshaushalt zuzuschlagen.

Einzelplan 4, 4340:

Titel 681.11	Bargeldhilfen für Besucher aus der DDR, Ostberlin und den ost- und südosteuropäischen Vertreibungsgebieten:	2 475 000 DM
Titel 681.12	Sonstige Hilfen für Besucher aus der DDR und Ost-Berlin:	900 000 DM
Titel 681.13	Fahrtvergünstigungen für Besucher aus der DDR und Ost-Berlin:	630 000 DM
Titel 684.01	Zuschuß an Verbände der Vertriebenen und Flüchtlinge und Organisationen der Kriegsgeschädigten*):	20 000 DM
Titel 684.02	Zuschuß an das Landeskuratorium Unteilbares Deutschland:	80 000 DM
Titel 684.03	Kosten der Unterbringung von Verbänden der Vertriebenen, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigten und des Landeskuratoriums Unteilbares Deutschland:	70 000 DM
Titel 684.04	Förderung kultureller Aufgaben im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz:	25 000 DM
EP 3:		
Titel 684.04	Innerdeutsche und Internationale Jugendarbeit 390 000 DM davon 2/3 für Mauerfahrten:	250 000 DM

Gesamtsumme 4,5 Mill.

Während die Fahrpreise der Nahverkehrsmittel unverschämt heraufgesetzt werden, die berechtigten Forderungen der Rote-Punkt-Aktion unberücksichtigt bleiben, soll den „Brüdern und Schwestern aus der Zone" ein paradiesischer Westen vorgegaukelt werden: Man bekommt Geld geschenkt (681.11), Nahverkehrsmittel sind kostenlos (681.13), usw. Der Senat fürchtet wohl mit Recht, daß den Besuchern aus der DDR die Augen überlaufen, wenn sie unsere Fahrpreise sehen. Anstatt unverantwortliche Propaganda zu veranstalten und das entspannungsfeindliche Treiben der rechtsextremen Vertriebenenverbände zu finanzieren, sollte der Senat

- **das Geld für die dringenden sozialen Reformen verwenden;**
- **seinen Beitrag zur Anerkennung der DDR leisten.**

Das würde dem Geist der Verträge von Moskau und Warschau entsprechen.

* hiermit sind nur materiell Geschädigte gemeint

Einzelplan 8 muß durchforstet werden!

Nicht in allen Einzelplänen des Hamburger Haushaltes sieht man die streichbaren Posten bereits beim flüchtigen Durchsehen wie im Einzelplan 4 (Vergleiche Kasten vorher).

Deshalb rufen wir alle Demokraten und fortschrittlichen Organisationen auf:
Durchleuchtet den Hamburger Haushalt, zeigt die falschen Prioritäten auf, mehr für Hamburg, weniger für die Monopole!

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist der Einzelplan 8. Hier verbirgt sich hinter einer Reihe scheinbar harmloser Einzeltitel im Rahmen der Ausgaben für die Polizei (8500), des Zivilschutzes (8580) und des Verfassungsschutzes (8590) eine Reihe von Geldern, die gegen die Interessen der Mehrheit der Hamburger Bevölkerung ausgegeben werden.
Natürlich brauchen wir eine Polizei, aber brauchen wir Polizeipferde? (Titel 515.03 = 242 000 DM oder zwei Schulpavillons!)
Diese Pferde haben lediglich die Aufgabe, Demonstrationen z. B. gegen den Numerus clausus auseinanderzutreiben!
Natürlich brauchen wir einen wirksamen Katastrophenschutz. Die Flutkatastrophe von 1962 ist in mahnender Erinnerung. Aber was verbirgt sich hinter den Ausgabentiteln des Katastrophenschutzes? Nichts weiter als versteckte Ausgaben für die entspannungsfeindliche NATO-Politik, an der so auch der Hamburger Senat mitwirkt. Z. B.:

Unter dem Titel 412.01 wird aufgeführt: Aufwendung für ehrenamtlich Tätige = 101 000 DM (oder Planstellen für A 15-Stellen). Nichts gegen einzuwenden, ehrenamtlich Tätige im Katastrophenschutz? Aber forscht man weiter, so ergibt sich: es handelt sich um die Bezahlung von Fernmeldekräften aus Anlaß von Schulungen und zweier Stabsrahmenübungen auf NATO-Ebene.

Dem Geist der Verträge von Moskau und Warschau entsprechend fordern wir:
- Strenge Kürzungen im Einzelplan 8 des Haushalts.
- Zur Verfügungstellung der Gelder für die Hamburger Schulen und Hochschulen.

Das Geld für den Verfassungsschutz (Einzelplan 8, 8590) von 1 409 000 DM für ein Jahr kann besser verwandt werden als zur Bespitzelung von Demokraten.
Der Titel 514.01 (EP 8, 8500) „Haltung von Dienstfahrzeugen" bei der Polizei von 2,65 Mill. DM läßt sich bestimmt erheblich senken, wenn man allein die darunterfallenden „88 Sonderfahrzeuge" (Panzerwagen, Wasserwerfer u. ä.) bedenkt.
So lassen sich noch viele Titel durchgehen. Sie allein reichen aus zur Linderung der akuten Notstände an den Hochschulen. Längerfristig kann das Bildungswesen natürlich nur gesunden und den Interessen der werktätigen Bevölkerung entsprechend ausgebaut werden, wenn die Prioritäten der Wirtschaftspolitik neu gesetzt werden, wenn eine wirksame Mitbestimmung der Gewerkschaften und aller Betroffenen erkämpft ist, wenn die Macht der Monopole zurückgedrängt wird.

wurden vom Senat nur 1/3 bewilligt (1971 190 000 DM, 1972 200 000 DM). Da der gesamte Maschinenpark der Hochschule an vorindustrielle Produktionsformen erinnert, können die modernen Werksverfahren in der Malerei, Plastik und Graphik kaum angewendet werden. Das ist die Situation an „Deutschlands interessantester Kunststätte", wie der Senat die HBK in einer der letzten Drucksachen nannte. Welche „Ausbaupläne" der Senat in Hinblick auf den künstlerischen Bereich hat, findet man an ganz anderer Stelle, im Entwicklungsprogramm der Fachhochschule. Hier steht ganz unmißverständlich, daß der Fachbereich Gestaltung der Fachhochschule trotz Überbelegung und Numerus clausus nicht ausgebaut werden soll. Begründung: im Zuge der Entwicklung von integrierten Studiengängen würden die Studenten der Fachhochschule doch an der HBK studieren. Wahrscheinlich rät man den an der HBK abgewiesenen Bewerbern, sich an der

Fachhochschule zu bewerben. Mit dieser beschämenden Praxis muß Schluß gemacht werden. Der MSB fordert: Bereitstellung der Mittel für den Ausbau der HBK. Ein Erweiterungsprogramm der HBK liegt vor. Dieser ist durchzuführen. In der Übergangszeit sind auf dem zur Schule gehörenden Gelände zweistöckige Pavillons zu errichten (Typ wie bei der Universität), gleichzeitig muß im bestehenden Gebäude mit einer besseren Innenraumaufteilung begonnen werden. Die bisher nicht bewilligten Mittel für Lehrinvestitionen sind über Nachtragshaushalt bereitzustellen. Die personelle Lehrkapazität ist besser zu nutzen. Statt H 4-Stellen für Kunststars, die nur zweimal im Semester in der Schule auftauchen, zu verschwenden, sind die Stellenplanforderungen vor allem in Hinblick auf die notwendigen wissenschaftlichen Beifächer, die die Hochschule gefordert hat, zu erfüllen.

380 000 DM für Herrensport

In fast allen Fachbereichen und Abteilungen der Hamburger Hochschulen wird selbst bei kleinsten Forderungen zur Durchführung eines halbwegs ordnungsgemäßen Lehrbetriebs, sei es ein Bildwerfer, eine zusätzliche Verwaltungsstelle, ein Raum, auf die Finanzknappheit der Hansestadt verwiesen und diese Forderungen werden im Regelfalle abgelehnt. Und das, obwohl es sich um Summen zwischen 3000 und 30 000 DM zur Rettung des Status quo handelt. Welche Summen der Senat bereit ist für so wichtige Aufgaben wie die Förderung von Rennvereinen auszugeben, dazu vergleiche den Einzelplan 7 des Hamburger Haushaltes.
Um die oben genannten Forderungen jetzt und kurzfristig durchzusetzen, fordert der MSB folgende Streichungen oder Überprüfungen im Einzelplan 7, 7700:

Titel 519.01	Unterhaltung der Horner Rennbahn	=	177 000 DM
Titel 564.01	Verwendung zweckgebundener Einnahmen zur Förderung des Pferdesports	=	250 000 DM
Titel 697.02	Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer	=	4 608 000 DM
Titel 697.03	Förderung des Pferdesports	=	380 000 DM

Die zuletzt genannte Summe reicht aus für die Förderung von 79 Studenten über ein Jahr mit 400 DM pro Monat!
Nicht nur, daß der Hamburger Senat in der Wirtschaftspolitik den Monopolherren hilft, ihre Profite auf mühelose Weise zu realisieren, zusätzlich finanziert er auch noch die Freizeit dieser Herren. Denn was verbirgt sich z. B. hinter dem Titel 697.03? — ganz abgesehen davon, daß sich auch über eine tatsächliche Förderung des Pferdesports streiten ließe. Niemand wird ernstlich behaupten, daß dieser z. B. der Volksgesundheit dient! Aber darum geht es auch gar nicht, da die oben genannten Gelder nämlich dem Hamburger Rennclub e.V. und dem Norddeutschen und Flottbeker Reitverein zufließen! Ein Verein, dessen jetziger Vorsitzender auf der letzten Jahreshauptversammlung in einer Diskussion um die Finanzen des Vereins darauf hinwies, daß man noch unbelastete Grundstücke (ca. 26 000 qm in Flottbek und ca. 27 000 qm in Rissen) und eine stille Reserve von 5 Mill. DM besitze. Dieser Vorsitzende bezeichnete sich übrigens selber „als Inhaber einer gut renommierten Firma". Mit im Vorstand, um deutlich genug zu machen, um was für einen „Sport"verein es sich hier handelt, war Manfred Prinz zu Bentheim und Steinfurth. Dies sind keine Ausnahmen. Das Vereinsregister bringt noch mehr zu Tage: der gesamte Vorstand besteht und bestand aus „gut renommierten Inhabern" und Junkernnachfahren (2. Vorsitzender 1965: Johann Christian Freiherr von Jenisch). Am Institut für Leibesübungen halten die Studenten mit Mühe den Unterricht aufrecht: es gibt zu wenig Dozenten, keine von den Professorenstellen ist besetzt! Ein Bruchteil der oben genannten Summen, die der Senat für die Freizeitgebaren der ehemaligen und neuen herrschenden Klasse ausgibt, würde genügen, um die Lehrkräfte für den Sportunterricht auszubilden, die wir so nötig brauchen.

Das Ausbauprogramm muß in Gemeinschaftsplanung mit dem Fachbereich Gestaltung und der HFM Teil der Entwicklung der demokratischen Gesamthochschule unter Verantwortung des Gesamthochschulrates sein.

Fachhochschule

Neugründung Fachhochschule steht kurz vor dem Scheitern!

An der Fachhochschule herrscht zwar kein totaler Numerus clausus wie an der Universität, doch wurden im Wintersemester nur 44,7 Prozent aller Bewerber zugelassen. In erheblichem Maße sind davon diejenigen betroffen, die bisher mit abgeschlossener Berufsbildung und Mittlerer Reife an der FHS studieren konnten: die Kinder von Arbeitern und Angestellten. Ohne den Weg über die FOS, den sie sich finanziell meist nicht leisten können, besteht nach § 59 FHG nur noch bis 1974 die Möglichkeit eines Studiums an der FHS. Damit standen vor allem die Absolventen der Fachoberschule (wie an der HWP) vor dem Nichts. Ihr Abschluß berechtigt nur zur Aufnahme an der Fachhochschule, die Fachoberschule wurde so zur Sackgasse. Diese Entwicklung war unnötig. Sie war selbst bei den gegebenen Haushaltsprioritäten in diesem Ausmaß vermeidbar, wenn der Senat die öffentliche Einrichtung Fachhochschule nicht zum Spielball der Interessen des Herrn Körber gemacht hätte (siehe Seite 38). Wenn man allerdings 2/3 der vorgesehenen Investitionen für einen einzigen Fachbereich (Körbers „Privathochschule", der Fachbereich Produktions- und Verfahrenstechnik in Bergedorf) ausgibt, kann man sich nicht, wie der Senat, als jemanden hinstellen, der von der „Entwicklung überrascht wurde". Die Situation ist grotesk: Numerus clausus an 7 Fachbereichen, ungenügende räumliche Ausstattung an 12 von 13 Fachbereichen, gleichzeitige Unterbelegung des modernsten Schulbaus in Hamburg, dem 13. Fachbereich der Fachhochschule in Bergedorf!

Elektrohochhaus bauen

Zur Behebung des Numerus clausus an den technischen Fachbereichen fordert der MSB daher: Stopp der weiteren Bauabschnitte am Fachbereich Produktions- und Verfahrenstechnik in Bergedorf. Nutzung der jetzt schon freien Kapazitäten durch die überfüllten Fachbereiche. Das würde bedeuten: ca. 360 Plätze stehen für die überfüllten Fachbereiche am Berliner Tor zur Verfügung. Die frei werdenden Gelder aus Bergedorf sind für den sofortigen Beginn des lange geplanten Elektrohochhauses (2. Bauabschnitt Berliner Tor, z. Z. im Einzelplan 3 unter dem Titel 706.01 mit 0,0 Mill. DM ausgewiesen) zu verwenden. Die stillschweigend vorgenommene Planung, statt eines Elektrohochhauses ein billigeres Verfügungsgebäude zu bauen, muß zurückgenommen werden. Rechnet man zu den Geldern aus Bergedorf die Investitionszuschüsse des Senats für die private Schiffbauversuchsanstalt für 1973/74 von 3,4 Mill. DM hinzu (siehe auch Seite 68), so stehen dem Ausbau der technischen Fachbereiche schon wieder ca. 10 Mill. DM zusätzlich zur Verfügung. Außerdem fordert der MSB die unverzügliche Aufnahme des Fachhochschul- und Kunsthochschulbaus in die Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a GG. Dies würde für Hamburg bis 1975 48 Mill. DM bedeuten. Dies darf aber nicht dazu führen, daß über den Umweg der Kürzung der Mittel der Hanse-

Großzügige Unterstützung von Kolonialforschung

Während an den Fachbereichen der Fachhochschule eine demokratisch kontrollierte Forschung wegen „fehlender" Mittel nicht möglich ist, und damit die Umwandlung der ehemals Höheren Fachschulen in Fachbereiche einer Fachhochschule zur Farce geworden ist, unterstützt der Senat großzügig Kolonialforschung der alten und neuen Kolonialisten Krupp, Woermann und Co. 1,379 Mill. DM für Forschung und Lehre der Fachhochschule sind im Jahre 1972 im Haushalt ausgewiesen (d. h. Forschung findet nicht statt), aber allein 2,480 Mill. DM erhält die „Stiftung Deutsches Überseeinstitut". 280 000 DM erhält der „gemeinnützige" Afrikaverein (eng verflochten mit dem Überseeinstitut). Ein Zusammenschluß all jener Konzerne, die gemeinsam versuchen, mit staatlichen Geldern ihre Kapitalinteressen gegen die Interessen der jungen Nationalstaaten in Afrika durchzusetzen. 280 000 DM, das sind genau 10 Planstellen für die Gewerbelehrerausbildung am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Uni (z. B.), die allein in der Lage wären, die bestehenden Engpässe abzubauen.

7100 685.01 Zuschuß an die Stiftung Deutsches Überseeinstitut = 2,48 Mill. DM
7200 685.03 Zuschüsse im Rahmen der Förderung der Beziehungen zu den Entwicklungsländern = 0,28 Mill. DM*

* Das heißt, wenn man nachforscht: Zuwendungen an den „Technisch-wirtschaftlichen Dienst der Ländervereine des Afrika-Vereins e.V. Hamburg".

Zur Verdeutlichung: Das Deutsche Überseeinstitut und seine 4 Regionalinstitute forschen fernab jeder demokratischen Kontrolle, ohne irgendeinen Studienplatz zur Verfügung zu stellen, über Themen wie „Grundzüge des Niederlassungsrechts in den afrikanischen Staaten". Diese Erkenntnisse dienen dann dem Kolonialklub „Afrika-Verein" für dessen Lobbyistentätigkeit in seiner „Außenstelle" Bonn und für seine Tätigkeit direkt in Afrika („Technisch-Wirtschaftlicher Dienst"). Dazu sind die Geschäftsberichte von 65 bis 72 ein beredtes Zeugnis. Ab und zu widmet sich der Verein allerdings auch „naheliegender" Aufgaben, wie dem Versuch, einen unbequemen Konsul eines afrikanischen Landes aus Hamburg ablösen zu lassen. Denn man konnte nichts gegen ihn unternehmen, da er „das Vertrauen seines Botschafters in Bonn besaß".
(Aus den Vorstandsberichten.)
Mitglieder im Afrika-Verein sind 324 Firmen und 46 Einzelpersonen. Leider, so der letzte Geschäftsbericht, stagniert die Mitgliederzahl aufgrund von Fusionen der Mitgliedsfirmen. Unter diesen Firmen und vor allem durch Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder im Vorstand des Vereins vertreten, sind so erfahrene Kolonialisten wie die „Deutschen Afrika Linien", Siemens, Commerzbank, Mannesmann Export, Fr. Krupp, Deutsche Bank, C. Woermann. Natürlich ist der Verein lt. § 3 „unmittelbar und ausschließlich gemeinnützig", obwohl man selbst im Geschäftsbericht von 68 lesen kann: „Auch im Jahre 1967 habe der Hamburger Staat wiederum einen wesentlichen Zuschuß geleistet, da der Afrika-Verein zum Teil Aufgaben zu erfüllen habe, die über den Rahmen eines reinen Interessenverbandes hinausgehen." (!)

stadt um diesen Betrag keine Verbesserung des Hamburger Bildungshaushaltes eintritt. Diese 48 Mill. DM müssen im Bildungsbereich bleiben. In der Übergangszeit können als Notmaßnahme auf den bereits angekauften 4200 qm großen Grundstück am Berliner Tor Pavillons aufgestellt werden. Ähnliche Möglichkeiten sind, bis zur Erstellung des letzten Bauabschnittes, auch für die Fachbereiche in der City Nord zu prüfen.
Die Kapazität des Elektrohochhauses, genauso wie die fällige Erweiterung der anderen Fachbereiche am Berliner Tor und in der City Nord (am FB Maschinenbau studieren z. B. 620 Studenten auf 420 vorhandenen Studienplätzen) sind durch den Gesamthochschulrat (Vgl. Forder. zur Uni) festzusetzen.

NC am FB Sozialpädagogik

Ein NC hat jetzt und in Zukunft keine Rechtfertigungsgründe. An den nichttechnischen Fachbereichen der FHS haben die FB Gestaltung und Sozialpädagogik einen NC. Gerade beim FB Sozialpädagogik liegen die Bedarfszahlen weit unter der Abgängerquote. Hier stehen aber 1972 nur 250 Plätze mehr als 1000 Bewerbern gegenüber! Die Studentenschaft und die ÖTV haben gemeinsam Forderungen aufgestellt, die der MSB unterstützt: Aufnahme von 500 Studenten im Jahre 72. Gleichzeitig muß der Senat die Räume am Karl-Muck-Platz (ein Bürohaus als

Überall im Haushalt: Förderung der Monopole

Welche Seite man im Haushalt auch aufschlägt, überall werden die Interessen der Monopole über die Mehrheit der Bevölkerung gestellt.
Neben der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik generell, neben den großen Steuervorteilen (vgl. Kästen vorher), gibt es außerdem eine Reihe von Einzelaufgaben, die der Staat für die Monopole übernimmt, oder die er ihnen finanziert.
... So sorgt der Staat mit öffentlichen Geldern dafür, daß im Ölhafen Kattwyk die Verschmutzung durch Tanks und Tanker der großen Ölmonopole beseitigt wird:

7500 583.01 Zuschuß an die Hamburger Ölverwertungsgesellschaft mbH & Co. für den Betrieb der staatlichen Ölauffanganlage Kattwyk = 98 000 DM

7500 518.01 Anmietung von Tanks für die Ölauffanganlage Kattwyk = 45 000 DM

Der MSB fordert: Streichung der Posten, Durchsetzung des Verursacherprinzips, wie es auch der DGB auf seinem letzten Kongreß gefordert hat. Beide Posten zusammen würden immerhin die Einrichtung von 4 Planstellen z. B. für das Pädagogische Institut ermöglichen.
... So zahlt der Staat die Miete für die Hamburger Schiffbauversuchsanstalt, eine von Reedern und Werften betriebene GmbH:

683.01 Zuschuß an die Hamburger Schiffbauversuchsanstalt GmbH = 189 000 DM

Den Nutzen haben nur die Reeder und Werften. Deshalb müssen sie auch die Kosten tragen. Außerdem wird hier wahrscheinlich auch Kriegsforschung für die Bundeswehr betrieben. Aus der starken Abschirmung und aus der offiziellen Werbebroschüre (Februar 1967) läßt sich einiges schließen.
... So bezahlt der Staat schließlich sogar die Gelder für die Werbung der Unternehmensverbände. Die „Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Informationen e.V." erhält aus dem Gesamtwerbeetat 4,8 Mill. DM. Mitglieder der „AHI" sind z. B.: der Arbeitgeberverband des Groß- und Außenhandels, der Bankenverband HH, der Unternehmensverband Hafen, der Verein Hamburger Reeder. Im Vorstand befinden sich so erlauchte Konzernvertreter wie Harneit (Vorstand der ESSO AG) oder Bechtolf (Vorstand der Vereinsbank HH).
Natürlich ist die „AHI" ein gemeinnütziger Verein!

Zielbereiche	Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Information e.V. — 685.02 —	Gesamtbetrag
A. Allgemeine Hamburg-Werbung	609	809
B. Industrie	1038	1038
C. Verkehr (einschließlich Hafen)		
1. ohne Hafenwerbung	610	661
2. Hafenwerbung	2000	2000
D. Handel und übrige Dienstleistungen	513	664
E. Ernährungswirtschaft	—	290
F. Fremdenverkehr (einschließlich Kongreßwesen)	50	700
Gesamtbetrag	4820	6162

Übergangslösung) ausbauen lassen und die für diesen FB vorgesehenen Gelder von 0,1 Mill. um ein beträchtliches erhöhen. Bis zur Erstellung eines Neubaus oder Umzuges im Rahmen der Entwicklung der Gesamthochschule ist weiterer Raum bereitzustellen. Bei allen baulichen und sonstigen Maßnahmen sind die Fachschulen für Sozialpädagogik zu berücksichtigen bis zur völligen Integrierung in den tertiären Bereich.
Als Sofortmaßnahme sind diese Bereiche nach § 5 (3) FHG als Auftragsangelegenheit in die Verantwortung der Organe der Fachhochschule zu überführen.
(Auch an den Fachschulen gibt es einen NC.)
Beim Fachbereich Gestaltung sind die Ausbaumöglichkeiten in der Armgardstraße und in der Wartenau zur Verhinderung eines weiteren Numerus clausus zu nutzen.
Der MSB unterstützt die Forderungen der Dozenten nach höherer Besoldung und Kürzung der Wochenstundenzahl. Ebenso die Forderung nach mehr Planstellen zur Bewältigung der Selbstverwaltungsaufgaben in den Fachbereichen und der Präsidialverwaltung (von den geforderten, unbedingt benötigten 5,4 Mill. DM für Personalstellen wurden nur 1,23 Mill. DM bewilligt).
Zur Überbrückung der Engpässe bei den Dozenten bei höheren Aufnahmequoten sind Praktikumsplätze für Studenten, die bereits graduiert sind, innerhalb der Hochschule einzurichten.
Alle diese Maßnahmen sind nur Flickwerk, die das völlige Scheitern der neuen Hochschuleinrichtung verhindern sollen. Mittelfristig sind die gezielte Erweiterung und Niveauanhebung (Einbeziehung von Forschung) unter Kontrolle des Gesamthochschulrates im Rahmen der Gesamthochschulplanung vorzunehmen. Dazu gehört an baulichen Maßnahmen neben der Verbesserung und Erweiterung der bestehenden Einrichtungen: der Neubau der Bibliothekarschule im Rahmen des notwendigen Ausbaus der Staatsbibliothek, der lange geplante Neubau des Fachbereiches See, der Neubau (oder Umzug) für den Fachbereich Sozialpädagogik, das Elektrohochhaus, der Neubau der Maschinenhalle und der Forschungseinrichtung am Berliner Tor. Das bedeutet weiterhin die Überführung aller in Zusammenhang mit der FHS stehenden privaten Institute (Institut für Exportverpackung u. ä.) in die Fachhochschule. Öffentliche Gelder sind für demokratisch kontrollierte Forschung auszugeben, Studium, Lehre und Forschung müssen miteinander verbunden werden. Ebenso sind alle privaten Fachhochschulen in die staatliche FHS zu überführen bzw. Neugründungen sind nicht zu genehmigen. Ausbau der Fachhochschule bedeutet natürlich auch Verbesserung der Situation der Fachoberschule. Neben den baulichen Maßnahmen muß der Lehrkörper an der Fachhochschule überproportional ausgebaut werden wegen der Aufnahme von Forschungsprojekten. Die Lehrdeputate müssen schrittweise auf Hochschulniveau gesenkt werden. Die Lehrkörperstruktur ist so zu ändern, daß die Möglichkeit für die Einrichtung von Assistenturen bestehen, die nicht wie bisher in eine Sackgasse führen. Diese Überlegungen sind im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamthochschule zu diskutieren.
Alle diese Maßnahmen sind durch eine Neuorientierung des Haushaltes beim Bund und bei der Hansestadt, wie mehrfach gezeigt, ohne Schwierigkeiten zu finanzieren.

Resümee

„Weltoffene Toleranz . . ." hat „. . . den Geist dieser Stadt geprägt", die ersten Berufsverbote wurden in Hamburg verhängt! „Auf St. Pauli zeigt sich die Weltstadt mit frechem Striptease und scharf gewürztem Sex . . .", der Fachbereich der Fachhochschule, der die Studenten ausbildet, die den Opfern von St. Pauli helfen sollen, hat fast totalen Numerus clausus. Doch Hamburg hat „keinerlei Raumsorgen . . ." für den Containerverkehr in Hamburg – Studenten studieren an überfüllten Hochschulen! Hamburg hat „keine Wartezeiten . . ." für die Schiffe der HAPAG-Lloyd – Studienbewerber werden in Zukunft bis zu fünf Jahren warten müssen! Aber „Hamburg baut für seine Bürger" (Parole am Kongreß-Zentrum) – es baut einen Palast für die obersten Tausend und zu wenig Studienplätze für seine Studenten. Folge: „Damen und Herren in eleganter Abendgarderobe, festlich gedeckte Tische, zündende Rhythmen auf der Bühne, tanzende Paare schweben über das Parkett. Heitere Ausgelassenheit und gute Laune überall, das ist ein Galaabend im Saal des Congress Centrum Hamburg, im Festsaal" – während wenige hundert Meter weiter sich die Studenten im 500 Prozent überbelegten Lehrerseminar wiederfinden. Hamburg bietet aber noch mehr. „Außer Segeln und Rudern bietet Hamburg seinen Gästen zur Entspannung vielseitige sportliche Betätigung . . . Die Stadt ist stolz auf ihren Ruf als europäisches Golfzentrum" – den Hamburger Sportstudenten bietet die Stadt lediglich ein vernachlässigtes Institut für Leibesübungen mit nicht besetzten Lehrstühlen. Aber was macht's: „Im Elbehafen gehört es zur Tradition, der allgemeinen Entwicklung immer um eine Nasenlänge voraus zu sein – nicht mehr und nicht weniger" – im Bildungswesen hinkt man den Notwendigkeiten um Längen hinterher. Wir fordern daher die Erfüllung unserer vorgeschlagenen Notmaßnahmen, um die gegenwärtige Misere zu überbrücken, um dann in einem großzügigen Ausbauprogramm mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten gleichzuziehen – „Nicht mehr und nicht weniger"!
(Alle Zitate aus offiziellen Werbebroschüren der Stadt Hamburg)

Um dies durchzusetzen, fordern wir alle fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft und an der Hochschule auf, sich zusammenzuschließen und hierzu zahlreiche Initiativen und Aktionen durchzuführen!

b) 6 Punkte des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz

Beschlossen auf der Zentralratssitzung des vds am 6. Juli 1972 in Bonn

Ein Ende des Bildungsnotstands ist nicht in Sicht. Die Probleme der Hochschulen und der Studenten werden immer drängender:

- An der Universität Hamburg besteht für das Wintersemester totaler Aufnahmestopp; über einige Pädagogische Hochschulen ist schon längst der Numerus clausus verhängt worden; Nordrhein-Westfalen macht den Numerus clausus durch das neue Hochschulgesetz zum Regelfall. Auf dem Papier der Bildungsgesamtpläne klettern die Studentenzahlen ständig, doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Verschärfung des NC, Einführung der Hochschuleingangsprüfung, Abschneiden des 2. Bildungsweges, Selektion durch staatliche Studienberatung und erhöhten Leistungsdruck.
- Die materielle Not der Studenten wird immer größer; die dringend erforderliche Verbesserung der Ausbildungsförderung ist nicht in Sicht.
- Die Ausbildung selbst wird immer schlechter: Kein Wunder angesichts der personellen und materiellen Ausstattung der Universitäten und Hochschulen; in Massenveranstaltungen, in überfüllten Vorlesungen, Übungen und Seminaren ist kein sinnvolles Studium möglich. Erstmals ist es darum auch an den Hochschulen zu gemeinsamen Demonstrationen von Lehrenden und Lernenden gegen die materielle Studienmisere gekommen.
- Die Studienreform kommt nicht voran: Fortschrittliche Studienreformmodelle einzelner Hochschulen werden vom Staat abgeblockt, fortschrittlichen Wissenschaftlern Anstellung und Berufung verweigert; die staatlich verordnete Studienreform beschränkt sich mehr oder weniger auf die Einführung von billigeren, dequalifizierenden Kurzstudiengängen für die Masse der Studenten und die Einrichtung von Bundeswehrhochschulen.

Der Bildungsetat soll weiter gesenkt werden; die Lösung der Bildungsmisere wird weiter verschleppt. Für die Bildung ist kein Geld da, will man den Studenten weismachen; gleichzeitig werden die Mittel für die Rüstung weiter erhöht. Von den Versprechungen der SPD/FDP-Regierung, mit den Versäumnissen der CDU/CSU aufzuräumen: „Priorität für die Bildung" und „Mehr Demokratie wagen", ist nichts als die hohle Phrase geblieben.

Das proklamierte „Recht auf Bildung" steht nach wie vor nur auf dem Papier. Von einem Abbau der sozialen Bildungsschranken, von einem freien und gleichen Zugang zu den Bildungseinrichtungen kann keine Rede sein. Demagogisch wird in offiziellen Reformkonzepten von „Emanzipation" und optimaler Förderung des Individiums gesprochen.

Das Interesse der Studierenden an einer umfassenden wissenschaftlichen Qualifizierung, an einer Ausbildung, die zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Funktion ihres Studienfachs und ihrer späteren Berufstätigkeit befähigt, an einer Ausbildung, die ihnen die Einsicht in ihre aktuelle und perspektivische gesellschaftliche Lage in Ausbildung und Beruf vermittelt und sie zur organisierten Wahrnehmung ihrer Interessen befähigt, an einer Ausbildung, die ihnen bessere individuelle Voraussetzungen, die Sicherung ihrer Arbeitsplätze verschafft, dieses grundlegende Interesse der Studierenden wird weiter mit Füßen getreten. Keine der wesentlichen materiellen und politischen Forderungen der Studenten hat man bislang erfüllt; wirkliche Mitbestimmung wird den Studenten weiter verweigert. Wo die Studenten für ihre materiellen und politischen Interessen streiken, und sei es nur für die Besetzung einer leerstehenden Planstelle, reagiert der Staat mit dem Entzug der Ausbildungsförderung. Ordnungsmaßnahmen und Disziplinierung, das ist die Antwort dieses Staates auf die Probleme der Studenten. Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern wollen die Hochschulmisere durch die Verschärfung des staatlichen Einflusses lösen, durch die drastische Erweiterung der Aufsichts- und Eingriffsrechte des Staates bis hin zur unumschränkten Staatsaufsicht und zum Staatskommissar. In dieser Tendenz sind sich – trotz aller Wortgefechte um das Hochschulrahmengesetz – CDU/CSU, FDP und rechte SPD-Führung einig. Die von der SPD geführte Bundesregierung ist Schritt für Schritt

auf die CDU/CSU-Linie der Verschärfung der politisch disziplinierenden Vorschriften des Abbaus erkämpfter demokratischer Rechte und Positionen eingeschwenkt. Von der versprochenen Mitbestimmung für die Novellierung der Länderhochschulgesetze sollen von den Studenten erkämpfte demokratische Rechte und Positionen wieder abgeschafft werden.

Nach dem Scheitern des Hochschulrahmengesetzes rollt nun die reaktionäre Novellierungsoffensive in den Ländern an; in welche Richtung diese Offensive geht, zeigt das geplante bayerische Hochschulgesetz des designierten Bundeswissenschaftsministers der CDU/CSU, Hans Maier. Maiers Rezept für die Hochschulen: Unumschränkte Staatsaufsicht, drakonisches Ordnungsrecht, absolute Mehrheit für die Professoren in ausnahmslos allen Gremien, zwangsweise Auflösung der verfaßten Studentenschaft, Beschneidung der studentischen Mitwirkungsrechte, Ausschluß der Studenten von allen Berufungs- und Forschungsangelegenheiten, Generalermächtigung für den Kultusminister, der alle Angelegenheiten durch einfache ministerielle Verordnung an sich reißen kann.

Auf etwas andere Weise versucht die NRW-Regierung durch ihr neues Hochschulgesetz für „geordnete Verhältnisse" an den Hochschulen zu sorgen: staatliche Kontrolle der Studieninhalte, Zentralisierung der Studienreform in gemeinsamen Kommissionen von Staat und Monopolvertretern, zentrale Fortsetzung und Verteilung der Studienplätze unter Ausschluß der Betroffenen, Einschränkung und teilweiser Entzug der Selbstverwaltungsrechte für die fünf neuen Gesamthochschulen, Knebelung der verfaßten Studentenschaft durch Entzug der finanziellen Unabhängigkeit und Beschneidung ihrer Rechte.

Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein bereiten unterdessen Hochschulgesetze streng nach bayerischem Muster vor. Das Saarland hat ein solches Gesetz bereits erlassen. Allenthalben sollen die Hochschulen in Untertanenfabriken mit Kasernenreglement verwandelt werden!

In dieser Situation wendet sich der vds, der Dachverband der Studenten in der Bundesrepublik, an die Öffentlichkeit. Die im vds zusammengeschlossenen Studentenschaften haben sechs unverzichtbare Forderungen für ein demokratisches Hochschulgesetz aufgestellt. Die vom vds erhobenen Forderungen bringen die gemeinsamen Interessen zum Ausdruck, die die Grundlage für den gemeinsamen Kampf von Studenten, Schülern, Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten für die Behebung der Bildungsmisere und für die Brechung des Bildungsprivilegs der Herrschenden bilden. So wie die Verwirklichung einer demokratischen Hochschule nur im Zusammenhang mit demokratischen Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erreichen ist, wird auch der studentische Kampf nur im Bündnis mit den Werktätigen und ihren Organisationen, den Gewerkschaften, erfolgreich sein.

Die hier niedergelegten demokratischen Forderungen sind in der Vergangenheit nicht nur vom vds, sondern auch von anderen Organisationen innerhalb und außerhalb der Hochschule erhoben worden. Es sind Forderungen, die erfüllt werden müssen, wenn die demokratische Reform der Hochschulen nicht endgültig scheitern soll.

Der vds ruft alle demokratischen Kräfte, alle demokratischen Organisationen innerhalb und außerhalb der Hochschule auf: Unterstützt die Forderungen des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz!

Der vds ruft die Studenten der BRD auf: Setzt Euch ein für diese Forderungen, setzt Euch zur Wehr gegen die reaktionären Hochschulgesetze! Führt den Kampf

für die Verwirklichung der sechs Punkte des vds, führt den Kampf an jeder Hochschule, in jedem Institut, in jedem Seminar!

Für demokratische Kontrolle der Hochschule durch alle Hochschulangehörigen und die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung — für die Stärkung der Selbstverwaltung der Hochschule gegen die staatliche Fachaufsicht

Viele an den Hochschulen Tätige sind nicht länger bereit, sich die Inhalte und Ziele ihrer Tätigkeit von der Großindustrie und dem mit ihr verbundenen Staat diktieren zu lassen. Sie haben erkannt, daß die Aneignung und Monopolisierung der wissenschaftlichen Arbeit durch die Großkonzerne allein der Profitmaximierung und der Herrschaftssicherung dient, daß die realen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung unberücksichtigt bleiben, daß die zunehmende Militarisierung die Wissenschaft zur Destruktivkraft pervertiert.

In dem Maße, in dem es einerseits notwendig wurde, die weitere Entwicklung des Hochschulwesens planmäßig zu gestalten, und andererseits an den Hochschulen in Wissenschaft und Ausbildung fortschrittliche, d. h. an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientierte, Bestrebungen an Boden gewinnen, wird die staatliche Aufsicht auf nahezu alle Bereiche der Hochschule ausgedehnt: Die Haushaltsautonomie der Hochschulen wird liquidiert, Satzungen werden oktroyiert, die Lehrveranstaltungen werden verboten, Berufungsentscheidungen aufgehoben, Institute geschlossen, Disziplinarverfahren eingeleitet. Angesichts dieser Entwicklung wird die Autonomie der Hochschulen zur Kampfposition aller demokratischen Kräfte. Daher fordert der vds die Stärkung der Autonomie der Hochschule. Das bedeutet u. a.:

Keine Fachaufsicht des Staates über die Hochschule; Wahl der Leitung und aller Hochschulorgane durch die Hochschulen selber, Dienstherreneigenschaft für die Hochschule.

Autonomie der Hochschule heißt nicht Freiheit von gesellschaftlicher Verantwortung, sondern Freiheit von den Herrschaftsinteressen jener 1,7 Prozent, die über 70 Prozent der Produktionsmittel verfügen. Die Autonomie der Hochschule muß verstanden werden als Chance, den Einfluß des Großkapitals auf Wissenschaft und Ausbildung zurückzudrängen, Wissenschaft und Ausbildung in den Dienst der Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung, d. h, der Mehrheit der Bevölkerung zu stellen. Schließlich sind es die Lohnabhängigen, die durch ihre Arbeit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erst ermöglichen. Daher fordert der vds die demokratische Kontrolle der Hochschule:

Mitbestimmung der werktätigen Bevölkerung und ihrer Organisationen, keine Monopolvertreter in den Hochschulorganen!

Autonomie der Hochschulen in diesem Sinne kann nur wirksam werden, wenn die Voraussetzungen für eine eigene aktive Planung der Hochschulen geschaffen werden. Der vds fordert daher:

Freie Verfügung der Hochschulen über die Haushaltsmittel, Globalhaushalt für die Hochschulen!

Das Recht der Hochschule zur eigenen Planung darf sich jedoch nicht auf die Verteilung der ihnen vom Staat zugestandenen Mittel beschränken. Die Hochschulen müssen organisatorisch und finanziell in die Lage versetzt werden, in Zusammenarbeit untereinander — unter Einbeziehung der gewerkschaftlichen Organisationen

der arbeitenden Bevölkerung – eine an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientierte Planung des tertiären Bildungsbereichs zu betreiben. Die Bildungsplanung darf nicht länger unter Ausschaltung der Betroffenen von Staats- und Monopolvertretern in den grauen Zonen der Planungsstäbe (Bund-Länder-Kommission, Wissenschaftsrat, Deutsche Forschungsgemeinschaft, HIS-GmbH usw.) betrieben werden. Auch die Planung der Zahl der Studienplätze ist Sache der Hochschulen; sie hat den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung zu entsprechen. Der vds fordert:

Bildungsplanung unter maßgeblicher Beteiligung der Hochschulen, demokratische Kontrolle der Bildungsplanung! Weg mit dem NC, keine Lenkung der Studentenströme nach den Bedürfnissen der Monopole!

Für die gleichberechtigte Mitbestimmung von Lehrenden, Lernenden und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern in allen Fragen des Hochschulwesens

Solle die Hochschule ihren Beitrag zur Demokratisierung und zum gesellschaftlichen Fortschritt leisten, muß sie nach demokratischen Prinzipien aufgebaut sein. In ihrem Kampf für eine umfassende wissenschaftliche Ausbildung, die ihnen eine längerfristige Perspektive eröffnet, haben die Studenten erfahren, daß ohne gleichberechtigte Mitbestimmung ihre berechtigten Interessen mit Füßen getreten werden. Daher fordert der vds:

Gleichberechtigte Mitbestimmung auch für die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter. Die Mitbestimmung muß aber auch umfassend sein. Wie sonst sollen die Studenten wirksam schon nur über die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Ausbildung mitbestimmen, wenn sie nicht mitentscheiden dürfen, wer sie ausbildet, welche Schwerpunkte in Forschung und Lehre gesetzt werden, für welche Zwecke die Haushaltsmittel ausgegeben werden? Die Mitbestimmung darf auch vor diesen Fragen nicht halt machen. Daher fordert der vds:

Weg mit dem diskriminierenden Negativkatalog, weg mit der Ordinarienschutzklausel!

Die verlogene Begründung, mit denen starke Kräfte innerhalb und außerhalb der Hochschule immer noch den Studenten, Assistenten und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern die Mitbestimmung verweigern wollen, entlarven ihre Urheber: Mal ist die Rede von der Putzfrau, die die Forschungsprioritäten auf Jahrzehnte festlegt, gegen den geballten „Sachverstand" der berufenen Professoren, mal von den Studenten, die aus der Uni eine „rote Kaderschmiede" machen wollen. Diese „Argumente" enthüllen die dahinterstehenden Interessen mehr, als sie sie zu verhüllen möchten: Es sind die Interessen derjenigen Kräfte, die zur Verteidigung ihrer Herrschaft darauf angewiesen sind, nicht einen Zipfel ihrer Macht den vorwärts drängenden demokratischen Kräften preiszugeben. Es sind dieselben Kräfte, die auch den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben jegliche Mitbestimmung verweigern.

Demokratische Mitbestimmung, die auf die Teilnahme aller an den Entscheidungen hinzielt, hat uneingeschränkte Öffentlichkeit zur Voraussetzung. Daher fordert der vds:

Öffentlichkeit in allen Gremien in allen Fragen!

Um die von den Studenten erkämpfte Mitbestimmung in die gewünschten Bahnen zu lenken, sehen Hochschulrahmengesetzentwurf und viele Ländergesetze die

Pflicht zur „konstruktiven Mitwirkung" in den Universitätsgremien vor. „Konstruktiv mitwirken" tut nur, wer die staatlichen Pläne kritiklos umzusetzen hilft. Wer dagegen die Interessen der Studenten konsequent vertritt, muß mit Ordnungsmaßnahmen rechnen. Auf diese Weise wird jegliche Mitbestimmung zur Farce! Der vds fordert:

Weg mit Friedenspflicht und Mitwirkungszwang! Keine Disziplinierung der gewählten Vertreter der Studenten!

Durch besondere Verfahrensvorschriften sollen die Mitbestimmungsrechte der Studenten weiter eingeschränkt werden. Mit dem Quorum wird für die studentische Mitbestimmung ein neues Hindernis aufgerichtet. Um die politische Auseinandersetzung sogar zur Zeit des Wahlkampfs aus der Hochschule zu verbannen, um eine totale entpolitisierte Atmosphäre an der Hochschule zu schaffen, will man zusätzlich den Briefwahlzwang anordnen. Der vds erklärt: Mitbestimmung setzt ein demokratisches Wahlrecht voraus. Daher:

Weg mit dem Briefwahlzwang, weg mit dem Quorum!

Für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit unabhängigen Organen, finanzieller Unabhängigkeit und dem Recht der politischen Interessenvertretung – für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung

In dem Maße, in dem immer mehr Studenten der BRD aktiv für ihre materiellen und politischen Interessen eingetreten sind, ist es ihnen gelungen, die Organe der verfaßten Studentenschaft von studentischen Agenturen des CDU-Staates zu ihren Organen, d. h. zu schlagkräftigen Instrumenten des demokratischen Massenkampfes der Studenten zu machen.

Die Organe der verfaßten Studentenschaft bieten jedem einzelnen Studenten die Möglichkeit, für seine demokratischen Interessen organisiert aktiv zu werden. Sie sind die organisatorische Vroaussetzung für die wirksame Vertretung der gemeinsamen, gegen das Großkapital gerichteten Interessen der Masse der Studenten, ohne Rücksicht auf weltanschauliche, ideologische und politische Differenzen.

Den Herrschenden ist die eigenständig verfaßte Studentenschaft ein Dorn im Auge. Um die einheitliche und umfassende konsequente Interessenvertretung durch die Organe der verfaßten Studentenschaft unmöglich zu machen, versuchen sie einerseits, die gewählten Vertreter der Stundenten zu kriminalisieren, richten sie andererseits in den Hochschulgesetzen ihren Schlag gezielt gegen die eigenständig verfaßte Studentenschaft. Mit den Organen der verfaßten Studentenschaft wollen sie die Studenten insgesamt mundtot machen. Während in Bayern zu diesem Zweck die zwangsweise Auflösung der verfaßten Studentenschaft angestrebt wird, soll z. B. in NRW die verfaßte Studentenschaft geknebelt und damit faktisch zerschlagen werden: durch den Entzug der finanziellen Unabhängigkeit, durch die Beschränkung ihrer Aufgaben auf die „Mitwirkung an der Uni-Verwaltung", durch die zwangsweise Verzahnung von verfaßter Studentenschaft und Universitätsverwaltung mit der Konsequenz von Friedenspflicht und Mitwirkungszwang auch für die Interessenorgane der Studenten.

Ohne eigenständig verfaßte Studentenschaft, ohne studentischen Massenkampf gibt es keine wirksame Vertretung der demokratischen Interessen der Studenten in den Hochschulgremien. Die zentralen Formierungsmaßnahmen des Großkapitals und des Staates haben die verfaßte Studentenschaft notwendiger denn je

gemacht. Das haben die Erfahrungen der Studenten der BRD eindeutig bewiesen. Daher fordert der vds:

Gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft als Vertretung aller Studenten, eigene Beitragshoheit für die verfaßte Studentenschaft, Unabhängigkeit der studentischen Satzungsautonomie für die Studentenschaft!

Die Studenten haben jedoch auch erfahren, daß selbst die Durchsetzung ihrer unmittelbarsten Interessen: materielle Absicherung des Studiums, mehr Wohnungen, sozial tragbare Mieten, ausreichende Krankenversicherung, nur möglich ist, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Das Interesse der Studenten, ihre eigene Stellung in der Gesellschaft zu erkennen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge ihrer Ausbildung zu begreifen, ihre Forderung nach marxistischen und demokratischen Wissenschaftlern, nach Mitbestimmung und Demokratisierung der Hochschulen, ihre grundlegenden sozialen Forderungen, all das ist nur im Kampf gegen die ökonomische und politische Macht des Monopolkapitals durchzusetzen. Ihre Interessen wirksam vertreten können die Studenten nur durch eine politische Interessenvertretung. Dieses Recht wollen die rechten Kräfte und ihre Helfershelfer den Studenten nehmen, daher die Prozesse gegen das „politische Mandat" der Studentenschaft, gegen die Mitgliedschaft im vds. Auf diese Weise will man die Studenten überhaupt mundtot machen, will man den Studenten die Hände binden. Dem stellt der vds die Forderung entgegen:

Anerkennung des Rechts von Fachschaften, Asten und vds zur politischen Interessenvertretung!

In ihrem Eintreten für die materiellen und politischen Interessen, für die Verteidigung und Erweiterung ihrer demokratischen Rechte haben die Studenten der BRD erfahren, daß ihnen von den Herrschenden nichts geschenkt wird. Die Herrschenden sind zu Zugeständnissen nur bereit, wenn wir sie durch den einheitlichen und organisierten Kampf dazu zwingen. Die Gefahr, die vom einheitlichen Handeln der Studenten ausgeht, haben auch die Herrschenden erkannt. Ihre Antwort heißt: Ordnungsrecht! Um die Masse der Studierenden einzuschüchtern und von der aktiven Wahrnehmung ihrer Interessen abzuhalten, sollen die Studenten, die am aktivsten und engagiertesten für demokratische Veränderungen in Hochschule und Gesellschaft eintreten, in ihrer materiellen Existenz getroffen werden. Auf diese Weise hofft das um seine Herrschaft bangende Großkapital, die alten Kräfteverhältnisse an den Hochschulen wiederherstellen zu können. Ordnungsterror, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Beschneidung des Rechts der politischen Betätigung, das ist die Sprache der in Bedrängnis geratenen Machthaber, das ist die Sprache dieses überlebten gesellschaftlichen Systems. Der vds fordert:

Anerkennung des Rechts auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf, in Hochschule und Betrieb! Weg mit dem Ordnungsrecht!

Für demokratische Forschungsplanung und Kontrolle der Auftragsforschung

Wissenschaft und Forschung haben entscheidende Bedeutung für den gesellschaftlichen Entwicklunsgprozeß erlangt. Die Frage, für welche Zwecke Forschung und Wissenschaft eingesetzt werden und wie ihre gesellschaftlichen Auswirkungen gemeistert werden, ist daher zu einer Lebensfrage geworden. Forschung ist nicht mehr Privatsache der Wissenschaftler.

Tatsache ist, daß in den staatlichen Ausgaben für die Wissenschaftsförderung

Vernichtungs- und Ausbeutungswissenschaft mit weitem Abstand an der Spitze stehen. Diese Wissenschaft ist gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichtet. Prioritäten, wenn sie den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen sollen, müssen anders gesetzt werden: Gesundheitswesen und Vorsorge gegen Krankheit; Wohnungsbau, Städteplanung und Umweltschutz; Elektronik und Atomenergie für friedliche Zwecke; Bildungsforschung und Verbesserung des Bildungswesens. Daher fordert der vds:

Verbot von Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft, Verbot aller nationalistischen, revanchistischen, militaristischen, friedensfeindlichen, rassistischen und neokolonialistischen Wissenschaftsansätze, Verbot der Verbreitung solcher Wissenschaftsinhalte, uneingeschränkte Anzeigepflicht aller Forschungsvorhaben, gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung der Forschungsergebnisse, Forschungsplanung unter Beteiligung der werktätigen Bevölkerung und ihrer Organisationen!

Auch bei der Auftragsforschung hat das Forschungsvorhaben – unter demokratischer Kontrolle – in der Verantwortung der Hochschule und der an ihr Tätigen zu liegen. Forschungsaufträge müssen in der Wahl des Forschungsgegenstandes demokratischen Zielen dienen, sie dürfen weder durch Vorherbestimmung der Forschungsergebnisse noch durch Vorschreiben der anzuwendenden Methoden die Entfaltung der Wissenschaft beeinträchtigen. Daher fordert der vds:

Verbot der Annahme von Forschungsaufträgen, die die Entfaltung der Wissenschaft im Kapitalinteresse kanalisieren.

Das muß auch für alle Nebentätigkeiten von Hochschulangehörigen gelten. Forschung ist längst keine Privatsache der Professoren mehr. Angesichts der rapiden Entwicklung von Wissenschaft und Technik ist Forschung nur noch in arbeitsteiligem Zusammenwirken möglich. Daher:

Zugang zu den Forschungsmitteln für alle an den Hochschulen Tätigen für ausgewiesene Forschungsvorhaben nach Maßgabe der Entscheidung der Hochschulorgane, gleichberechtigte Beteiligung aller an einem Forschungsvorhaben Mitwirkenden an allen Entscheidungen im Rahmen des Forschungsvorhabens, Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen in allen Fragen der Forschungsplanung!

Demokratische Forschungsplanung und wirksame Kontrolle der Auftragsforschung sind jedoch nur denkbar unter der Voraussetzung, daß die Forschung nicht aus den Hochschulen in demokratisch nicht kontrollierte Forschungseinrichtungen ausgelagert wird. Daher fordert der vds:

Keine Förderung hochschulfremder Forschung aus öffentlichen Mitteln, soweit nicht die gleichberechtigte Mitbestimmung aller am Forschungsprozeß Beteiligten sowie die Kontrolle durch die Organisationen der arbeitenden Bevölkerung gewährleistet ist! Genehmigungspflicht von hochschulfremder Forschung seitens der Hochschule unter Mitbestimmung der Gewerkschaften!

Für ein integriertes Hochschulsystem, für die konsequente Verwirklichung der integrierten Gesamthochschule

Von dem ehemals verkündeten Anspruch, integrierte Gesamthochschulen als Regeltyp der Hochschule zu schaffen, ist in den Konzepten des Kultusbürokratie nichts mehr übrig geblieben, geschweige denn in der Hochschulrealität etwas zu finden. Im Gegenteil: Nach Wissenschafts-GmbH-Vorstößen in Westberlin rollt die

rechte Offensive der Bundeswehr-Hochschulen, in Bayern wird der Austausch der Türschilder in den PH-Gebäuden als „Integration" des Hochschulwesens ausgegeben, und in den Hochschulgesetzentwürfen des Bundes und der Länder ist von „integriert" und „Gesamthochschule" nicht viel übrig geblieben. Die Hochschulen sollen der demokratischen Öffnung und Kontrolle entzogen bleiben, sie sollen für kurzfristige Profit- und Herrschaftszwecke partikularisiert werden.

Gewerkschaften und Studenten, Schüler und Eltern, alle demokratischen Kräfte und Organisationen in diesem Land sind sich im klaren darüber, daß die Ausbildungsbedingungen für alle nur verbessert werden, daß der Zugang zu allen Bildungseinrichtungen für Kinder aus sozial schwachen Schichten nur geöffnet wird, wenn ein demokratisches, integriertes Bildungssystem mit integrierten Hochschulen geschaffen wird. Dazu müssen die strukturellen Voraussetzungen realisiert werden. Deshalb fordert der vds:

Konsequente Verwirklichung der integrierten Gesamthochschule!

Das Hochschulwesen muß auf einheitlicher gesetzlicher Grundlage in allen Bereichen nach gleichen demokratischen Grundsätzen geregelt werden. Daher:

Einheitliche Regelungen für alle Hochschulen. Keine Sonderhochschulen!

Die Hochschulen müssen dem Anspruch der arbeitenden Bevölkerung und der lernenden Jugend auf Verwirklichung gleicher Ausbildungschancen nachkommen. Zu diesem Zweck müssen die Zugangsvoraussetzungen für die Hochschulen so gestaltet werden, daß die ständige Erweiterung der individuellen Qualifikation ermöglicht wird. Dies bedeutet:

Integration der Erwachsenen- und Weiterbildung in die Hochschulen, vertikale und horizontale Durchlässigkeit der Ausbildungsgänge!

Die notwendige Offenheit des Hochschulzugangs und die Eröffnung eines breiten Ausbildungsspektrums, wie sie die integrierte Gesamthochschule zu gewährleisten hat, verbieten jede Form besonderer Hochschuleingangsprüfungen. Die Integration der verschiedenen Hochschultypen darf nicht durch die Aufrechterhaltung unterschiedlicher Eingangsvoraussetzungen zunichte gemacht werden.

Entscheidend für die Integration des tertiären Bereichs ist die inhaltliche Ausgestaltung der Ausbildungsgänge. Die integrierte Gesamthochschule muß die Möglichkeit umfassender wissenschaftlicher Qualifikation für alle Studierenden strukturell absichern! Wissenschaftlichkeit der Ausbildung gibt es nur, wenn Lehre und Forschung eng miteinander verbunden werden und sich gegenseitig durchdringen. Das heißt:

Keine Aufsplitterung der Hochschule in Forschungs- und Lehrbereiche!

Verwissenschaftlichung der Hochschulbildung nach demokratischen Prinzipien bedeutet schließlich, daß eine „Wissenschaft für besondere Anwendungszwecke" nirgends Eingang finden darf. Der VDS wendet sich insbesondere gegen Sonderstudiengänge für demokratisch unkontrollierte Anwendungsbereiche. Bundeswehrhochschulen und Bundeswehrstudiengänge dürfen sich nicht durchsetzen!

Für eine breite wissenschaftliche Ausbildung mit demokratischen Lehrinhalten und Lehrformen! Für eine demokratische Studienreform durch die Hochschulen und Fachbereiche unter Einbeziehung der gewerkschaftlichen Organisationen

Die Reform der Studieninhalte und Studiengänge wird in den kommenden Monaten und Jahren stärker ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen an den

Hochschulen rücken. Großkapital, Kultusbürokratie und Bund „Freiheit der Wissenschaft" verfolgen das Ziel, Ausbildung und Forschung vollends in den Würgegriff imperialistischer Interessen zu nehmen. Studienreform soll dabei den Widerspruch zwischen bestehender Ausbildung und den aktuellen Qualifikationsanforderungen des Kapitals quantitativ und qualitativ überwinden. Nicht einmal davon kann jedoch die Rede sein. Im Vordergrund steht vielmehr die herrschaftsmäßige Absicherung: Diskriminierung fortschrittlicher Hochschullehrer, Berufs- und Berufungsverbot für Marxisten, Reformkommissionen unter Ausschluß der Betroffenen, Maulkorb-Erlaß für Tutoren usw.; das ist die „Studienreform" der Herrschenden. Sie verschärft die Ausbildungssituation und verengt die Qualifikation der Auszubildenden. Die staatlich verordnete Studienreform im Dienste des Großkapitals ist gegen die objektiven Interessen der Masse der Studierenden gerichtet. Umfassende wissenschaftliche Ausbildung, die zur Wahrnehmung fachlicher Anforderungen und zur Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und der entsprechenden Handlungsmöglichkeiten befähigt: darauf richten sie ihre Forderungen.

Der vds lehnt eine rigide Trennung der Studiengänge in „anwendungsbezogene kurz- und forschungsbezogene Langstudiengänge" ab. Statt dessen muß eine Differenzierung des Studiums vom einheitlichen Grundsatz wissenschaftlicher und demokratischer Ausbildung ausgehen.

Dies beinhaltet, daß die Differenzierung des Studiums nur im Zusammenhang mit einer demokratisch geregelten Curriculumreform erfolgen kann, die auch Studienzeitvorschläge einbezieht. Dies ist eine Absage an die staatliche Studienzeitreglementierung. Der vds fordert Lehrinhalte, die auf naturwissenschaftlich-technischem, politischem, ökonomischem und sozialem Gebiet demokratischem Fortschritt dienen! Antigewerkschaftliche, antikommunistische, militaristische, friedensfeindliche, rassenideologische, neokolonialistische Lehrinhalte müssen verboten werden!

Die marxistische Wissenschaft muß als gleichberechtigte Lehr- und Forschungseinrichtung in allen Hochschulen und Fachbereichen verankert werden!

Gerade der Marxismus trägt dazu bei, den Studenten die Einsicht in ihre aktuelle und perspektivische gesellschaftliche Lage zu vermitteln, ihnen die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und der Interessen der lohnabhängig Arbeitenden aufzuzeigen und sie zur aktiven und organisierten Wahrnehmung ihrer Interessen im Kampf an der Seite der arbeitenden Bevölkerung zu befähigen. Daher richten sich die Verfolgungsmaßnahmen der Herrschenden mit besonderer Schärfe gegen marxistische Wissenschaftler. Angesichts des real bestehenden Monopols der bürgerlichen Wissenschaft wird die Verwirklichung des Wissenschaftspluralismus zur Kampfaufgabe aller fortschrittlichen Kräfte.

Die Berufs- und Berufungsverbote, die mit dem Hamburger Senatserlaß begannen und im Ministerpräsidentenbeschluß zur Einstellung von sogenannten Verfassungsfeinden ihren Höhepunkt fanden, richten sich allerdings nicht nur gegen marxistische Wissenschaftler. Von ihnen sind alle fortschrittlichen Wissenschaftler bedroht, alle, die in ihrer wissenschaftlichen Arbeit für materielle Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung eintreten.

Eine demokratische Studienreform, die den Interessen der Auszubildenden und der arbeitenden Bevölkerung entspricht, setzt entsprechend qualifizierte Wissenschaftler voraus, die nach ihren didaktischen- methodischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten in der Lage sind, solche Reformkonzepte mit zu erarbeiten und zu realisieren.

Daher fordert der vds: Schluß mit der politischen Selektion bei den Berufungsentscheidungen, Schluß mit der Disziplinierung fortschrittlicher Wissenschaftler, konsequente Verwirklichung des Wissenschaftspluralismus an allen Hochschulen und in allen Fachbereichen, Freiheit der Wissenschaft auch für den Marxismus, gleiches Recht in Forschung und Lehre für die marxistische Wissenschaft, gleiches Recht für marxistische Wissenschaftler.
Der vds fordert:
Bindung des Ministers an die Berufungsvorschläge der Hochschule, gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen, insbesondere auch der Studenten in Berufungsfragen!
Demokratische Lehrinhalte können sich nur in demokratischen Lehrformen realisieren! Forschende, kollektive, projektorientierte Arbeitsweisen unter gleichberechtigter Mitbestimmung aller Beteiligten müssen abgesichert werden. Dem wissenschaftlichen Studium müssen Prüfungen in ihrem Charakter als kollektive wie individuelle Selbstkontrolle entsprechen. Prüfungen dürfen weder als Selektionsinstrument noch als Disziplinierungsmittel zur Unterdrückung politischer Kritik eingesetzt werden. Allein auf der Basis umfassender Information über die Anforderungen einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft können die Auszubildenden Ausbildungsgang und Ausbildungsschwerpunkte rational bestimmen.
Deshalb lehnt der vds Berufs- und Studienberatung in der Form von Lenkungsinstrumenten großkapitalistischer Arbeitsmarktpolitik ab und fordert
eine Berufs- und Studienberatung durch Gewerkschaften und gewählte Vertreter der Auszubildenden.
Studienreform darf nicht Staats- und Monopolausschüssen in die Hände fallen. Soll sie der umfassenden Entfaltung von Qualifikationen im Interesse der Werktätigen und der Studierenden zugute kommen, so muß sie an der Basis, von den Fachbereichen, unter demokratischer Kontrolle konzipiert und durchgeführt werden. Daher: Für eine demokratische Studienreform durch die Fachbereiche bei gleichberechtigter Mitbestimmung der Studenten und demokratischer Kontrolle durch die Gewerkschaften. Gegen die zentralen Formierungsgremien nach KMK- und WRK-Vorstellungen fordert der vds Studienreformkonferenzen als Zusammenschluß von demokratisch gewählten Vertretern der Fachbereiche unter Einbeziehung der Gewerkschaften!

c) Bildungspolitische Vorstellungen des DGB

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Kluft zwischen der demokratischen Verfassung und der Verfassungswirklichkeit besonders deutlich wird. Eine ebensolche Distanz besteht zwischen den Ausbildungsinhalten und -formen und den Ausbildungsanforderungen einer hochindustrialisierten Gesellschaft, die sich nach der Auffassung des DGB nach freiheitlich-demokratischen und sozialen Grundsätzen entwickeln soll. Wenn auch Fortschritte in dieser Entwicklung unverkennbar sind, so machen sich doch auch Gegenströmungen bemerkbar.

Der DGB geht davon aus, daß mehr Demokratie zwar nicht allein durch Bildung, aber ebensowenig ohne Hebung des allgemeinen Bildungsstandes erreichbar ist.
Der DGB fordert ein Bildungswesen, das Einsichten in gesellschaftliche Interessenkonflikte vermittelt und dazu befähigt, diese Konflikte in demokratischen Formen auszutragen. Dazu gehört auch, Interessen in Solidarität mit anderen zu vertreten.
Der DGB lehnt eine Bildungsreform ab, die lediglich eine rationellere Vermittlung ökonomisch verwertbaren Sachwissens anstrebt.
Der bestehende Bildungsnotstand in der Bundesrepublik benachteiligt in erster Linie die Kinder von Arbeitnehmern, die nicht in der Lage sind, die Mängel des öffentlichen Schulwesens durch familiäre Erziehung zu kompensieren.
Obwohl die gegebene Entwicklung der Produktivität gesellschaftliche Gleichberechtigung durch Bildung wie nie zuvor in der Geschichte möglich machen würde, wird der Notstand in den Bildungsverhältnissen immer bedrückender. Darin wird offenbar, daß zwischen den Interessen der Gemeinschaft und den auf eine private Gewinnmaximierung ausgerichteten Interessen ein Widerspruch besteht. Dieser Widerspruch rechtfertigt in zunehmendem Maße die Forderung des DGB nach Ausweitung des gemeinwirtschaftlichen Sektors.
Er fordert Vorrang für Bildungsinvestitionen durch die öffentlichen Haushalte. Er erkennt die wachsenden Folgelasten, die den öffentlichen Haushalten durch private Investitionsentscheidungen entstehen (Verkehrsmisere, Umweltverschmutzung) und sieht dadurch eine Tendenz zum Zurückstellen von Bildungsinvestitionen begünstigt. Er warnt davor, die Folgen einer solchen Politik für die Zukunftsentwicklung der Gesellschaft zu unterschätzen.
Durch das Einbeziehen gesellschaftlicher Forderungen will der DGB ein „Mehr an Demokratie" anstreben. Er fordert seine Mitglieder auf, sich für die Verwirklichung dieses Zieles im Bildungsbereich einzusetzen.

Bildungspolitische Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Das Verlangen nach Gleichheit der Bildungschancen und einer Demokratisierung des Bildungswesens gehört zu den Grundforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese Forderungen sind nicht ohne eine Reform der überholten Strukturen und Lehrinhalte des Bildungswesens zu verwirklichen. Da die vorliegenden Reformpläne für das Bildungswesen der bildungspolitischen Konzeption des Deutschen Gewerkschaftsbundes nur zum Teil nahekommen, legt der DGB erneut seine Grundsätze für die Reform unseres Bildungswesens dar.

1. Die Begabungen und Interessen von Jugendlichen und Erwachsenen aller Bevölkerungsschichten sind in allen Phasen eines integrierten Bildungssystems optimal zu fördern. Die Chancengleichheit der Geschlechter ist herzustellen.
2. Das Bildungsangebot muß durch Erziehung zur Kritikfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft den einzelnen zur Kontrolle und Mitbestimmung bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen befähigen. Es muß die individuelle Lebensgestaltung bereichern.
3. Der Gegensatz zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung ist sowohl in der Organisation als auch in den Lehrplänen der einzelnen Stufen und Zweige des Bildungswesens aufzuheben. Diese Zusammenfassung wird u. a. die geistige Beweglichkeit sichern, die Anpassung an berufliche Veränderungen ermöglicht.

4. Die Bildungsforschung ist auszubauen und zu fördern; ihre Ergebnisse sind für die Bildungsplanung besser zu nutzen und in eine gesellschaftspolitische Strukturplanung einzubeziehen.

Organisation des Bildungswesens

Die zentralen Bereiche des Bildungswesens werden in Zukunft die Vorschule, die Gesamtschule, die Gesamthochschule und die Einrichtungen der Weiterbildung sein. In ihnen sind die Prinzipien der Integration, Differenzierung und Demokratisierung zu verwirklichen.

Integration bedeutet die gleichwertige Einbeziehung naturwissenschaftlicher, technologischer, gesellschaftswissenschaftlicher, geisteswissenschaftlicher und künstlerisch-gestaltender Bildungsinhalte in eine Bildungseinrichtung. Dies ist notwendig, um trotz unterschiedlicher individueller und schichtenspezifischer Lernvoraussetzungen ein Höchstmaß an Bildung zu vermitteln.

Differenzierung bedeutet das Angebot vielfältiger, den individuellen Neigungen und Leistungsstärken angepaßter Bildungsmöglichkeiten. Die Differenzierung muß dort ihre Grenzen finden, wo sie die gesellschaftliche Integration und die Befähigung zu solidarischem Verhalten gefährdet.

Demokratisierung der Bildungsorganisation bedeutet die Schaffung von Voraussetzungen für die Kontrolle und Mitwirkung der gesellschaftlichen Gruppen und der Öffentlichkeit an den bildungspolitischen Planungen und Entscheidungen. Im Rahmen des öffentlichen Auftrages des Bildungssystems muß die Selbstbestimmung der Lehrenden und Lernenden institutionell gesichert werden. Dazu müssen veraltete Lehrmethoden aufgegeben werden. Auch dürfen Lehrpläne ein Studium in Anlage und Dauer nicht so beschränken, daß es nur zu einer Minderqualifikation führt.

Struktur des Bildungswesens

1. Vorschulischer Bereich (Elementarbereich)

Der DGB wendet sich eindeutig gegen alle Versuche, im vorschulischen Bereich durch leistungsorientierte Angebote die bestehende Ungleichheit der Bildungschancen zu verschärfen. Wenn die Einrichtungen im vorschulischen Bereich zu Instrumenten werden sollen, mit denen Chancengleichheit angestrebt werden kann, so müssen sie vordringlich Förderungsmaßnahmen dienen; diese Maßnahmen sollen zuerst sozial benachteiligten sowie schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kindern gelten.

Die bestehenden Einrichtungen sind so auszubauen, daß für alle Kinder von drei Jahren an Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Vorrangig sollten Kinder aus sozial schwachen Familien – auch aus denen ausländischer Arbeitnehmer – berücksichtigt werden.

Die Zahl der Kinder ist in den einzelnen Gruppen auf ein pädagogisch vertretbares Maß zu beschränken. Sie sollte höchstens 15 betragen.

Das Ziel der Vorschulerziehung soll Hilfe sein, in eine Gemeinschaft zu finden. Die Erziehungsinhalte und -methoden müssen sich daran orientieren, das Bewußtwerden der eigenen Persönlichkeit mit der Vermittlung solidarischen Handelns zu

verbinden. Diese sozialbezogene Erziehung muß dazu befähigen, Bedürfnisse frei zu äußern, andere Interessen anzuerkennen und selbständig Kritik zu üben.

Im Bereich der Sachbildung sollen spielendes und schöpferisches Lernen im Vordergrund stehen.

Im Hinblick auf die Ziele und die Bedeutung der Vorschulerziehung muß die Ausbildung der Erzieher im Rahmen besonderer sozialpädagogischer Studiengänge in der Gesamthochschule erfolgen. Die Träger des öffentlichen Bildungswesens haben die Aufgabe, über die Notwendigkeit vorschulischer Erziehung ausreichend Aufklärungsarbeit zu leisten.

2. Die Grundstufe (Primarstufe)

Der DGB setzt sich dafür ein, daß die Einschulung auf das 5. Lebensjahr vorverlegt wird. Da jedoch Leistungsmotivationen und soziales Verhalten der Kinder durch familiäre Erziehung in unterschiedlichem Grad entwickelt sind, ist es die wesentliche Aufgabe, an die vorrangig sozialen Ziele des vorschulischen Bereichs anzuknüpfen und sie in einer zweijährigen Eingangsstufe weiterzuverfolgen. Der DGB warnt davor, eine solche Eingangsstufe der Grundschule als Instrument zur Verkürzung der Schulzeit oder der Vorverlegung der folgenden Schulstufen zu mißbrauchen.

Der DGB fordert, durch kleine Klassen (höchstens 25 Kinder) und Einrichtung zusätzlicher Förderstunden die Voraussetzungen für eine ausgleichende Erziehung zu schaffen. Das könnte auch ein ungerechtfertigtes Abschieben auf Sonderschulen in solchen Fällen verhindern, in denen ein kompensatorischer Unterricht Erfolg haben könnte.

3. Die Gesamtschule

Die Gesamtschule muß durch Integration und Differenzierung eine optimale Förderung von Begabungen und Interessen sicherstellen und darüber hinaus in Fortsetzung der kompensatorischen Bestrebungen in Vorschule und Grundschule auf den Ausgleich von milieubedingten Benachteiligungen bedacht sein. Wegen der Notwendigkeit ausgleichender Erziehung muß langfristig die Gesamtschule als Ganztagsschule konzipiert und die Sonderschule einbezogen werden. Einrichtungen der Bildungsberatung sind auszubauen und zu koordinieren.

a) Mittelstufe (Sekundarstufe I)

An die Stelle des Unterrichts in geschlossenen Klassenverbänden ist in der Mittelstufe ein Kern- und Kursunterricht einzuführen. Neben dem für alle Schüler verbindlichen Unterricht in den Kernfächern, deren Zahl in den aufsteigenden Schulstufen zunehmend einzuschränken ist, muß ein Kursunterricht treten, damit Neigung und Begabungsrichtung und damit die Auswahl der Fächer und der erreichte Lebensstandard in den Kern- und Kursfächern den Bildungsgang, seine Dauer und den Bildungsabschluß bestimmen.

Der DGB sieht in der Orientierungsstufe eine Übergangseinrichtung zur Gesamtschule. Als Irreführung der Öffentlichkeit betrachtet er es, wenn Einrichtungen dieser Art, die an den bestehenden drei Schulformen nebeneinander geführt wer-

den, unter der Bezeichnung Orientierungsstufe angeboten werden. Für alle Schüler muß eine Hinführung auf die Wirtschafts- und Arbeitswelt im Unterricht der Mittelstufe obligatorisch sein. Dazu gehören Berufs-, Betriebs- und Wirtschaftskunde mit ihren gesellschaftlichen Bezügen.

b) Oberstufe (Sekundarstufe II)

In der Oberstufe muß durch ein vielfältiges Angebot praxisorientierter und theoriebezogener Lehrinhalte die Trennung zwischen allgemeinbildendem und berufsbildendem Schulwesen aufgehoben werden. Diese Stufe soll die Studierfähigkeit oder eine erste berufliche Qualifikation oder beides vermitteln.

Es entspricht nicht diesen Zielen, wenn in der Oberstufe Einrichtungen gleichen Inhalts, aber verschiedenen Niveaus nebeneinander belassen, mitunter sogar neu geplant werden.

Der DGB wendet sich vor allem gegen die sich daraus ergebenden Diskriminierungen derjenigen, die an Inhalten der Technik, Wirtschaft und auch des Sozialen gebildet werden. Über die Beschäftigung mit diesen Inhalten muß ebenso allgemeine Studierfähigkeit zu erreichen sein wie über die Fächer des herkömmlichen Gymnasiums. Die bisherige generelle Hochschulreife darf nicht durch spezielle Hochschulreifen ersetzt werden.

Spezielle fachliche Qualifikationen – soweit sie für ein Studienfach erforderlich sind – müssen durch vertiefende Angebote auch noch an der Hochschule erreichbar sein. Die Entscheidung über den direkten Übergang in den Beruf oder die Weiterführung des Bildungsganges an der Hochschule darf nicht durch die Wahl eines bestimmten Bildungsweges in der Oberstufe unwiderrufbar fallen, sondern sollte bis zum Ende dieser Schulstufe offenbleiben.

Soweit der Bildungsgang in eine konkrete berufliche Bildung einmündet, ist der zeitliche Anteil praktischer und theoretischer Bildung entsprechend dem Ziel des beruflichen Bildungsganges und den Bedürfnissen der Vorbereitung auf die außerberufliche Lebensführung aufzugliedern. Hierbei sind die in vielen Berufen zunehmenden theoretischen Anforderungen und der allgemeine Bildungsauftrag der Schule zu berücksichtigen. Die Ausbildungsgänge können nicht mehr auf die Erlernung eines herkömmlichen Lebensberufes abgestellt sein. Jeder Jugendliche muß eine berufliche Grundbildung erhalten, die den Zugang zu mehreren Berufen eröffnet und die allgemeine Bildung weiterführt. Diese Grundbildung wird als erste Stufe der beruflichen Bildung in Form eines vorzeitschulischen Berufsgrundbildungsjahres durchzuführen sein. Eine auf ihr aufbauende Fachbildung muß zunächst die allgemeinen und fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, um sich dann den speziellen Ausbildungsinhalten zuzuwenden.

In Betrieben darf nur im öffentlichen Auftrag ausgebildet werden. Alle Ausbildungsstätten müssen betriebswirtschaftlich unabhängig sein. Sie dürfen nicht den Unternehmerinteressen nach Spezialisierung und Gewinnorientierung dienen; sie müssen eine vernünftige und methodisch wie inhaltlich gegliederte Ausbildung garantieren. Die Ausbildung darf nur nach allgemeinverbindlichen Plänen erfolgen. Alle Ausbildungseinrichtungen müssen öffentlicher Aufsicht und Kontrolle unter Mitbestimmung der Gewerkschaften unterliegen. Ausbilden darf nur, wer fachlich und pädagogisch ausgebildet und geeignet ist. Theoretische und praktische Ausbildung sind als Einheit zu verstehen. Die Fachbildung muß in ein System ständiger Fortbildung übergehen.

4. Die Gesamthochschule

Dem gleichberechtigten Nebeneinander von Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen muß eine stufenweise Zusammenfassung in integrierte Gesamthochschulen folgen. Zum tertiären Bereich gehören auch die Fachschulen sowie Teile der Weiterbildung. Mit der Bildung von Gesamthochschulen muß eine Neuordnung der Studiengänge verbunden sein.

In der Gesamthochschule muß es möglich sein, entsprechend der unterschiedlichen Neigung und Leistungsfähigkeit der Studierenden die Entscheidung für eine Ausrichtung auf ein stärker praxisbezogenes oder stärker forschungsbezogenes Studium einem Teil der Studierenden schon sehr früh zu ermöglichen und für andere möglichst lange offenzulassen. Dieser doppelten Zielsetzung wird am ehesten entsprochen, wenn das Studium in kürzere Einheiten und in jeweils wechselnde neue Kurskombinationen aufgegliedert werden kann. Die Studierenden müssen die Möglichkeit haben, innerhalb der Gesamthochschule anerkannte berufsqualifizierende Abschlüsse zu verschiedenen Zeiten zu erwerben, ohne dabei von vornherein auf einen bestimmten Studienabschluß festgelegt zu werden. Das Recht zum Anschluß- und Weiterstudium ohne Zeitverlust muß dabei jederzeit garantiert werden. Der DGB wendet sich nicht gegen die Einrichtung von Studiengängen unterschiedlicher Dauer; er warnt jedoch vor der Gefahr von Bildungssackgassen und einer Verschulung des Studiums. Um die Wissenschaftlichkeit des Studiums zu sichern, muß sich die Tätigkeit der hauptamtlichen Hochschullehrer sowohl auf die Forschung als auch auf die Lehre erstrecken.

Die Freiheit von Forschung und Lehre muß gewahrt bleiben. Im besonderen muß die Forschung von der Einflußnahme privatwirtschaftlicher Interessen durch geheime Auftragsforschung und die dadurch bedingte Abhängigkeit ganzer Institute von finanziellen Zuwendungen der Industrie befreit werden.

Die Fremdmittel der Institute müssen offengelegt und die finanziellen Zuwendungen auch an einzelne Mitglieder der Institute durch Gremien des Hochschulbereiches kontrolliert werden.

Ergebnisse der Forschung dürfen nicht Eingang in Patente finden oder sonstwie dem allgemeinen Zugang entzogen werden, sondern müssen jedem offenstehen.

Die Forschungsplanung gewinnt dadurch, daß sie Schwerpunkte und Prioritäten setzt, besondere gesellschaftspolitische Bedeutung. Die Schwerpunkte und Prioritäten ergeben sich aus der Gewichtung politischer Interessen. Daher muß die Forschungspolitik dem Grundsatz demokratischer Kontrolle unterworfen werden, damit nicht als Folge unkontrollierter privater Einflußnahme langfristige Gemeinschaftsaufgaben hinter kurzfristigen privatwirtschaftlichen Nutzenüberlegungen zurückstehen müssen. Als langfristige Gemeinschaftsaufgaben, die im Rahmen staatlicher Forschungsfinanzierung verstärkter Förderung bedürfen, müssen solche Forschungen gelten, die dazu beitragen, eine humane Zukunft der Gesellschaft rational zu gestalten. Dazu gehören Bereiche der Sozialwissenschaft, insbesondere der Arbeitswissenschaft, der Arbeits- und Unfallmedizin, der Friedens- und Zukunftsforschung, der Umwelt-, Raumordnungs- und Städtebauforschung sowie die Bildungs- und Berufsbildungsforschung.

Im Rahmen der Gesamthochschule muß die Lehrerausbildung entsprechend ihrer zentralen Bedeutung besonders berücksichtigt werden. Die Ausbildung muß acht Semester umfassen. An die Stelle einer Ausbildung für Schularten muß eine Ausbildung für Stufenschwerpunkte treten. Die Schwerpunktbildung in einem Fach-

bereich sollte für eine Lehrbefähigung ausreichen. Für den Vorschulbereich ist eine gründliche sozialpädagogische Ausbildung vorzusehen. Für alle Lehrer ist nach fünf Berufsjahren ein Kontaktstudium von der Dauer eines Semesters einzurichten.
Die im Bereich der beruflichen Bildung tätigen Ausbilder müssen nicht nur bestimmte fachliche, sondern auch pädagogische Qualifikationen nachweisen. Sie haben das Recht und die Pflicht zu ständiger Weiterbildung. Praktikern – gleich, ob sie in betrieblichen Ausbildungsstätten tätig sind oder an Schulen unterrichten – muß es möglich sein, die volle Lehrbefähigung zu erlangen.

5. Weiterbildung

Weiterbildung muß ein Teil eines einheitlichen, nach der Konzeption des lebenslangen Lernens gestalteten Bildungssystems sein.
Diese Konzeption soll einen zusätzlichen Beitrag zum Erreichen von Chancengleichheit liefern. Auf diese Weise werden Privilegien aus einmal erlangten Bildungsabschlüssen in Frage gestellt, hierarchische Strukturen abgebaut und der Prozeß der Demokratisierung gefördert.
In allen ihren Einrichtungen und Veranstaltungen muß die Weiterbildung die Arbeitnehmer zur Selbstbestimmung, das heißt zur kritischen Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt und zur aktiven Inanspruchnahme ihrer Grundrechte in allen Lebensbereichen befähigen. Diesem gesellschaftlichen Auftrag entsprechend ist Weiterbildung immer auch politische Bildung. Deshalb ist auch im Bereich der Weiterbildung die Integration von gesellschaftlicher und beruflicher Bildung anzustreben.
Im Bereich der beruflichen Bildung und überall dort, wo Weiterbildung den Weg zu Abschlüssen im Sekundar-, Fach- und Hochschulbereich öffnet, ist ein inhaltlich differenziertes, jedoch aufeinander bezogenes System von Kursen nach dem Baukastenprinzip zu schaffen. Die Inhalte dieser Kurse müssen so gestaltet werden, daß jeder, der sich weiterbildet, überall im gleichen Kurs gleiche Inhalte vorfindet. Dazu sind in diesen Bereichen bundeseinheitliche, von Trägern unabhängige Richtlinien erforderlich. Im Rahmen dieser Richtlinien müssen jedoch Bildungsangebote möglich sein, die auf die Besonderheiten der Träger abgestimmt sind und so der Vielfalt gesellschaftlicher Interessen Rechnung tragen.
Der sich Weiterbildende muß genügend Zeit zur Verfügung haben. Deshalb ist für gesellschaftliche Bildung Bildungsurlaub zu gewähren.
Durch Gesetz muß das Recht auf einen Bildungsurlaub von mindestens zwölf Werktagen jährlich gesichert werden. Innerhalb bestimmter Grenzen sollte ein Ansammeln der jährlichen Ansprüche möglich sein, um die Teilnahme an Veranstaltungen zu ermöglichen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken.
Die Inhalte von Veranstaltungen im Rahmen von Bildungsurlaub müssen vor allem Einsichten in gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Sachverhalte vermitteln. Für berufliche Fortbildung muß die Freistellung von anderer Arbeit über Arbeits- und Tarifverträge erfolgen, und zwar für einen Zeitraum, der eine wirksame Fortbildung zuläßt.
Alle öffentlichen Einrichtungen des Bildungssystems müssen für die Weiterbildung zur Verfügung stehen.
Die Weiterbildung als Gemeinschaftsaufgabe bedarf der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Die Förderung muß durch Gesetze gesichert werden.

Die Bildungspolitik der Länder und des Bundes muß auch im Bereich der Weiterbildung koordiniert werden, damit nicht unterschiedliche gesetzliche Regelungen ein Bildungs- und Chancengefälle fördern oder hervorrufen. Dazu ist eine Rahmenkompetenz des Bundes unerläßlich.

Demokratisierung der Bildungseinrichtungen

Das Bildungssystem vermittelt grundlegende Werte einer Gesellschaft und entscheidet damit über ihre politische Gestalt. Bildung darf jedoch nicht darauf beschränkt bleiben, abstrakte Inhalte demokratischer Werte zu vermitteln. Sie muß vielmehr als ein Prozeß verstanden werden, der zu aktivem Mitgestalten und selbstverantwortlichem Handeln führt und davon getragen wird.
Der sich daraus ständig erweiternde Spielraum selbständigen Handelns erfordert zwingend entsprechende Beteiligungsrechte. Sie müssen in den verschiedenen Gremien und Institutionen des Bildungswesens in Direktvertretung und in der indirekten Vertretung durch die für die Beteiligten sprechenden Verbände wahrgenommen werden.
Wo solche Einrichtungen noch nicht bestehen, sind sie zu schaffen.
Bestehende Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, z. B. im Bereich der beruflichen Bildung, müssen gesichert und in das künftige Bildungssystem voll integriert werden.
Die öffentliche Diskussion bildungspolitischer Gesetzentwürfe vor ihrer parlamentarischen Behandlung muß so gesichert sein, wie das in anderen Bereichen üblich ist.
Die Gewerkschaften müssen an dieser Diskussion beteiligt werden. Die erforderlichen Rahmenvorschriften für die Schulorganisation müssen gesetzlich eine weitgehende Selbstverwaltung der Schule sicherstellen. An der Selbstverwaltung der Schule sind Lehrer, Ausbilder, Eltern, Schüler und Beschäftigte der Schule zu beteiligen. Die Vorsitzenden der Schulkollegien sind auf Zeit zu wählen, wobei vorzeitige Abberufung und Wiederwahl möglich sein muß. In Betrieben und Verwaltungen mit Berufsbildung ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer über Maßnahmen und Durchführung der Berufsbildung einschließlich der personellen Auswahl zu sichern. Hierzu gehören insbesondere die Bildung von Kommissionen für die Berufsbildung in allen Ausbildungsbetrieben, in denen neben dem Betriebsrat und den Jugendvertretern die Gewerkschaften durch einen sachverständigen Vertrauensmann vertreten sind. Daneben ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter bei der überbetrieblichen Berufsbildung zu gewährleisten.
In den Organen der Universität sind die Hochschullehrer, die akademischen Mitarbeiter, die weiteren Mitarbeiter und die Studierenden zu beteiligen. Soweit die Organe personalpolitische Entscheidungen treffen, muß die Gruppe der weiteren Mitglieder mitentscheiden können. Die Aufgabe der Personalräte darf dabei nicht beeinträchtigt werden.
Die zu schaffenden Kollegialorgane müssen in ihren Beteiligungsrechten so ausgestattet werden, daß sie – frei von hochschulinternen Abhängigkeiten – eine wirksame Kontrolle über die Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre ausüben können.
Alle hauptamtlich als Lehrer und Forscher an der Hochschule Tätigen müssen als Hochschullehrer gleichgestellt werden, wobei das Dienst- oder Arbeitsverhältnis

unberührt bleibt. Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Wissenschaftlern des gleichen Instituts müssen abgebaut werden. Anstellungen in Form von Kettenverträgen sind aufzuheben und durch Dienst- und Arbeitsverträge mit entsprechendem arbeitsrechtlichen Schutz abzulösen.
Alle Stellen für Hochschullehrer sind öffentlich auszuschreiben. Die wissenschaftliche und pädagogische Befähigung ist durch Leistungen innerhalb bzw. außerhalb der Hochschule nachzuweisen und in einem hochschulöffentlichen Verfahren festzustellen.
In allen Bereichen des Bildungswesens sind die bisherigen Prüfungs- und Ausleseverfahren durch geeignetere Qualifikationsnachweise abzulösen. Unbedingt einzuschränken sind solche Ausleseverfahren, die schon vorzeitig den Weg für das spätere Leben mehr oder weniger festlegen. Wo Prüfungen unvermeidbar sind, müssen sie objektiviert werden. Für ausreichende Kontroll- und Berufungsmöglichkeiten ist Sorge zu tragen.

Rationalisierung des Bildungswesens

Voraussetzung eines modernen Bildungssystems ist Intensivierung der Curriculum-Forschung und -Entwicklung.
Die Bestimmung der Lernziele, Lerninhalte und Lernmethoden darf weder von der Schulverwaltung noch von privatwirtschaftlichen Lehr- und Lernmittelproduzenten reglementiert werden, sondern muß in einem ständigen Erfahrungsaustausch mit der Bildungspraxis in wissenschaftlich informierter und öffentlicher Diskussion erfolgen.
Eine Zentralstelle sollte die Ergebnisse sammeln und auswerten sowie entsprechende Anregungen zur Diskussion geben. Die Zentralstelle muß politisch und fachlich legitimiert sein. Die Zusammensetzung ihrer Leitung muß sicherstellen, daß wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Argumente offen diskutiert werden.
Neue Unterrichtsformen und -methoden, die mit dem Ziel einer Rationalisierung des Bildungswesens eingeführt werden müssen, haben demokratischen Prinzipien zu folgen; denn die Wirksamkeit von Unterrichtsformen und -methoden ist entscheidend von ihrem demokratischen Gehalt abhängig. Da es darauf ankommt, die Selbständigkeit des Lernens und der Urteilsbildung zu fördern und zu üben, müssen Formen des kooperativen Lernens gefunden werden, welche die immer noch praktizierten autoritären Unterrichtsformen ablösen.

Grundsätze inhaltlicher Gestaltung der Bildung

Der DGB erachtet folgende Grundsätze für die Formulierung von Bildungsinhalten als wesentlich:

1. Das Wissen muß in der den jeweils neuesten lernpsychologischen Erkenntnissen entsprechenden Form dargeboten werden.
2. Die Bildungsinhalte müssen auf die Förderung von Lernfähigkeit, Einsichtsfähigkeit, Kritikfähigkeit und schöpferischer Eigentätigkeit angelegt sein.
3. Die Bildungsinhalte müssen an konkreten Erfahrungsbereichen orientiert sein.
4. Theoretische und anwendungsbezogene Bildungsinhalte müssen aufeinander bezogen sein.

5. Sozialwissenschaftliche Bildungsinhalte haben besondere Bedeutung. Sie müssen über ihren Eigenwert hinaus dazu dienen, anderen Wissensbereichen politische Perspektiven zuzuweisen.
6. Gesellschaftliche Bildung muß sich mit konkreten Beispielen bestehender Interessengegensätze befassen. Diese Aufgabe gilt nicht nur für sozialwissenschaftliche Bildungsinhalte, sondern für den ganzen Bildungsprozeß.

Bildungsfinanzierung

In unserer Gesellschaft sind die öffentliche Planung und die Bereitstellung öffentlicher Güter hinter der privatwirtschaftlichen Planung und hinter der Produktion privater Güter zurückgeblieben. Alle Bereiche der gesellschaftlichen Infrastruktur, die sich nicht privatwirtschaftlich, sondern nur durch öffentliche Planung und öffentliche Ausgaben entwickeln lassen, befinden sich in strukturellen Krisen. Dies gilt auch für den Bereich Bildung und Wissenschaft. Die hier herrschende öffentliche Armut beeinträchtigt in zunehmendem Maße die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und die persönliche Sicherheit der Arbeitnehmer in der Industriegesellschaft.
Um die nötigen Reformen im Bereich des Bildungswesens und in den anderen Infrastrukturbereichen durchzuführen, müssen die öffentlichen Ausgaben für diese Bereiche im Verhältnis zum Wachstum des Bruttosozialprodukts überproportional gesteigert werden; die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft müssen bis 1980 auf etwa 8 Prozent des Bruttosozialprodukts erhöht werden. Die politischen Steuerungsmöglichkeiten unseres Wirtschaftssystems müssen so ausgetattet werden, daß die Reformen finanzwirtschaftlich und güterwirtschaftlich verwirklicht werden können.
Eine auf Entspannung gerichtet Politik muß dazu führen, daß bisher für Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel dem Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen zur Verfügung stehen. Friedens- und Konfliktforschung sollen helfen, den Weg zum Erfolg einer solchen Politik aufzuzeigen.
Besondere Schwierigkeiten für die Durchsetzung der Reformen im Bereich des Bildungswesens und in den anderen Infrastrukturbereichen entstehen durch die Produktionsstruktur der Bauwirtschaft und durch das geltende Bodenrecht.
Die Bauwirtschaft wird den Anforderungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Infrastruktur nur dann nachkommen können, wenn industrielle Formen des Bauens rasch entwickelt und wirtschaftlich durchgesetzt werden. Zur Entwicklung und wirtschaftlichen Durchsetzung industrieller Planungs- und Fertigungstechniken in der Bauwirtschaft sollte die öffentliche Hand mit den im Wohnungs- und Städtebau tätigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen kooperieren.
Infrastrukturinvestitionen setzen die Bereitstellung von Grund und Boden in erheblichem Umfang voraus. Deshalb muß das Vorkaufs- und Enteignungsrecht der öffentlichen Hand ausgebaut werden. Der heute geltende Vorrang privater Nutzungs- und Gewinninteressen am Boden samt der daraus wuchernden Bodenspekulation muß beseitigt werden durch eine Novellierung des Bundesbaugesetzes, die das Verfassungsprinzip der Sozialpflichtigkeit des Eigentums im Bereich des Bodenrechts durchsetzt.
Ohne industrielles Bauen und ohne eine Reform des Bodenrechts wird ein erheblicher Teil der öffentlichen Ausgaben für die Infrastruktur lediglich zu volkswirt-

schaftlich schädlichen Preiserhöhungen für Bauleistungen und für Bauboden führen.
Den Politikern und der Öffentlichkeit einsichtig zu machen, daß die öffentlichen Investitionen ständig erhöht werden müssen und daß dabei der Anteil der Bildung Vorrang haben muß, ist selbst eine wichtige bildungspolitische Aufgabe des DGB.

* Verabschiedet vom Bundesvorstand des DGB am 7. März 1972.

d) Zum Schul- und Hochschul-„Reform"-Programm der CDU

Studie des Arbeitskreises Schul- und Bildungspolitik beim Parteivorstand der DKP

Der Hintergrund: Die bildungspolitischen Grundpositionen der Monopole

1969/70 wurde mit Hilfe der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung der großangelegte Versuch unternommen, das gesamte Bildungswesen im staatsmonopolistischen Sinne zu modernisieren. Dieser Versuch stieß bald an systembedingte ökonomische und politische Grenzen.
Allein die rasche Beseitigung des materiellen Bildungsnotstands (Lehrermangel, Schulraumnot, überfüllte Klassen) hätte sich nur auf Kosten von Profit und Rüstung finanzieren lassen; jede Neuerung würde zusätzliche Mittel erfordern. Die Kosten durch eine „Bildungssteuer" auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen, erscheint z. Z. noch politisch nicht opportun. Gleichzeitig wurde offenkundig, daß der ökonomische und politische Wert von Bildungsausgaben sich für die Monopole schwer abschätzen läßt. In vielen Bereichen des öffentlichen Schulwesens läßt sich nicht garantieren, daß alle Bildung für den Profit verwertbar ist, daß alle Bildung und Erziehung nur brave Untertanen fabrizieren.
Da aber der Bildungsnotstand inmitten der wissenschaftlich-technischen Revolution, da auch die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus und die wachsenden Forderungen der Bevölkerung nach einem demokratischen Bildungswesen die Monopole in ständigen Zugzwang bringen, entwickelten sie in den letzten Jahren – trotz gewisser innerer Differenzen – ein mittelfristiges bildungspolitisches Minimalprogramm, das sich zusammenfassend etwa folgendermaßen umreißen läßt:

1. Das bestehende Schulsystem soll im wesentlichen unverändert bleiben. „Was nun den Bildungsplan selbst betrifft, so stellt sich bei einer ersten Durchsicht die Frage, warum Bundesregierung und Bildungsrat sich nicht mehr an den bestehenden Aufbau des Schulwesens angelehnt und auf eine pragmatische Verbesserung des vorhandenen Schulsystems von vornherein verzichtet haben. ... Die weitere soziale Öffnung der höheren Schulen, die Senkung der Klassenfrequenzen durch Erhöhung der Lehrerstellen, ebenso eine straffere Durchgliederung der einzelnen

Schularten wäre wohl durchaus im bestehenden System möglich." (Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages DIHT, Otto Wolff von Amerongen, am 22. 10. 70; in: DIHT-Informationen vom 22. 10. 1970)

2. Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs, keine Chancengleichheit, keine Einführung von Gesamtschulen. „Es ist anzunehmen, daß ein von der integrierten Gesamtschule erwartetes wesentliches Ergebnis – die Verwirklichung der vollen Chancengleichheit – durch die Bildung notwendiger (!!) Leistungsgruppen wieder infrage gestellt wird." (Stellungnahme des „Kuratoriums der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung" im Auftrag des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstags, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, des Zentralverbandes des deutschen Handwerkes zum 3. Entwurf des Bildungsgesamtplanes; abgegeben am 2. 6. 1971) „Eine grundsätzliche Stellungnahme zur Einführung der integrierten Gesamtschule kann erst abgegeben werden, wenn die Ergebnisse der z. Z. laufenden Schulversuche vorliegen. Die bisher nicht nur positiven Erfahrungen mit Gesamtschulen im In- und Ausland machen eine besonders sorgfältige Prüfung der bei den Versuchen anfallenden Ergebnisse erforderlich." (ebenda)

3. Sorge um eine ausreichende Zahl von niedriger Qualifizierten; Warnung vor „zu vielen" Akademikern.
„Es muß doch auch eine Antwort darauf gegeben werden, wie unsere heutige Produktionswirtschaft sich überhaupt noch in Einklang mit unseren Bildungsprogrammen bringen läßt. Bereits vor 4 Jahren wurde vom Wissenschaftsrat des Bundespräsidenten veröffentlicht, daß wir im Jahr 1980 eine Million Schulabgänger haben werden, von denen 500 000 mit einem gegenüber der heutigen Zeit verbesserten Abitur auf die Universität gehen werden. Von den anderen 500 000 werden sich 250 000 über den 2. Bildungsweg eine Hochschulausbildung erarbeiten. Wo sind die Arbeitsplätze für diese 750 000 Schulabgänger, die alle nicht mehr produzieren wollen in dem Sinne, wie wir bisher Produktion verstanden haben? Wo bleibt die Produktion bei einer Nachwuchsrate von max. 200 000 bis 250 000 Menschen im Jahr, die in unserem Lande für die reine Produktion und die einfachen Dienstleistungen vielleicht noch zur Verfügung stehen? Ist hier die Hereinnahme von Millionen von Ausländern wirklich der einzige Ausweg?" (Ernst Wolf Momsen, Konzernvertreter zunächst im Rüstungs-, jetzt im Wirtschaftsministerium, in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19. 5. 1972.)
„Man redet zwar dauernd von gesellschaftlicher Praxis – ohne diese Praxis zu kennen. Ich wiederhole: Diese Praxis ist die Welt der Arbeitsteilung. Etwas anderes zu glauben, ist keine einfache ‚produktive Utopie', sondern blanke, gefährliche Illusion. Wenn unsere Bildungsreformer das nicht sehen, so wird durch ihre ‚systemüberwindenden' Reformen für viele Jugendliche – ob Schüler oder Studenten – der soziale Abstieg programmiert." (Otto Wolff von Amerongen in seiner Rede vor dem „Berufsausbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft" am 21. 1. 1972 in München; in: DIHT-Nachrichten vom 19. 1. 1972)

4. „Realismus", Rotstift, Rationalisierung, Leistung
„Angesichts der Abstraktions- und Organisationswut, die in der Sprache, den nur scheinbar realen Modellen und in der Zahlenmystik zum Ausdruck kommt, kann

man verstehen, warum kein Finanzminister, kein Regierungschef solche Pläne in seinen Haushalt und in seine Finanzplanung einbaute ... Sie (die Bildungsreformer) haben sich viel zu lange geweigert, einen realistischen Stufenplan zur Bildungsreform zu entwickeln, einen Plan, der Schritt für Schritt vollzugsfähig, finanziell berechenbar und auch finanzierbar gewesen wäre." (ebenda) „Unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg ist aber der Wille zu durchgreifender Rationalisierung. Geldaufwand allein genügt nicht." (von Amerongen, am 20. 10. 1970 s. o.)

5. Bildungssteuer für die arbeitenden Menschen

„Sie werden mit mir der Meinung sein, daß der zu erwartende erhebliche Finanzbedarf der öffentlichen Hand, zumal sich aus den Bildungsinvestitionen sofort langfristige gesetzliche Verpflichtungen ergeben, nicht allein durch Staatsverschuldung, schon gar nicht ausschließlich aus dem Kapitalmarkt gedeckt werden kann. Die Bundesregierung wird es, trotz aller Versprechungen, die wir in diesem Jahr vernommen haben, nicht bei der bisherigen Steuerlast belassen können. Steuererhöhungen, vor allem Erhöhungen der indirekten Steuern, werden unvermeidlich sein." (von Amerongen, 20. 10. 1970 s. o.)

6. Konzentration auf die Berufsbildung

„Es ist klar, meine Damen und Herren, daß unser hauptsächliches Interesse der Berufsbildung gilt." (von Amerongen, 19. 1. 1972, s. o.)

7. Ausklammern und Beseitigen von Mitbestimmung, insbesondere der Gewerkschaften

„Eine realistische Bildungsreform ist auf die Teilnahme (!!) aller Betroffenen – der Eltern, Jugendlichen, Lehrer, Studenten, Professoren und auch der Unternehmer – angewiesen" – also nicht der Gewerkschaften. (von Amerongen, 19. 1. 72)

8. Prioritätensetzung – Stufenplan

Für die nächsten Jahre ergibt sich zusammengefaßt etwa folgender Prioritätenkatalog der Monopole:

- Kindergarten- und Vorschulausbau „ohne daß man an ein umfassendes staatliches Kindergarten- und Vorschulsystem denkt", nicht zuletzt, damit Mütter berufstätig werden können;
- Sicherung, daß alle Hauptschüler den Abschluß ihrer Schule erreichen;
- Einführung des allgemeinen 10. Schuljahres jetzt noch nicht. Zunächst klären, ob sich dies als „Berufsgrundbildungsjahr" an den Berufsschulen realisieren läßt;
- Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation, besonders an den Berufsschulen;
- Forderung nach einem soliden Berufsausbildungskonzept der Bundesregierung; Größere Ausrichtung der Hochschulen an der „Praxis" (gleich an den Bedürfnissen der Konzerne), Sicherung „rechtsstaatlicher" (gleich ordnungsrechtlicher) Verhältnisse (nach: der Rede von Amerongen vom 19. 1. 1972).

9. Unterstützung nichtöffentlicher (privater) Bildungseinrichtungen

„... die Leistung der Schule (muß) eine erzieherische Leistung bleiben. Ich finde es in dieser Hinsicht symptomatisch, daß bei der Diskussion über die Bildungsreform von den Privatschulen und von deren Erziehungs- und Reformtradition kaum noch gesprochen wird" (von Amerongen 19. 1. 1972). „... Unter Berücksichtigung des pluralen Gesellschaftssystems müssen jedoch den freien Träger (hier: der Kindergärten) in finanzieller und personeller Hinsicht gleiche Möglichkeiten wie den öffentlichen Einrichtungen zugestanden werden. Eine Notwendigkeit, diesen Bereich der Schulaufsicht zu unterstellen, besteht nicht." (Stellungnahme des „Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung", s. o.)

10. Der wichtigste, aber nur wenig angesprochene Bereich: Die Erziehungsziele und Bildungsinhalte

„Die Bildung unserer Jugend kann von dem Gedanken der Erziehung zum sozialen Wohlverhalten nicht getrennt werden." (von Amerongen, 19. 1. 1972). Otto A. Friedrich (Flick-Konzern), Präsident der BDA, „wandte sich gegen Reformabsichten, die auf eine Veränderung des Systems mit der Begründung hinausliefen, ‚die Jugendlichen aus dem Disziplinierungszwang der betrieblichen Hierarchie zu befreien' " (Westfälische Rundschau, 21. 1. 72). Im Zusammenhang der Diskussion über politische Bildungsarbeit im Betrieb äußerte der BDA-Vertreter Hermann Linke: „Ich bin überzeugter Demokrat, aber gegen die Demokratisierung im Betrieb" (WELT, 29. 1. 1972).

In diesem Zusammenhang der Ziele und Inhalte gehört auch das Bemühen um eine „Wehrkunde" im Unterricht. Schon 1970 forderte die „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände" (BDA) in einem Brief an die Wehrstrukturkommission: „Es dürfte sich also empfehlen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, jungen Menschen – aber nicht nur ihnen – sondern auch der Gesamtheit der Gesellschaft überzeugend Sinn, Zweck und Notwendigkeit der Verteidigung und der Erhaltung von Streitkräften deutlich zu machen." (Abgedruckt in: Bericht der Wehrstrukturkommission, Bonn 1970.)

Somit läßt sich die *gegenwärtige* bildungspolitische Orientierung der Monopole zusammenfassen als: bewußte Nichtbewilligung von Geldern für Bildungsinvestitionen, Zwang zur Rationalisierung auf Kosten der Lehrenden und Lernenden, Aufrechterhaltung des bestehenden Schulsystems, Sicherung nichtöffentlicher (gleich kapitalistisch direktbestimmbarer) Bildungsmöglichkeiten, nur schrittweises Vorgehen in der Bildungspolitik mit Schwergewicht bei der Berufsausbildung, Verweigerung wirklicher Mitbestimmung, vor allen Dingen der Gewerkschaften, und Erhaltung sowie Ausbau der Bestimmung von Inhalten und Zielen durch das Monopolinteresse.

Das Schul- und Hochschul-„Reform"-Programm der CDU

Weder bei der CDU/CSU, noch bei den rechten Sozialdemokraten, noch bei der FDP finden sich die wirklichen bildungspolitischen Vorstellungen und Praktiken in den Programmen. Alle Programme sind voll von Versprechungen, nichtssagenden Absichtserklärungen, abstrakten Forderungen, demagogischen Verschleierungen. Dies gilt natürlich in besonders hohem Maße für die CDU. Trotzdem ist eine Auseinandersetzung mit den bildungsprogrammatischen Vorstellungen der CDU notwendig und nützlich, weil sich selbst und gerade an diesem für die Öffentlichkeitsarbeit und auch für den Wahlkampf bestimmten Dokument der nur schlecht bemängelte stockreaktionäre Kurs der CDU in der Bildungspolitik nachweisen läßt.

Ohne besondere Schwierigkeiten läßt sich im Bildungsprogramm der CDU die Bildungspolitik der Monopole, so wie sie oben knapp zusammengefaßt wurde, in ihren wesentlichen Punkten wiederfinden.

Ebenso wie die Monopole betreibt die CDU mit nichtssagenden Floskeln, mit scheinfortschrittlichen Bezeichnungen Augenwischerei; sie benutzt hierbei geschickt die Kompliziertheit mancher Bildungsprobleme, um ihre wirklichen Absichten zu verbergen. So heißt es zum Beispiel: „Die CDU vertritt eine Politik der Chancengleichheit. Unsere Schulungspolitik wird Einseitigkeiten und Brüche im Bildungsgang des einzelnen vermeiden. Wir werden die vertikale und horizontale Durchlässigkeit verwirklichen ..." (Bildungsprogramm, Punkt 3)
Trotzdem läßt sich bei aller Demagogie und Verschleierung, bei aller Schöntuerei rasch der reaktionäre Kern herausschälen:

1. Die CDU will die Fortsetzung des bestehenden Schulsystems.
So sagt sie im Punkt 6: „Das Schulprogramm der CDU kann von dem bestehenden Schulsystem her verwirklicht werden ... Im Punkt 83: „Eine radikale Änderung des Bildungswesens stößt auch im finanziellen Bereich auf große Schwierigkeiten", in Punkt 11 geht sie aus von der „Vielgestaltigkeit unseres Bildungssystems", und ihre konkreten Vorschläge in Punkt 27 betreffen „alle Schularten" unter ausdrücklicher Nennung der Hauptschule (Punkt 32).

2. Bildungsprivileg, keine Einheitlichkeit, Aufspaltung „höherer" und „niederer" Bildung.
„Das Schulprogramm der CDU dient einer pluralistischen Gesellschaft, die verschiedenartige Bildungspläne bejaht." (Punkt 2) Im Unterricht soll ein „System der leistungs- und begabungsgerechten Gruppierung" (Punkt 8) installiert werden, was nichts anderes bedeutet, als Bevorzugung der vom Elternhaus her besser Geförderten und Benachteiligung der Arbeiterkinder. Es geht nicht darum, allen eine gleiche hohe Allgemeinbildung zu vermitteln. Vielmehr kann die Elite im Sinne der CDU „Lernziele in unterschiedlichen Schulzeiten erreichen" (Punkt 5) und auch zur „individuellen Verkürzung der Schulzeit" (Punkt 9) gelangen.
(Nebenbei wird so auf billigste Weise — und auf Kosten der Förderung aller — die Klassenstärke verringert). Entsprechend soll das „Einschulungsalter flexibel" und die Grundschule „auch in drei Jahren" zu durchlaufen sein. (Punkt 25). Logischerweise gibt es in diesem CDU-Konzept frontale Angriffe auf die aus unserer Sicht entscheidende einheitliche hohe Allgemeinbildung: Unverhüllt wird von einer „Niveaudifferenzierung" (Punkt 27) gesprochen, die nichts anderes bedeutet, als ‚höhere' Bildung für ‚höhere' Menschen. Bereits in der Sekundarstufe I (Klassen 5—10) sollen die Schüler aufgespalten werden in berufs- und studienorientierte Bildungsgänge, damit ist genau der jetzige Zustand in die Zukunft verlängert, nur versteckt hinter dem verschleierten Namen „Sekundarstufe I", der drei verschiedene Schulformen mit Worten, aber sonst auch nicht, vereint. Die Aufspaltung findet sich auch in den Vorstellungen zur Lehrerbildung wieder: Nur diejenigen, die an studienbezogenen Oberstufen lehren, sollen auch ein gründliches Studium von 8 Semestern bekommen, für alle anderen Lehrer haben 6 Semester Studium zu reichen (Punkt 44).
Die Einführung der integrierten Gesamtschule wird mit derselben Begründung abgelehnt wie bei den Monopolen — sie sei noch nicht genug erprobt (Punkt 15), stattdessen wird ein „Schulverbund" (Punkt 8) angeboten, der nichts anderes bedeutet als die sattsam bekannte „additive" oder „kooperative" Gesamtschulattrappe, bei der Gymnasium, Real- und Hauptschule unverändert fortbestehen, aber eine gemeinsame Verwaltung, vielleicht gar einen gemeinsamen Musiklehrer bekommen.

3. Rationalisierung
„Durch Rationalisierungsmaßnahmen im Schul- und Hochschulbereich müssen Kosten eingespart werden". (Punkt 68) „... um den Lehrermangel so rasch wie möglich zu mildern, müssen ... kurzfristige Maßnahmen ergriffen werden. Moderne Lehr- und Lernprogramme, technische und Verwaltungskräfte können den Einsatz des Lehrers rationalisieren." (Punkt 50)

4. Mitbestimmung
Beim ersten Überfliegen scheint der Punkt 10 einige Rechte zu enthalten, sieht man aber genauer hin, so muß man feststellen, daß nicht von Mitbestimmung, sondern von Verantwortung, Mitsprache, Mitwirkung und Hören die Rede ist. Damit aber ist wirkliche Mitbestimmung noch längst nicht gesichert, denn bekanntlich umfaßt die Mitwirkung drei verschiedene Stufen, und zwar a) das Informiertwerden, b) das Angehörtwerden, c) das Mitbestimmen. Es ist zu bezweifeln, daß die CDU diese letzte Form der Mitwirkung überhaupt wirklich einführen will, es sei denn für Reaktionäre. Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften fehlen völlig. In der Berufsausbildung wird selbst den Lehrlingen nur ein Mit*wirkungs*recht eingeräumt. An den Hochschulen wird die Rechts- und Fachaufsicht des Staates und ebenso die Kontrolle über die Finanzen durch den Staat gefordert, alles ohne wirksame Mitbestimmung. (Punkt 54)

5. Bildungsfinanzierung, Bildungssteuer und Prioritäten
In dieser Frage ist die CDU naturgemäß das Sprachrohr der Monopole „auch die bildungspolitischen Zielvorstellungen müssen sich jedoch am volkswirtschaftlich Notwendigen orientieren. Angesichts des begrenzten finanziellen Spielraums müssen Prioritäten gesetzt und Stufenpläne aufgestellt werden" (Punkt 82). Eben dies, sogar mit demselben Wort, nämlich „Stufenpläne", ist die Forderung der Monopole (von Amerongen, 19. 1. 1972). Nicht anders verhält es sich mit der Bildungssteuer: „... muß langfristig eine volkswirtschaftlich und sozial vertretbare Erhöhung der Steuerlastquote ins Auge gefaßt werden" (Punkt 86). Der konkrete Katalog, welche Prioritäten die CDU zunächst durch Gesetz sehen will, deckt sich ebenfalls mit dem, was die Monopole fordern, nur hat die CDU als besondere Würze hineingebracht, daß sie noch weniger als realisierbar hinstellt, indem sie zwei wichtige Dinge zur Alternative macht: So sagt sie z. B., der Ausbau der Kindergärten besitzt Priorität gegenüber der Einführung des 10. Schuljahrs, der Ausbau der Berufsbildung besitzt Priorität gegenüber der Ganztagsschule (in Punkt 82).

6. Nichtöffentliche Bildungseinrichtungen
Hier bekennt die CDU an zwei Punkten Farbe:
a) bei den Kindergärten, die auch Aufgabe der „freien Träger" seien (Punkt 17),
b) bei der Erwachsenenbildung, die ebenfalls auch von „freien Trägern" durchgeführt werden kann (Punkt 51).

7. Übernahme besonderer Wünsche und Sorgen der Monopole
Schon seit langem fordern die Monopole beständig auch im Bildungswesen eine Leistungsorientierung. Entsprechend heißt es dann bei der CDU, man benötige „eine an verbindlichen Werten orientierte Leistung" (Punkt 1), „leistungsfördernde Unterrichtsangebote" (Punkt 5), „Bedingungen für eine leistungsfähige Forschung" (Punkt 76) usw.

Auch der direkte Einfluß von Kapitalvertretern an den Schulen soll nicht zu kurz kommen. So heißt es in Punkt 50 des CDU-Programms: „... Der Einsatz von ausgeschiedenen Lehrkräften *und von Fachleuten aus der Wirtschaft* für bestimmte Fächer ... sind Überbrückungshilfen."

Nicht nur das, was *im* Bildungsprogramm steht, ist aufschlußreich, sondern auch das, was fehlt. Es fehlen vor allem konkrete Aussagen dazu, auf wessen Kosten finanziert werden soll. Hier müßte die CDU Farbe bekennen. Ebenso gibt es keine klaren Aussagen zu Erziehungszielen und Bildungsinhalten. Hier ist man offensichtlich davor zurückgeschreckt, die Maske fallen zu lassen. In den Fragen der Brechung des Bildungsprivilegs und der Mitbestimmung und Kontrolle finden sich im Grunde nur Verschleierungen und Irreführungen; es soll vertuscht werden, daß die CDU alles beim alten belassen will.

Genau in den für unsere Partei entscheidenden vier Kriterien, nämlich *Bildungsprivileg, Inhalte, Finanzierung, Mitbestimmung und Kontrolle* besitzt die CDU ihre schwachen Stellen. Bei Diskussionen um die programmatischen Vorstellungen der CDU kommt es daher darauf an, sich nicht nur auf die Kritik des Programms zu beschränken, sondern anhand dieser Kriterien offensiv weiterzuargumentieren.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,–

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Name .....

Ort .....

Straße .....

Ich bestelle:
..... **Exemplar(e) des Protokolls**

Schicken an:
Weltkreis-Verlag-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

rote blätter **Erscheint vierwöchig, Preis 1,– DM**

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
SPARTAKUS-Politik aus erster Hand

Information – Dokumentation – Argumentation – Theorie

An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich ..... Expl. von rote blätter Nr. .....

☐ Hiermit abonniere ich ..... Expl. rote blätter ab Nr. .....

Name ..... Anschrift .....

Unterschrift .....

Rezensionen

Immer stärker wird der Siegeszug des Marxismus-Leninismus durch die Welt. Das erkennen wir nicht nur daran, daß mehr und mehr Menschen seiner Fahne folgen. Das wird deutlich an der Verlagsempfehlung einer Veröffentlichung auf dem Rücken eines rein bürgerlichen Buches:

„In allen historischen Wissenschaften wird mit wachsendem Nachdruck die Forderung nach gesellschafts- und wirtschaftsgeschichtlicher Orientierung erhoben, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Geschichte als Ergänzung der Theorie beachtet. Das vorliegende Buch

- führt ein in die Methoden und Probleme der modernen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschung,
- gibt einen Überblick über die für die Geschichtswissenschaft wichtigsten Methoden und Theorien der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
- bietet einen Abriß der internationalen Forschungsgeschichte,
- stellt die wichtigste weiterführende internationale Literatur zusammen.

Das Werk gibt damit Historikern, Volks- und Betriebswirten, Politologen, Sozial- und Kulturwissenschaftlern eine wichtige Orientierungshilfe an die Hand."

Angesichts der Erfolge der marxistischen Gesellschaftswissenschaftler begriffen die Historiker der bürgerlichen Welt besser und besser die Bedeutung der Wirtschaft für die Politik und damit der Wirtschaftsgeschichte für die politische Geschichte – und nachdem sie jahrelang abstrakte Modelle gebaut haben, beginnen auch die Politökonomen der Bourgeoisie wenigstens teilweise einzusehen, daß sie Wirtschaftsgeschichte treiben müssen, um wenigstens in irgendeiner Beziehung der Realität nahe zu sein.

Und so schrieb für sie der bekannte Münchener Wirtschaftshistoriker Wolfgang Zorn eine „Einführung in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Probleme und Methoden." (Verlag C. H. Beck, München, 110 Seiten)

Im Vorwort findet sich ein für die Erkenntnis der Wissenschaftsorganisation einer Universität in der BRD sehr interessanter Satz. Nachdem Zorn erklärt hat, mit wem oder wo er die Probleme und das Manuskript selbst hatte besprechen können, fährt er fort: „Eine interfakultative Aussprache im Rahmen der Lehre des Faches wurde durch die strenge Fakultätenscheidung der Universität München leider von vornherein verhindert."

Während wir uns mit Recht um eine Integration der Arbeit der Wissenschaftler an den verschiedenen Fakultäten oder Sektionen unserer Universitäten bemühen, muß ein Universitätslehrer, der ein Manuskript interfakultativ besprechen will, in der Bundesrepublik scheitern. Die Universitäten dort werden immer mehr zu bürokratisch, abteilungsweise organisierten Lehrfabriken. Daß Zorn das in seinem Unternehmen besonders treffen mußte, wird deutlich, wenn man sieht, welche Stellung er der Wirtschaftsgeschichte im Rahmen der Gesellschaftswissenschaften gibt:

„Wirtschafts- und Sozialgeschichte setzt nicht nur die Vertrautheit mit einem zeitlichen Gerüst des politischen Geschichtsablaufes voraus. Sie verlangt ihrem Wesen nach Synthese, Mitheranziehung von Nachbarwissenschaften der Geschichte. Schon das macht sie nicht zu einem ‚einfachen' Wissenschaftszweig.

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte ist aber ferner und vor allem dadurch ein ‚schwieriges Fach', daß sie gleichzeitig zum System zweier verschiedenartiger Wissenschaftsgruppen gehört: zur betrachtenden, verstehenden Geschichtswissenschaft und zu den auf anwendbare Gesetzlichkeiten und Prognosen abzielenden systematischen Sozialwissenschaften im weiteren Sinne, besonders der Volkswirtschaftslehre (Makroökonomie) und der Soziologie, d. h. Lehre von den sozialen Gebilden und Prozessen."

Wir stimmen nicht mit Zorn darin überein, daß die Geschichtswissenschaft eine „verstehende" und nicht eine auf „Gesetzlichkeiten" basierende Wissenschaft sei. Aber voll können wir es billigen, wenn er einen ganz engen Zusammenhang der Wirtschaftsgeschichte und der Geschichtswissenschaft und der Politischen Ökonomie beobachtet. Darum verstehen wir auch seinen Ärger, wenn er bemerkt:

„Die Behandlung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte als ‚Ergänzung' oder ‚Anhang' der politischen Geschichte ist nichts weiter als eine Verlegenheitslösung für Lehrstuhlpolitik, Studienpläne und Handbücher; in der Sache ist eine solche Handhabung sinnlos."

Doch etwas lächeln möchten wir, wenn Zorn fortfährt:

„Da es sich um gleichrangige Aspekte der

einen Vergangenheit, der vergangenen Verläufe handelt, ist es auch möglich, Weltgeschichte als Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu schreiben und dies nicht allein vom marxistischen Standpunkt aus, der die Produktionsverhältnisse und die Klassenteilung als bestimmenden Unterbau des Geschehens ansieht."

Zorn fühlt, daß er mit seinen Ausführungen zu nahe an den Marxismus-Leninismus herangekommen ist, und eilt, sich von ihm abzugrenzen. Auch ein Zeichen der Zeit!

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß Zorn sich etwa scheut, in die Literaturangaben der einzelnen Abschnitte seines Buches auch marxistische Werke, die er zumeist als solche auch kennzeichnet, empfehlend aufzunehmen.

Gewiß ist es nützlich, so ein Buch zu lesen, da es sehr verschiedene Richtungen der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften kurz skizziert; allerdings zu kurz bisweilen und nicht immer präzis genug auch vom bürgerlichen Standpunkt; wirklich gut gelungen ist die Miniatüre über die neueste Richtung der amerikanischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung (S. 82).

Doch liegt die wirkliche Bedeutung dieser auch für uns nützlichen Schrift nicht in dem, was sie geben will, sondern in ihrem Charakter als „Zeichen der Zeit", in der sich der Siegeszug des Marxismus-Leninismus auch darin zeigt, daß er dem bürgerlichen Wirtschaftshistoriker, der sich ehrlich um die Erfassung der Wirklichkeit und um die Erkenntnis der Methodologie seiner eigenen Wissenschaft bemüht, keinen anderen Weg läßt, als sich wenigstens einige Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus anzueignen.

Aus: Weltbühne, 34/72, Berlin.

Jürgen Kuczynski

W. N. Jegorow: Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß. Berlin (Staatsverlag der DDR) 1972. 308 Seiten. 9,80 M.

Von verschiedenen Seiten wird das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung angegriffen. An erster Stelle sind die reaktionären bürgerlichen Wissenschaftler und Politiker zu nennen, die im Leninschen Prinzip der friedlichen Koexistenz nur eine Taktik erblicken, die das sozialistische Weltsystem (vor dem zweiten Weltkrieg die Sowjetunion) solange anzuwenden „gezwungen" war bzw. ist, als es dem Imperialismus ökonomisch und militärisch unterlegen war. Grundsätzlich halte die Sowjetunion bzw. die sozialistische Staatengemeinschaft an der Idee der Weltrevolution fest, die angeblich unvereinbar mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz ist. Jegorow stellt demgegenüber fest, daß es stets imperialistische Staaten waren, die gegen das Prinzip der friedlichen Koexistenz verstoßen haben. (Man vergleiche nur die Intervention gegen das junge revolutionäre Rußland, den Überfall auf die Sowjetunion 1941, die Entfesselung lokaler Kriege in Korea, Vietnam, im Nahen Osten usw. nach dem Ende des zweiten Weltkriegs.) In Übereinstimmung mit der Leninschen Imperialismusanalyse wird nachgewiesen, daß die Quelle von Kriegen und Konflikten zwischen den miteinander konkurrierenden kapitalistischen Staaten im Wesen des Imperialismus liegt, daß es aber falsch wäre, sich mit dem aggressiven Wesen des Imperialismus fatalistisch abzufinden. „Die Marxisten betrachten die Kriege für eine bestimmte Epoche als eine gesetzmäßige gesellschaftliche und historische Erscheinung. Sie sind jedoch keine Fatalisten. Selbst dann, wenn der Imperialismus das einzige System in der Welt wäre, würden die Marxisten die Kriege nicht als schicksalhaft unvermeidlich ansehen ... Der imperialistische Krieg ist ein Produkt der bewußten Tätigkeit der Bourgeoisie. Ein Krieg wird von der Bourgeoisie dann organisiert und entfesselt, wenn die Neuaufteilung der Welt infolge eines veränderten Kräfteverhältnisses unmittelbar notwendig wird. Wenn die Marxisten das Problem der Unvermeidlichkeit von Kriegen im Imperialismus untersuchen, analysieren sie daher die Veränderungen des Kräfteverhältnisses sowohl innerhalb des kapitalistischen Lagers als auch zwischen den Kräften des Friedens und des Krieges in einer bestimmten historischen Situation. Nur auf Grund einer solchen Analyse kann bestimmt werden, wie real die Gefahr der Entfesselung eines Krieges durch die Imperialisten ist." (S. 113)

Die großen historischen Veränderungen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg vollzogen (das schnelle Wachstum der Macht und des Einflusses des sozialistischen Weltsystems, seine Entwicklung zum entscheidenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, der aktive Prozeß des Zerfalls des Kolonialsystems, das Heranreifen von Klassenschlachten in der kapitalistischen Welt, der weitere Verfall des kapitalistischen Weltsystems) wirkten sich positiv auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung aus, wobei der grundlegende Klassen-

inhalt und der politische Inhalt des Prinzips der friedlichen Koexistenz unverändert blieben. „Mit der Bildung des sozialistischen Weltsystems wurde dieses Prinzip jedoch bereichert, erhielt einen bedeutend weiteren Inhalt und verwandelte sich in einen machtvollen Hebel, mit dessen Hilfe die sozialistischen Staaten die internationalen Ereignisse beeinflußten. Die politischen und ökonomischen Grundlagen der friedlichen Koexistenz erweiterten sich, und es eröffnete sich die Perspektive, einen Zustand friedlicher Koexistenz zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern für die gesamte Periode zu erreichen, in der sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab vollziehen wird." (S. 193) Die Möglichkeit zur Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz wird zusätzlich durch drei Faktoren erweitert:

- das allgemeine Interesse an der Verhütung eines thermonuklearen Weltkrieges;
- das Wachstum des ökonomischen Potentials des sozialistischen Weltsystems ruft ein zunehmendes Interesse der kapitalistischen Staaten an der Entwicklung ökonomischer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten hervor;
- der wissenschaftlich-technische Fortschritt führt zu der Tendenz zur Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung.

Eine andere Gruppe von Kritikern des Prinzips der friedlichen Koexistenz bewegt sich in neo-revisionistischen, trotzkistischen und maoistischen, kurz: in super-„revolutionären" Bahnen. Meist sind es zwei Argumente, die gegen die außenpolitische strategische Linie des sozialistischen Lagers, besonders der Sowjetunion, angeführt werden:

— Eine Politik auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz sei illusorisch, da sie dem Wesen des Imperialismus widerspricht.

— Die friedliche Koexistenz verrate die revolutionären Bewegungen in den imperialistischen Ländern und in den Ländern der „Dritten Welt" und liefere die sozialistischen Länder dem Kapitalismus aus.

Das erste Argument wurde bereits oben widerlegt (siehe Jegarow S. 127 ff). Der Fehler dieser Argumentationsweise liegt nicht in der Einschätzung der objektiven Tendenz des Imperialismus, sondern in der Vernachlässigung des subjektiven Faktors im weltrevolutionären Prozeß und in der fehlenden Analyse des jeweiligen Klassenkräfteverhältnisses. Wie so oft, trifft sich in der Konsequenz auch hier die „linke" mit der bürgerlichen Kritik: dem Sozialismus wird das Recht bzw. die Fähigkeit abgesprochen, eine Politik der friedlichen Koexistenz zu betreiben.

Aus das zweite Argument wird gern von bürgerlichen Ideologen herangezogen, um die angebliche Unvereinbarkeit zwischen den revolutionären Zielen des Marxismus-Leninismus und dem Prinzip der friedlichen Koexistenz nachzuweisen. Beide Gegner der friedlichen Koexistenz zerreißen jedoch die dialektische Einheit von proletarischem Internationalismus und friedlicher Koexistenz; die einen in der Absicht, die Arbeiterbewegung dahin zu bringen, das Prinzip der „friedlichen Koexistenz" auf den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit insgesamt und unter allen Umständen zu übertragen; die anderen in der Hoffnung auf einen revolutionären Aufschwung in den „Metropolen" und den Ländern der „Dritten Welt", d. h. auf eine von außen hereingetragene, künstliche Beschleunigung des revolutionären Weltprozesses. Beide Spekulationen erweisen sich jedoch als utopisch. Der Marxismus wird weder jemals auf die Austragung des antagonistischen Klassenkonflikts mit allen Mitteln verzichten, noch die Errungenschaften des Sozialismus durch solche abenteuerlichen und unrealistischen Konzeptionen wie die des „Exports der Revolution" aufs Spiel setzen. Die Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz in der Gestaltung der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung begünstigt gerade den Kampf aller antimonopolistischen Klassen und Schichten gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Jegorow faßt dies so zusammen: „Die friedliche Koexistenz verändert den Charakter der Formen, in denen die durch das Gesetz der Ungleichmäßigkeit hervorgerufenen Erscheinungen auftreten. Die innerimperialistischen Widersprüche nehmen nicht ab, sondern werden immer stärker.

Aber die Imperialisten fürchten sich heute davor, Kriege anzuzetteln, die es ihnen früher gestatteten, die starken innerimperialistischen Widersprüche zeitweilig abzuschwächen. Kriege bergen unter den heutigen Bedingungen die Gefahr des Untergangs des kapitalistischen Systems in sich. Daher versuchen die Imperialisten, die wachsenden Widersprüche durch gemeinsame Aktionen, durch die Ausnutzung eines ganzen Systems von Maßnahmen und Aktionen einzudämmen. Diese Aktionen führen dazu, daß die Klassenwidersprüche innerhalb der kapitalistischen Staaten noch stärker aufbrechen, daß die nationalen Befreiungsbewegungen wachsen und die Ent-

wicklung des revolutionären Weltprozesses beschleunigt wird." (S. 282/283)

Einen breiten Raum in Jegorows Buch nimmt schließlich das Problem der Wahl der Wege und Formen des revolutionären Kampfes unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz ein (Kapitel 3 bis 5). Anhand historischer Beispiele weist der Autor nach, daß die Orientierung auf den friedlichen Weg des „Hinüberwachsens demokratischer Revolutionen in sozialistische" in den entwickelten kapitalistischen Ländern an Aktualität noch gewinnen wird (z. B. durch die Verhinderung des Exports der Konterrevolution).

Soweit die knappe Darstellung einiger Problemkreise aus Jegorows umfassender Arbeit. Für die Auseinandersetzung mit kalten Kriegern, Konvergenztheoretikern und „linken" Revisionisten ist dieses Buch für jeden eine wertvolle Hilfe. „Die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz in der Bundesrepublik ist Klassenkampf gegen die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals, die sich dieser Politik mit allen Mitteln widersetzen. Der Kampf um Frieden bleibt nach wie vor die vorrangige Aufgabe der antiimperialistischen Kräfte." (Aus den „Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP", These 21)

Peter Strutynski

Mit einer klaren verständlichen Sprache und mit neuen Worten für übliche Begriffe („Händler für die Arbeit" für Unternehmer) entlarvt E. A. Rauter die Manipulation durch Informationen der herrschenden Klasse, die Ideologie des Kapitalismus. Er beschränkt sich nicht darauf, daß das Wissen die Unterdrückung erschwert und Wissen das Einverständnis der Beherrschten mit ihren Handlungen in Frage stellt, sondern er verweist immer wieder auf die Produktionsverhältnisse im Kapitalismus, auf die Stellung des Einzelnen im Produktionsprozeß und seine Interessen.

Letztlich ist dieses Buch kein Lamentieren um mangelhafte oder falsche Information, sondern eine Aufforderung, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich zu verändern.

E. A. Rauter: Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht. Über das Herstellen von Untertanen. Weismann Verlag, München 1971, 2. Auflage, ...? DM

E. A. Rauter untersucht, in wessen Interesse Informationen vermittelt, wie diese Informationen von Werktätigen und Schülern aufgenommen werden. Wenn er beschreibt, wie das Handeln – entgegen dem eigenen Interesse – sich den von den Herrschenden gelieferten Informationen anpaßt, dann immer mit der Frage: Wem nützt es?

Das Buch beschreibt mit konkreten Beispielen aus Schulen, Arbeitswelt, Wirtschaft (Rüstungsindustrie), Politik und Massenkommunikation, „daß der Weg der Gedanken von außen nach innen geht" (Seite 60). Es untersucht den Stellenwert von Informationen und von Begriffen wie Vertrauen, Glaube („freie Marktwirtschaft") etc. auf ihren Klassencharakter. „Vertrauen und Glauben sind wesentliche Voraussetzungen für das Funktionieren eines Systems der Bereicherung" (Seite 52).

Folklore und revolutionäre Lieder aus aller Welt

Aus unserem Angebot:

100 Jahre Deutsches Arbeiterlied

Eine Dokumentation (2 Langspielplatten)
Diese Schallplatten-Anthologie vermittelt einen Überblick über die Entwicklung des deutschen Arbeiterliedes von rund 100 Jahren – von 1844 bis 1945. Umfangreiche Textbeilage!
Bestell-Nr. 810015/16
Zum DDR-Preis: DM 24,20

BERTOLT BRECHT:

Die Tage der Commune

In der Bühnenfassung des Berliner Ensembles – Musik: Hans Eisler
Diese Schallplattenkassette (3 LP's) ist nicht nur für den Kenner Brechts gedacht. Sie stellt ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung dar.
Bestell-Nr. 860182/84
Zum DDR-Preis: DM 42,–

Irish Pubs Music

Eine der interessantesten Interpretationen, die es zur Zeit auf dem Plattenmarkt gibt. Teilweise Original-live-Aufnahmen aus Kneipen Irlands.
Bestell-Nr. FWX 53575
Preis: DM 22,–

Boulat Okoudjava

Okoudjava ist durch Buchveröffentlichungen auch hierzulande bekannt geworden. Die internationale Presse feierte ihn als den „russischen Villon". Tatsächlich ist der französische Einfluß unverkennbar. Okoudjava – ein Virtuose auf der Gitarre.
Bestell-Nr.: LDX 74358
Preis: DM 22,–

Fordern Sie unseren Schallplatten-Gesamtkatalog an!

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (02 31) 57 20 10

Sag mir was Du liest . . .

Aus unserer Taschenbuchreihe:

WILHELM SCHWETTMANN / ULRICH SANDER

Jugend und Klassenkampf
oder
Antikapitalistische Jugendarbeit heute

Dieses Buch gibt Antwort auf aktuelle Fragen der Arbeiterjugendbewegung. Mit Dokumentenanhang
Preis: DM 7,60

KARL LIEBKNECHT

Rekrutenabschied / Militarismus und Antimilitarismus

Zwei der bedeutendsten Schriften Liebknechts. Sie haben an Bedeutung nicht verloren.
Preis: DM 5,60

REINHARD JUNGE

Barras-Report — Tagebuch einer Dienstzeit

Ein aktuelle Buch über die Bundeswehr.
Mit Dokumentenanhang
Preis: DM 5,60

Schwarze Rose aus Alabama

Ein Buch über das Leben der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin Angela Davis.
Preis: DM 3.80
(In diesem Betrag ist eine Spende von DM 1,— zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, 1973, Berlin, Hauptstadt der DDR, enthalten.)

In Vorbereitung:

Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung

Erstmals wird hiermit ein Buch vorgelegt, das ausführlich (etwa 700 Seiten) über die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von 1900 bis 1945 informiert.
Erscheint etwa Februar 1973
Bereits jetzt bestellen!
Preis: DM 10,80

Arbeiterjugend kontra Monopole

Aktionsmodelle — Reportagen — Dokumente
2., völlig überarbeitete und auf den neuesten Stand gebrachte Ausgabe.
Erscheint etwa Januar 1973
Bereits jetzt bestellen!
Preis: ca. 5,—

Bücher aus dem sozialistischen Jugendverlag

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (0231) 572010

facit — Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,— DM
Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,— DM + Porto

Neuerscheinungen:

Atiimperialistischer Kampf im Iran — die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), facit-Reihe 11, 80 Seiten, 2,50 DM

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,— DM

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A. G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung; P. Schäfer, „K"SG (ML) — Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs u. a.; 82 S., 2,50 DM

facit Nr. 27: Prof. Dr. Gerhard Riege, Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus; Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase, Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften; Prof. Walter Hollitscher, Marxismus — Ergänzungen und Entstellungen; Dr. Günter Krause, Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse"; Wolfgang Bartels, Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft"; H. H. Adler, H. Wienert, „Proletarische Aufklärung" oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K"SB. 96 S., 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken; **facit-Reihe 10,** 56 Seiten, 2,— DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, „Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS", Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,— DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8, broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 Seiten, **facit-Reihe 7,** 6,— DM

„Für die siebziger Jahre — eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert" von Harald Wessel
facit-Reihe 6, 32 Seiten, 1,— DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,— DM

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa — Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus von Prof. Dr. Dieter Klein. Nach „Imperialismus heute" die zweite Analyse von Rang über die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen des organisierten Kapitalismus. u. a. **Facit-Reihe 3,** broschiert, DIN A 4, 64 S., 3,— DM

Woran starb der SDS? — Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten von Siegfried Wolff, **RK extra 9,** 32 Seiten, DIN A 4, 1,50 DM

Futurologie — Wer plant denn da? Was? — Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen — Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann), **RK extra 7,** 52 Seiten, DIN A 4, 2,50 DM

SDS in Sofia — Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS — Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** DIN A 4, 124 S., nur 1,— DM

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto ab Nr. .....

..... Expl. Facit Nr. 27, 26, 25, 24, 22/23, 21, 19, 17, 16, 15, 13/14, 12, 9

..... Expl.: „Revolutionäre Strategie . . .“ facit-Reihe 3; 3,– DM + Porto

..... „Internationaler Klassenkampf“ facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto

..... facit-Reihe 6; 1,– DM + Porto

..... „Evolution und Revolution“ facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ (Dimitroff) 3,50 DM + Porto

..... „Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur“, facit-Reihe 10; 2,– DM + Porto

..... „Futurologie“ (Prof. D. Klein) RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „Woran starb der SDS? . . .“ RK extra 9; 1,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia . . .“ facit-aktuell 3; 1,– DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS“ Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto

..... „Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Confoderation Iranischer Studenten (CISNU)“, 80 Seiten, 2,50 DM, Februar 1972

..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus“, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital: Christof Kievenweim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen – Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linken; Manfred Bosch: NLA – Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, **facit Nr. 24,** 1,– DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christof Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie“?; u. a. – **facit Nr. 22/23** (Doppelheft), 2,– DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie“; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz – Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule – Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21,** 1,– DM

„Parteien in der BRD“: G. Matthiessen: Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung; u. a. P. Schöttler: Die „linken“ Sozialdemokraten in Frankreich – Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU; Fidel Castro: Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion; D. Peukert: Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus“; Rolf Geffken: Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland. **facit Nr. 20,** 1,– DM

„Leninismus heute“: Fisch/Heiseler/Schütte: Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie; G. Bessau: Marx versus Lenin?; Kurt Steinhaus: Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland; Staat und Absterben des Staates in der DDR; J. Hund: Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute. **facit Nr. 19,** 1,– DM

Prof. Dr. Manfred Buhr: Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; E. Bessau: Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreform; G. Bessau: Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; Grundsatzerklärung des SPARTAKUS; u. a., **facit Nr. 17,** 1,– DM

Martin Walser: Aktion ohne Vermittlung; Eberhard Czichon: Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker; Chr. K. Kievenheim: Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus; u. a., **facit Nr. 16,** 1,– DM

Juan Diz (KP Spaniens): Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf; René Hermann: Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; H. Heinemann: Bericht zur Entwicklung der Westberliner Basisgruppen; M. Maercks: DKP-Student zur Hochschulpolitik; Bernard/Schweicher: Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik; u. a., **facit Nr. 15,** 1,– DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf – Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu einigen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledewohn/A. Nigbur: Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a., **facit Nr. 13/14,** 1,– DM

„SDS – Teil der Arbeiterbewegung“; „New York Universitätsimpressionen“; „Zum Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung“; „Bemerkungen zur ‚Springerresolution' und einigen ideologischen Implikationen“; „2 Taktiken der herrschenden Klasse und Möglichkeiten der Gegenwehr“; u. a., **facit Nr. 12,** 1,– DM

„Karl Marx in Köln in der Revolution von 1848/49“ von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie. **facit Nr. 9,** 0,50 DM

UZ. Marx schreibt mit!

Anzeige

Auch Engels. Häufig Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten. Der Kapitalismus steht in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten steht ebenfalls un der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Ich bestelle hiermit die UZ, Zeitung der DKP
für die Dauer von mindestens einem Jahr.

- ☐ Ich wünsche eine vierteljährliche Rechnung (vierteljährlicher Bezugspreis DM 6,50)
- ☐ Ich wünsche eine jährliche Rechnung (DM 22,– bei Vorauszahlung)
- ☐ Ich wünsche ein Lehrlings- Schüler- oder Studentenabonnement. Nachweis erforderlich. (DM 13,– bei Vorauszahlung)

Postleitzahl

Bitte in Blockschrift ausfüllen

Ort

Straße und Hausnummer

Name, Vorname

Unterschrift Datum

Senden an:
Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg 12, Pothmannstr. 12